

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 1. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Gummischuhe aus Menschenknochen.

Der Demonstrationsstreik in Petersburg.

Zu ersten Bande des „Kapital“ zitiert Marx den Ausspruch eines englischen Gelehrten, der den Profitgier des Kapitals charakterisiert: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital fäulnis, 10 Proz. sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Proz., es wird lebhaft; 30 Proz., positiv waghaltig; für 100 Proz. stampft es alle menschlichen Geleise unter seinen Fuß; 300 Proz., und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ So oft man diesen Ausspruch zur Kennzeichnung der kapitalistischen Ausbeutung schon angewendet hat, namentlich in Ländern, wo der Klassenkampf der Arbeiter die Profitgier des Kapitals noch nicht zu zügeln vermocht hat, so denkt man immer wieder an diese Worte zurück, wenn man jetzt die grauenhaften Einzelheiten der neuen Arbeitstragodie in Petersburg und Riga liest, die die Praktiken des russischen und ausländischen Kapitals im Zarenreiche wie feinerzeit während der Regeleien in den Goldminen an der Lena mit großem Licht beleuchtet.

Wir wissen nicht, wieviel Prozent Dividende die russisch-amerikanischen Kapitalisten bei den Gummifabriken in Riga und Petersburg herausgewirtschaftet haben. Aber nach den Menschenopfern zu urteilen, die sie dem Gotte des Mammons jahrein jahraus dargebracht haben, muß das Geschäft ein recht profitables gewesen sein. In riesigen Fabrikgebäuden eingeschlossen, produzierten Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Rigaer Gummifabrik „Browodnil“ gewaltige Mengen von Gummischuhen, die im ganzen Reiche Absatz fanden. Die Zustände in diesen Fabriken zeichneten sich schon immer dadurch aus, daß die Arbeiter unter den gesundheitsschädlichen Arbeitsmethoden, dem unzureichenden Schutz und der harten Behandlung der Administration zu leiden hatten. Das Gros der Arbeitenden besteht in diesen Fabriken aus Frauen und Mädchen, meist Zugewanderten aus den Dörfern, die die schlechte Behandlung und geringe Entlohnung geduldiger hinnahmen als ihre männlichen Arbeitskollegen. Einem solchen Arbeitermaterial gegenüber brauchte sich die Administration keinen Zwang anzuerkennen. Immer schlimmer wurden die Zustände in diesen Fabriken. Im November vorigen Jahres starben etwa 10 Arbeiterinnen der Rigaer Fabrik, die sich bei der Arbeit vergiftet hatten. Die Ursache dieser Todesfälle war eine besondere Substanz, die zum Zusammenkleben der einzelnen Teile der Gummischuhe eingesetzt wurde. Angesichts der Empörung unter den Arbeitern (die Aufsichtsbehörden haben diesen Greuel gleichgültig zu wandte die Administration diese Substanz eine Zeitlang nicht an. Vor mehreren Wochen wurde sie aber wieder in Gebrauch genommen, und die Folge war, daß am 17. März 30 Personen und am 18. März 70 Personen halb tot aus den Fabrikräumen hinausgetragen wurden. Auch jetzt rührten die Behörden, die sonst bei der kleinsten Lohnforderung Polizei und Militär gegen die Arbeiter aufmarschieren lassen, keinen Finger gegen die verbrecherischen Praktiken der Fabrikdirektion.

Wenige Tage darauf wiederholten sich dieselben Massenvergiftungen in noch größerem Umfange in der Petersburger Gummifabrik „Treuoinil“. Am 25. März sanken in der Abteilung für Gummischuhe, die den vielstehenden Namen „Sachalin“ (bekanntlich die Insel, wo früher die Gefängnisse für Zwangsarbeit sich befanden) trägt, von insgesamt 1000 Arbeiterinnen etwa 200 ohnmächtig zu Boden. In Riga hatte die Fabrikadministration den Arbeitern bei solchen Fällen geraten, sich an die neue Aldehydsäure zu „gewöhnen“, und der Fabrikinspektor, der Vertreter der Regierungsgewalt, hatte hinzugefügt, wer so „schwache Nerven“ habe, der möge gehen! Auch in Petersburg erwies sich die Fabrikadministration nicht minder auf der Höhe wie in Riga. Die ersten Ohnmachtsanfälle wurden von der Direktion als Simulation erklärt; dann konnten die Meister mit der Erklärung, die Ohnmachtsanfälle rührten von der Hostenpeife her; als aber die Zahl der Ohnmächtigen sich auf über 100 belief, erhoben sie Kreaturen der Direktion ein Geschrei, daß die Sozialisten die Schuld an den Vergiftungen trügen, um mittels einer „chemischen Obstruktion“ einen Streik in der Fabrik anzustellen.

Das geschah, wie erwähnt, am 25. Am folgenden Tag ließ die Direktion unter denselben Verhältnissen weiterarbeiten. Schon um 7 Uhr früh konnte man in der betreffenden Abteilung othien. Einige Stunden darauf begannen sie Ohnmacht zu erleiden, und in kurzer Zeit wurden wieder 300 ohnmächtig. Die Arbeiterinnen aus der Fabrik hinausgetragen, eine ungeheure Arbeitermenge sammelte sich vor den Toren der Fabrik. Die Polizei erschien, Knuten saukten durch die kurze Zeit ward die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Am 27. März wiederholten sich die geschilderten Szenen in noch größerem Umfange. In der Abteilung, wo die giftige Substanz immer angewendet wurde, herrschte eine Aufregung. Die Arbeiterinnen sanken ohnmächtig zu Boden, die einen weinten, die anderen schrien.

Gegen 11 Uhr früh stellten die Arbeiter, insgesamt 8000 Personen, die Arbeit ein und trugen die Ohnmächtigen auf den Hof oder auf die Straße hinaus. Auch an diesem Tage belief sich die Zahl der Vergifteten auf zirka 200. Auf einer Versammlung, die im Fabrikhofe abgehalten wurde, beschloffen die Arbeiter zu streiken und die Vernichtung der giftigen Aldehydsäure zu fordern. Auch die Arbeiter der zweiten Fabrik gleichen Namens stellten die Arbeit ein und schlossen sich der Versammlung an. Insgesamt füllte nun eine Menge von 15 000 Arbeitern den Fabrikhof. Als sie die Fabrik verließen, wurden sie von einer starken Abteilung berittener Polizei empfangen, die sich mit gezogenen Säbeln auf sie stürzte. Zahlreiche Arbeiter wurden verwundet, einige gerieten unter die Pferde der anstürmenden Polizisten, viele sprangen während der Flucht in den angrenzenden Kanal und erreichten schwimmend das jenseitige Ufer. Das war die Antwort der Behörden auf die grauenhaften Ereignisse in der Fabrik.

Während der geschilderten Vorgänge auf der Petersburger Gummifabrik fand die offizielle und offiziöse Presse kein Wort der Erklärung für diese Vorgänge. Erst als die Arbeiter, nach den Vergiftungen drei Tage angehalten hatten, in die Fabrik zurücktraten, erschien eine lendenahme Erklärung des Informationsbureaus, die die Vorgänge in der Fabrik in einem schlechten Lichte darzustellen sucht. Wie wenig diese Erklärung der Wirklichkeit entspricht, geht aus den Worten der „Wojne Wremja“ hervor, die nach einer Überlegung der Vorgänge auf den Rigaer und Petersburger Gummifabrik erklärt: „Dies stimmt so wenig mit den elementarsten Forderungen der Menschlichkeit überein, daß man den Zeitungsmitteilungen einfach nicht glauben möchte, wenn nicht erdrückende Tatsachen vorhanden wären.“ Auch die Urheurer der hohen Regierungsbeamten, die am vierten Tage nach Beginn der Vergiftungsepidemie die Untersuchung einleiteten, liefern trotz der Zurückhaltung dieser Personen ein erdrückendes Anklagematerial. So erklärt der Ressortdirektor des Handelsministeriums, Litwinoff-Jalinski, einzelne Fälle von Vergiftungen durch schädliche Ausdünstungen seien schon früher in der russisch-amerikanischen Gummifabrik vorgekommen, sie hätten aber nie eine besondere Erregung hervorgerufen (!), weil solche Fälle nicht zu umgehen seien. Die zahlreichen Vergiftungsfälle in Riga seien auf die Anwendung einer Benzinsubstanz zurückzuführen, deren chemische Analyse die Anwesenheit gesundheitsschädlicher Aetherverbindungen erwiesen haben. „Man muß annehmen — erklärte er weiter —, daß auch die Vorfälle in der Petersburger Fabrik durch eine solche Benzinsubstanz hervorgerufen worden sind. In den Laboratorien der Fabrik wurde das Benzin stets vom Standpunkte der technischen Anforderungen geprüft. Die Untersuchung erstreckte sich aber bisher nicht darauf, ob giftige Stoffe in dieser Substanz vorhanden sind!“ Es genügt, diese trockenen Worte des verächtlichen Bürokraten anzuführen, um zu erkennen, mit welcher verbrecherischer Leichtfertigkeit das profitwichtige Kapital Tausende von Menschenleben den ärgsten Gefahren aussetzt, ohne von den Verwaltungsbehörden auch nur im geringsten in ihrer Tätigkeit behindert zu werden.

Es versteht sich von selbst, daß die empörenden Vorgänge in der Petersburger Gummifabrik einen Entrüstungsturm in der gesamten Arbeiterklasse Petersburgs wachrufen mußte. Der Zufall wollte es, daß diese aufstrebenden Ereignisse in eine Zeit fielen, wo schon ohnedies eine starke Protestbewegung in der Petersburger Arbeiterklasse im Gange war. Schon am 20. März hatten die Arbeiter einiger großer Fabriken, um gegen das Säbelgerassel der imperialistischen Presse und die Geheimkonferenz der Vertreter der bürgerlichen Parteien mit der Regierung zu protestieren, einen einseitigen Demonstrationsstreik erklärt. In den folgenden Tagen schloffen sich immer neue Kreise diesem Streik an, wobei auch die fortwährenden Presseverfolgungen, die Veratung des neuen Anhebungsgeleises für die Presse usw. als Motiv des Proteststreikes ausgegeben wurde. Am 26. März nahm der Streik mit einem Schläge einen größeren Umfang an. An den vorhergehenden Tagen hatte in der Duma endlich die Erörterung der sozialdemokratischen Interpellation über die Veratung der Schuldigen an der Lena-Debatte begonnen, und die Vertreter der Regierung und der herrschenden Parteien ließen es sich wiederum nicht nehmen, in der zynischsten Weise für die Massenschlichter an der Lena einzutreten. Die Antwort des Petersburger Proletariats war ein politischer Demonstrationsstreik, an dem am 26. März zirka 10 000 Arbeiter teilnahmen. An vielen Stellen kam es an diesem Tage zu revolutionären Umzügen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am 27. März schloffen sich eine Anzahl weiterer Fabriken dem Streik an. In der Universität, im Polytechnikum und in

einer Anzahl anderer Hochschulen traten die Studierenden für zwei Tage in den Streik, und hier waren es auch schon die Vorgänge in der Petersburger Gummifabrik, die das blutige Gemisch vom April 1912 mit den heutigen Ereignissen in Petersburg verknüpfen und der Protestbewegung der Arbeiter und der studierenden Jugend eine größere Aktualität, einen stärkeren Resonanzboden verliehen. Noch vor wenigen Tagen hat der Gehilfe des Ministers des Inneren Solotarew bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Lena-Debatte in der Duma die Worte des früheren Ministers Makaroff variiert, der auf die sozialdemokratischen Anklagen gegen die Arbeitermörder im April 1912 erklärte: „Es war so, es wird immer so bleiben!“ Aber die machtvolle Protestbewegung der Arbeiterklasse entgegnet darauf: „Es war so — es wird nicht so bleiben!“

Die Erkrankungen dauern fort.

Petersburg, 31. März. Die Massen-erkrankungen von Fabrikarbeiterinnen dauern fort. Heute vormittag sind in einer Tabakfabrik sechzig, in einer Gummifabrik über zwanzig erkrankt.

Die Arbeiter der Putilow-Werke und anderer Fabriken, die gestern streikten, haben heute die Arbeit wieder aufgenommen.

Herr v. Swinner als Scharfmacher.

Die koalitionsfeindliche Haltung der Deutschen Bank, die vor einigen Wochen in der Wahrgelung eines Vorstandsmitgliedes der neuen gewerkschaftlichen Bankbeamtenorganisation zum Ausdruck kam und unter anderem dazu führte, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihre Depostengelder einer anderen Bank übertrug, ist gestern die Ursache zu recht lebhaften Auseinandersetzungen in der Aktionärversammlung der Deutschen Bank geworden. Das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Verbandes Deutscher Bankbeamten, Karg, benutzte die Besprechung des Geschäftsberichts, um seiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß die erwähnten Vorgänge, obwohl sie feinerzeit weite Kreise der Öffentlichkeit beschäftigt haben, im Bericht mit keiner Silbe berührt worden seien. Die Gesellschaft habe doch ein Interesse daran, nach außen nicht als das unsozialste Bankinstitut zu erscheinen. In der Auffassung des Revisionsrechtes habe das Direktorium sich rückständiger gezeigt als der preussische Staat, und es sei wohl klar, daß auf solche Weise die bestehende Unzufriedenheit der Beamten nur gesteigert, aber niemals aus der Welt geschafft werden könne. Dasselbe gelte von der Verteilung des Gewinnes. Direktorium und Aufsichtsrat hätten fünf Millionen bekommen, während das gesamte übrige Personal sich mit drei Millionen begnügen mußte. Trotz des nicht ungünstigen Geschäftsabchlusses sei für 1913, im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Jahren, den Beamten keine Teuerungszulage bewilligt worden, auch sei die Bezahlung der Überstunden mit zwei Mark für den ganzen Abend (und dies nur zum Januartermin) vollkommen unzureichend. Weitere Beschwerden betrafen die Pensionskasse und die Errichtung eines Angestelltenauschusses.

Diese im ruhigsten Tone vorgebrachten Ausführungen waren den maßgebenden Herren natürlich sehr unangenehm und scheinen besonders dem Generaldirektor Herrn Ketur v. Swinner auf die Nerven gefallen zu sein. In erregten Worten, die auf Sachlichkeit keinen Anspruch machen, warf er Herrn Karg vor, daß er „bezahltes Vorstandsmitglied einer Bankbeamten-Vereinigung“ sei und daß es für ihn also ein Geschäft sei, zu heben und Unzufriedenheit in die Beamtenenschaft zu tragen! Ei, Herr v. Swinner, sind Sie nicht auch bezahltes Vorstandsmitglied? Und ist es bei Ihnen nicht viel offenkundiger, daß die von Ihnen betriebene oder gebildete Hege gegen das Koalitionsrecht der Beamten für Sie ein Geschäft ist? Oder glauben Sie wirklich, daß Sie Ihr Personal noch ferner so behandeln und mit so mittelmäßigen Gehältern abspinnen könnten, wenn es nur zu 60 oder 70 Proz. in einer leistungsfähigen Gewerkschaft organisiert wäre?

Das glaubt Herr v. Swinner natürlich durchaus nicht. Aus seiner Zusammenarbeit mit der Industrie weiß er ganz genau, welche Macht dort die Arbeiterverbände bereits repräsentieren, und mit Entsetzen sieht er den Augenblick kommen, wo auch er einmal gezwungen sein könnte, sich mit den Vertretern der Beamtenenschaft über deren Forderungen zu verständigen. Deshalb versuchte er den Bankbeamten gestern ihre junge Gewerkschaft noch Möglichkeit zu berechnen, indem er behauptete, daß „nur ganz wenige“ und „keineswegs die Würdigsten“ sich bisher dem Allgemeinen Verband angeschlossen hätten. Er habe eine hohe Meinung von jeder ehrlichen Arbeit und Respekt vor jedem braven Arbeiter, aber er könne es nicht verstehen, daß sich die Beamten durch ihre Forderungen auf den Stand der stultierenden Masse von Arbeitern er-

Die Inzertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Anzeigenzeit oder deren Raum 30 Wg., für politische und gewerkschaftliche Petitionen und Versammlungs-Anzeigen 20 Wg., „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Wg., fünfzig festgesetzte Worte, jedes weitere Wort 10 Wg., Stellen- und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Original stellt.

niedrigen" wollten! Die Bank könne sämtliche Beamten entbehren, aber nicht einen ihrer Aufsichtsräte und Direktoren, denn diese seien es in Wirklichkeit, die die Geschäfte machen und die Dankschreiben zustande bringen. Danach scheint es also mit der "heben Meinung von jeder ehelichen Arbeit" doch nicht so weit her zu sein! In diesem Sinne äußerte sich auch der ebenfalls als Aktionär erwähnte Herr v. Gerlach, der die ganz unangehörige Art und Weise, wie Herr v. Gwinner die Anfragen des Herrn Marx beantwortet hatte, einer gehörigen Kritik unterwerf. In einer späteren Rede sprach Herr v. Gwinner noch den Absichten der Bank, die Zurückziehung der Gewerkschaftsgelder damit herabzusetzen, daß der gesamte Depotbestand sich um 10 Millionen erhöht habe. Man sieht, für die moralische Bedeutung dieser Maßnahme hat dieser Führer des deutschen Bankgewerbes wenig Verständnis, wie für die berechtigten Wünsche der Beamtenklasse.

Um so notwendiger ist es, daß die Angestellten diesen Offenbarungen des Bankdirektors Beachtung schenken und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen. Dann wird ihnen manche Enttäuschung erspart bleiben!

Die Lage in England.

Die Auffassung der Parteien.

London, 31. März. Auf beiden Seiten des Unterhauses ist man verwirrt durch den plötzlichen Wechsel in der Lage, und es ist schwer, eine zusammenhängende Ansicht darüber zu haben. Die Unionisten glauben, daß die Regierung durch das Beschließen und die Abschließung der so erschlafften werden muß, daß sie der Kraftanstrengung nicht gewachsen sein wird. Homerule und das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales durchzuführen. Die Liberalen aber vertrauen darauf, daß Asquiths führender Schritt die Schwierigkeiten der Lage lösen wird; sie weisen darauf hin, daß Asquith großen persönlichen Einfluß hat, und glauben, daß er die Dinge rasch ins rechte Gleis bringen wird. Im Kriegssamt wird auch betont, daß der Rücktritt Morlens, wenn er wirklich erfolgt, kein wesentlicher Faktor in der Lage ist, zumal Morley nur ein Titularamt habe. Die Liberalen sind auch überzeugt, daß Bahlens erst nach Erledigung der dem Parlament vorliegenden Gesetzentwürfe stattfinden werden.

"Daily Chronicle" schreibt:

Die Bedeutung des Schrittes des Premierministers wird niemand entgehen. Er hat erkannt, daß die neuen Fragen, die Bonar Law's offene Befürwortung der Neutralität in den Vordergrund gerückt haben, alle anderen beherrschten. Daher hat er sich entschlossen, sie persönlich in Angriff zu nehmen. Wir können uns keinen Kurs denken, der geeigneter wäre, die öffentliche Meinung zu beruhigen und im ganzen Lande die Besorgnisse zu beseitigen, die bei allen Klassen und, man darf sagen, bei allen Parteien durch den unionistischen Antrag erregt worden sind. Offiziere der Armee als Ersatz für das verlorene Veto des Oberhauses zu benutzen."

Die "Times" führt aus:

Asquiths dramatische Erklärung, Kriegsminister zu werden, regt unmittelbar zu drei Betrachtungen an. 1. Sollen wir sofort und direkt sagen, daß der Premierminister das Richtige getroffen hat; 2. weist sein noch nie dagewesener Schritt auf den Ernst der Lage hin, in die sich das neue Ministerium hat hineinstürzen lassen, und 3. ist sein Entschluß, obwohl er Beifall verdient, höchstens eine Maßregel zur Unterstützung, die so viele Dinge zu gleicher Zeit in Verantwortung gebracht hat, einer Ruhepause von politischer Verantwortung bedarf. Minister Asquiths Erscheinen im Kriegssamt wird ein unschätzbares Ergebnis haben. Wir sind sicher, daß er die Besorgnisse in der Armee zerstreuen und in allen Rangklassen der Armee das Vertrauen wieder herstellen wird."

Wieder ein Mißverständnis.

London, 31. März. Unterhaus. Heute nachmittag entstand hinsichtlich der jüngsten bekannten Denkschriften an den General Gongh ein neuer Zwischenfall. Gestern hatte Churchill erklärt, diese Denkschrift sei nicht dem Kabinett, sondern nur dem Premierminister Asquith unterbreitet worden, welcher, unter Berücksichtigung der Ansichten des Kabinetts, das Dokument abänderte. Heute berichtete Churchill seine Erklärung dahin, die Denkschrift sei dem Kabinett unterbreitet worden, das sofort damit nicht einverstanden gewesen sei. Churchill erklärte, er sei häufig während

der Beratung des Kabinetts aus dem Sitzungszimmer hinausgerufen worden. Schließlich habe er gesehen, wie Asquith einige Paragraphen ausstrich und das so abgeänderte Dokument dem Kriegsminister Seeley auslieferte.

Die Renzähl von Asquith.

London, 30. März. Die Renzähl von Asquith, die sich durch seine Übernahme des Kriegsministeriums nötig macht, hat in dem Wahlkreis East Fife in Schottland zu erfolgen. Bei den letzten Parlamentswahlen legte der Minister mit 5149 Stimmen gegen 3330, die auf einen Unionisten entfielen.

Waffenbeschaffung.

Kopenhagen, 31. März. Gestern vormittag ging außerhals Dagebløkke auf Langeland der deutsche Leichter Karl Siehn vor Anker, der eine Ladung von 300 Tonnen Gewehre an Bord hatte. Bald darauf traf auch der norwegische Dampfer Jannu an der Stelle ein. Gestern nachmittag und die ganze letzte Nacht wurde auf den Schiffen gearbeitet, um die Gewehre an Bord des nordwegischen Dampfers zu bringen. Der Hafenvogt von Dagebløkke begab sich zu den Schiffen hinaus und erhielt die Schiffsdokumente ausgehändigt. Heute früh sind beide Schiffe in nördlicher Richtung abgefahren, ohne die Schiffsdokumente abzugeben. Die Angelegenheit ist dem dänischen Ministerium des Auswärtigen telegraphisch mitgeteilt worden. Die Besatzung des Dampfers Jannu hatte erzählt, daß der Bestimmungsort des Dampfers Island sei. Man glaubt aber, daß die Gewehre für Irland bestimmt sind.

Dreufische Wohnungspolitik.

II.

Die in Artikel 3 der Regierungsvorlage vorgezeichneten Wohnungsordnungen sind obligatorisch auf Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10000 Einwohnern beschränkt. Für kleinere Gemeinden können sie erlassen werden, aber sie brauchen nicht erlassen zu werden. Wenn die Begründung für diese unterschiedliche Behandlung ins Feld führt, daß in den größeren Orten eine dem allgemeinen staatlichen Durchschnitt erheblich übersteigende Bevölkerungszunahme stattfindet, so ist das eine Unzuliebe, die sich nicht bekämpfen läßt, die aber noch nicht beweist, daß nicht auch in kleineren Gemeinden trotz geringerer Bevölkerungszunahme genau so mißliche Wohnungsverhältnisse herrschen. Selbst auf die Gefahr hin, daß auch einmal die Arbeiterwohnungen in den Dörfern der Großgrundbesitzer von den Wohnungsausschüssen inspiziert werden, müßte darauf hingewirkt werden, daß der Erfolg von Wohnungsordnungen für alle Gemeinden obligatorisch vorgeschrieben wird. Das bejammerte ein sozialdemokratischer Antrag, den das gleiche Gesetz erteilt, wie fast alle Anträge unseres Vertreters in der Kommission, er wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Es soll also nach der Absicht der übergroßen Mehrheit der Kommission, der sich wohl auch das Plenum anschließen wird, an dem bestehenden Zustand so gut wie nichts geändert werden. Für Gemeinden und Gutsbezirke mit weniger als 10000 Einwohnern wird überhaupt kein neues Recht geschaffen, für größere Gemeinden sollen Wohnungsordnungen obligatorisch werden. Was aber auch nicht viel bedeutet, da diese Gemeinden sich in einer vermehrten Zahl schon jetzt der Aufgabe unterzogen haben, die ihnen das neue Gesetz mit kleineren Gemeinden aus eigenem Antrieb Wohnungsverhältnisse einführen werden, bleibt abzuwarten. Große Hoffnungen kann man nach den bisherigen Erfahrungen nicht darauf setzen.

Aber selbst in größeren Gemeinden wird es in Praxis vielfach dahin kommen, daß die Wohnungsordnungen auf dem Papier stehen bleiben. Der Gesetzentwurf hat es vermieden, irgendwelche Bestimmungen darüber zu treffen, was die Wohnungsordnungen enthalten müssen. Es sind nur "Ruh"-Vorschriften, aber keine "Ruh"-Vorschriften vorgegeben. Das ist ein schwerer Fehler; in dieser Beziehung bleibt der Entwurf sogar hinter dem vom Jahre 1904 zurück. Damals handte die Regierung auf dem Standpunkt, daß als Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind. Heute hat sie, dem Drängen von Interessenten folgend, ihre Anschauungen rückwärts revidiert; sie begnügt sich mit einer Bestimmung, daß durch die Wohnungsordnungen eine derartige Vorschrift erlassen werden kann. Und diese Verschlechterung verteidigt sie gegenüber einem sozialdemokratischen Antrage auf Wiederherstellung der im Jahre 1904 von ihr selbst vorgezeichneten Fassung, mit Gründen, aus denen, wie aus allen ihren Argumenten, die ganz Rücksichtnahme auf das flache Land spricht. Doch die Kommission, die dem Regierungsvortrage durchweg angeschlossen ist, ein trauriges Zeichen für ihre sozialpolitische Rückständigkeit.

Die gleiche Einschüchternheit legte sie einem sozialdemokratischen Antrage gegenüber an den Tag, der zur Förderung der

Gesundheit der Bevölkerung durch Verbot der Herstellung oder Aufbewahrung von Kohlen- und Gasherdn oder überhöchenden und gesundheitsgefährlichen Gasen in Schlafräumen auszusprechen wolle. Ein Grund hierfür liegt weder nach Ansicht der Regierung, noch der Kommission vor, und so stimmte denn außer dem Antragsteller niemand für diesen eigentlich selbstverständlichen Antrag.

Damit war von vornherein das Schicksal aller weiteren Anträge des Vertreters der Sozialdemokratie besiegelt. Anträge, die durchweg das eine Ziel im Auge hatten, zwingende Vorschriften zum Schutze der durch schlechte Wohnungsverhältnisse gefährdeten Gesundheit und Sitlichkeit der minderbemittelten Volksschichten zu schaffen. Weder zeigte man Reizung, die "Ruh"-Vorschriften über den Inhalt der Wohnungsordnungen in "Ruh"-Vorschriften abzuändern, noch spezialisierte Vorschriften in die Wohnungsordnungen aufzunehmen. Sogar die Forderung der Benutzung eines Abtritts von höchstens zwei Familien für häusliche Verhältnisse ging der Kommission zu weit. In völliger Verkennung der Ursachen der hohen Mietpreise fürchtet man von solchen und ähnlichen Forderungen eine Verärmerung der Wohnungen und trägt kein Bedenken, in einem Gesetz, das sich stolz "Wohnungsgesetz" nennt, die aller Kultur Höhn sprechenden Zustände, denen wir leider noch allzu oft begegnen, zu verewigen.

Sollends für überflüssig hielt die Kommission den von sozialdemokratischer Seite beantragten Erlaß von besonderen Vorschriften über die Unterbringung von Arbeitern. Wozu Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung solcher Unterkunftsräume? Wozu ein besonderer Raum für jede in Arbeiterkassen untergeordnete Familie? Wozu eine Trennung der Geschlechter für lediges Personal? Dadurch erwachsen den Arbeitgebern ja nur unnütze Kosten, und das muß vermieden werden, selbst auf die Gefahr, daß die Kultur darunter leidet. Nach wie vor sollen Arbeiterkassen gestiftet sein, in denen die Arbeiter schlimmer als das Vieh zu hausen gezwungen sind, und auch die dem Wesen der herrschenden Klasse Preußens entsprechende und den Feinden der Koalitionsechts so angenehme Bereicherung des Arbeitsvertrages mit dem Dienstvertrag soll beibehalten werden. Kann es für einen nur auf seinen Profit bedachten Unternehmer etwas Angenehmeres geben, als die Möglichkeit, Arbeiter, die von ihrem Koalitionsecht Gebrauch machen wollen, durch die Androhung des Verlustes ihrer Wohnung zu willenlosen Werkzeugen zu machen? Die Herren wissen nur allzu gut, weshalb sie Wohlfahrtsvereine schaffen.

Fügen wir hinzu, daß auch die sozialdemokratischen Anträge auf Einfügung zweier neuer Artikel abgelehnt sind, von denen der eine sich auf Wohnräume für Arbeitnehmer bezog, die bei Arbeitgebern Kost und Logis erhalten, während der andere besondere Vorschriften zum Schutze der Heimarbeiter vorschrieb, so hat man ein Bild, in welchem Sinne die Kommission gearbeitet hat; gleichzeitig aber auch ein Bild von den eifrigen Bemühungen der sozialdemokratischen Vertretung, den unbrauchbaren Entwurf der Regierung zu einem zwar nicht idealen, aber doch einigermaßen brauchbaren Wohnungsgesetz umzugestalten.

Genau so erging es den vielen sozialdemokratischen Anträgen zu dem die Wohnungsauflage regelnden Artikel 4. Keiner dieser Anträge war so gehalten, daß ihm nicht jeder bürgerliche Sozialpolitiker unbedenklich seine Zustimmung hätte erteilen können, aber nicht sozialpolitische, sondern parteipolitische Erwägungen sind für die geschiedenen Körperlichkeiten Preußens ausschlaggebend. Vor dem platten Lande macht der Gesetzgeber halt. Die Regierung will und darf es mit den Agrariern nicht verderben, der Wille der Junker ist ihr Befehl, und da sie es ihr verbieten, sich um die ländlichen Wohnungsverhältnisse zu kümmern, so macht sie auch bei der Wohnungsaufsicht wieder einen Unterschied zwischen größeren und kleineren Gemeinden. Dazu eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Polizei den Städten gegenüber, die jedoch durch nichts gerechtfertigt ist. Was auch immer der Vertreter der Sozialdemokratie in der Kommission versucht, die Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu beseitigen und die Wohnungsaufsicht zweckmäßig zu gestalten, zu Liebe Mühe war umsonst, die formale Majorität war fest geschlossen, keine Verbesserungen an dem Regierungsentwurf vorzunehmen. Vielleicht kann man sogar froh sein, daß sie ihn nicht noch verschlechtert hat. Wird der Artikel über die Wohnungsaufsicht in der Kommissionsfassung Gesetz, dann bleibt Preußen hinter anderen Bundesstaaten auch in dieser Beziehung zurück.

Recht Polizei, aber keine besseren Wohnungen. In diesen kurzen und prägnanten Worten hat Genosse Dr. Sudekum sein Urteil über den Regierungsentwurf zusammengefaßt. Mehr Polizei, aber keine besseren Wohnungen! Dies Urteil trifft auch auf die Beschlüsse der Kommission zu. Erlaubt der Entwurf nicht noch grundlegende wesentliche Änderungen, dann ist es für einen praktischen Sozialpolitiker, der wirklich positive Arbeit leisten will und der es ablehnt, der Gefinnlichkeit Sand in

Bei den Freiwilligen Ulsters.

Hunderttausend Freiwillige in Ulster sollen der Lockung der Provinz von Großbritannien und ihrer Einverleibung in das nationalstaatliche Irland bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Wie verhält es sich mit dieser sogenannten demokratischen Bürgerwehr, deren Emporkommen die englische Regierung untätig zugehört hat? Ein Besuch im Hauptquartier im alten Stadthaus bestätigt nur die rosigten oder schwarzen Berichte, die wir über diese Streitmacht in der konservativen Presse gelesen haben. Der ausländische Journalist wird gern gesehen — vielleicht glaubt man, ihn mehr ausfinden zu können als dem einheimischen, der die Verhältnisse besser kennt und der sich jetzt wegen der ihm zuteil gewordenen Zurücksetzung laut beklagt. Am alten Rathaus, dem Sitze der konservativen Parteileitung, prangen von Carson gezeichnete Proklamationen, in denen der Zweck der Freiwilligen erklärt und bekannt gemacht wird, daß weitere Rekruten nicht verlangt werden. Der Hauptmann, der uns empfängt, erklärt uns, daß sich 100 000 Mann in die Liste der Freiwilligen eingeschrieben haben und sich von Zeit zu Zeit militärisch üben. In den Schießständen lernen die Leute schießen. (Von anderer Seite hörte man, daß man sich meist nur auf sogenannten Miniaturschießständen übt.) Ob man Geschütze hat? Ja, einige Mazingeschütze, aber keine Feldgeschütze.

Mit einem Erlaubnischein des Hauptmanns ausgerüstet, begaben wir uns nachmittags nach dem Belfast Castle, wo sich etwaige Freiwillige im Kriegsspiel üben. Belfast Castle gehört dem Lord Shaftesbury. In seinem schönen Park ragt im Hintergrunde der Cave Hill (Höhlenberg) empor. Hier war es, wo im Revolutionsjahre 1788 der irische Patriot Wolf-Tone mit seinen Freunden den Plan beriet, durch eine Vereinigung des protestantischen Nordens und des katholischen Südens die englische Fremdherrschaft abzuschütteln. Wolf-Tone war Protestant, und das waren auch viele andere der Führer der "Vereinigten Irländer"; der Impuls zu der Bewegung kam vom Norden. Heute steht der Cave Hill die Nachkommen der alten Revolutionäre sich für die Aufrechterhaltung der Fremdherrschaft und gegen die katholischen Landbesitzer. Der Umschwung hat seine geschichtliche Erklärung, die hier jedoch zu weit führen würde.

Ein kleiner Junge fragt uns am Eingang des Parks nach unserem Erlaubnischein. Er grüßt uns militärisch, nachdem er

ihn inspiert. Drinnen im Park erschallen Kommandorufe. Einige Rekruten üben sich im Signalisieren mit Flaggen. Die große Mehrheit wird im Vorwärtstürmen und Entfallen gedrillt. Es geht noch sehr schlecht. Da ist ein alter Papa, der nimmer mitkann. Dafür kann aber ein Blödeln in kurzen Hosen weit besser laufen. Die Rekruten haben das Bestreben, sich beim Entfallen der Schloßordnung auf einen Haufen zu werfen. Vielen macht die Übung Vergnügen. Anstatt sich schüchtern hinzulegen, werfen sie sich auf den Rasen und strecken die Beine in die Luft. Etwa die Hälfte der Leute besteht aus jungen Burken zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren. Es fehlt aber nicht an stämmigen Rastelkämpfern von den Besten. Doch nur ein großer Optimist würde es wagen, diese gemischte Gesellschaft, selbst wenn sie noch ein ganzes Jahr lang jeden Sonnabendnachmittag übt, gegen einen Feind zu führen. Es heißt, viele der Freiwilligen hätten sich nur gezwungen der Organisation angeschlossen und was wir im unserem kurzen Aufenthalt in Belfast schon über den Terrorismus gehört haben, der von den Ulstern auf ihre andere denkenden Mitbürger ausgeübt wird, spricht für die Richtigkeit dieser Aussage.

Doch die große Masse ist zwischelohne mit Lust und Liebe bei der Sache und seht sich nach dem Tage, wo sie den verhassten "Papstlichen" eine Lektion geben kann. Es ist soviel Aufhebens von dem demokratischen Wesen und Geiste Ulsters gemacht worden. Das Wort Demokratie ist heute ein Wort, mit dem namentlich in diesem Inselreiche viel Mißbrauch getrieben wird. In Wirklichkeit ist die politische Organisation Ulsters eine Oligarchie, die die Masse mit ihrer ihr von dem "Papste" drohenden Gefahren hypnotisiert. Die leitenden Stellen in der konservativen Partei, die Ehrenposten in den Orangevereinigungen werden durchweg von den Angehörigen der oberen Klassen besetzt. Und diese Ordnung reproduziert sich in der Organisation der Freiwilligen, ja, sie kommt noch schärfer zum Ausdruck. Wenn die Kompagnien setzen sich ganz augenfällig aus Reuten derselben Klasse zusammen. Auf den ersten Blick lassen sich die Abteilungen der Bourgeoischicht von denen der Arbeiter unterscheiden. Zwar zählt der Gemeine in dem Heere der Freiwilligen keine unteren Offiziere, aber die Wahl fällt regelmäßig auf den Mann, der auch im bürgerlichen Leben sein Vorgesetzter ist. Die unteren Offiziere wählen zwar die höheren Offiziere, aber diese müssen von dem durch die Oligarchie eingeleiteten Generallstab bestätigt werden. Es ist eine beachtenswerte und charakteristische Tatsache, daß sich in den letzten Tagen die "Civic Volunteers" (Bürgerfreiwilligen) den Ulsterfreiwilligen angeschlossen haben. Diese militärisch ausgerüstete und

gedrillte Körperkraft, die wir heute beim Begräbnis des Bürgermeisters von Belfast beobachteten, soll 500 Mann stark sein. Sie wurde vor zwei Jahren zur Zeit der großen Streiks von den erschreckten Bourgeois ins Leben gerufen und sollte gegen die Streikenden verwendet werden. In London und anderen Städten hat man ähnliche Körperschaften. Jetzt hat sich diese Streikführergarde zu einer patriotischen Truppe entwickelt.

Die vielgerühmte Demokratie Ulsters ist überhaupt ein großer Humbug. Das Volk, die Arbeiterschaft hat in den Räten Ulsters nichts zu sagen. Vor einigen Jahren wurden die Arbeiter einmal auf und wählten einen der Ihrigen ins Parlament gegen den Willen der Oligarchie. Dem Mann wurde das Leben unermesslich gemacht und er lebt jetzt in Amerika. Das große Wort führen die Kapitalisten. Im Parlament sind es Juristen, die die Sache Ulsters verwalten, aber in Ulster haben die eigentlichen Herren des Landes das Wort selbst in Händen. Der Parteichef ist der Hauptmann Craig. Die Erträge haben ihr Geld in der Schatzkammer gemacht. Sie sind an der Whiskyfirma Dunville interessiert, die ihren Angestellten Löhne von 14 Schilling die Woche zahlt. Andere Führer sind Herr Mitchell-Thompson, ein Whiskyfabrikant, Sir John Londale, dem Genosse Snowden in seiner Rede gegen die Rüstungstreiber so jämmerlich zulagte, Herr Clark, der Werkbesitzer. Die Liste der kapitalistischen Sterne erster und zweiter Größe, die am Himmel der Ulsterdemokratie prangen, ist zu lang, um sie wiederzugeben. Es wäre, Unfang mit Worten treiben, wenn man die Organisation der Ulsterleute demokratisch nennen wollte.

Es verlautete in den letzten Tagen, daß nicht nur die Offiziere, sondern auch die gemeinen Soldaten des englischen Heeres von dem Geiste der Rebellion ergriffen seien. Doch soll man auch die Abteilung des Dorsetshire-Regiments von Belfast nach den außerhalb der Stadt befindlichen Kasernen abwarten. Von hier aus scheint es, daß die purer Schwundel ist. Von den Soldaten läßt sich nichts erfahren; sie weichen gelangweilt jeder Erörterung politischer Lage aus. Doch wenn die Soldaten vom Dorsetshire Regiment die Ansichten der Offiziere im Guraugh teilen, weiß man, daß dann jeden Abend in die Stadt kommen. Zu je, es ist kann man heute Soldaten auf den Straßen Belfast antreffen. Die Nachrichten über rebellische Soldaten ist nun eine der lächerlichsten Zeit.

Gewerkschaftliches.

Ausnutzung der Notlage.

Man braucht die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ nicht vor dem Verdacht zu schützen, daß sie jemals in einem Konflikt zwischen dem von ihr geführten „roten“ Metallarbeiterverband und einem großkapitalistischen Unternehmen einseitig zum Nachteil des letzteren Partei ergreifen könnte.

Um so bemerkenswerter ist daher eine Stellungnahme des Blattes zu dem Streitfall bei den Linke-Hofmann-Werken. Wir sind in der angenehmen Lage, dem Urteil des Blattes durchaus zustimmen zu können. Es schreibt (Nr. 281):

Ein klassisches Beispiel für den Versuch einer ungehörigen Ausnutzung der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt bildet die gegenwärtige Aussperrung bei den Linke-Hofmann-Werken. Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnen, Lokomotiv- und Maschinenbau in Breslau. Dieser Fall ist besonders deshalb für die breite Öffentlichkeit von großem Interesse, weil es sich hier um ein Unternehmen handelt, das vorwiegend aus Aufträgen des Staates, ganz ungewöhnlich hohe Gewinne zieht und vor kurzem einem allzu auffälligen Steigen der Dividende (für das Jahr 1911 85 Proz., für das Jahr 1912 17 Proz. Dividende!) noch durch Ausgabe von „Gratisaktien“ vorbeugen mußte.

Hier mag eingeschaltet werden, daß eine Lohnreduktion die Ursache des Konfliktes war. Einen Streik der von den Abzügen betroffenen Arbeiter beantwortete die feine Firma mit einer Aussperrung. Diese trägt einen ausgesprochen Prestigecharakter. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft gab dem terroristischen Vorgehen der Direktion den Segen, weil es sich um die Abwehr unberechtigter Ansprüche der Arbeiter handelte.

Die Behörden und staatlichen Verwaltungsstellen, sowie die Parlamente sollten dafür sorgen, daß überall da, wo der Staat oder die Gemeinden Lieferungen zu vergeben haben, auf angemessene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesehen wird. Wenn sich die wirtschaftliche und soziale Rücksichtlosigkeit einer Verwaltung schon in der Art der Ablehnung berechtigter Wünsche ihrer Arbeiterschaft äußert, so hat der Staat keine Veranlassung, diese rücksichtslosen Auffassungen noch zu fördern.

Kleines Feuilleton.

Halbes „Jugend“ für die Arbeiterjugend verboten! Am Sonntag, den 5. April cr., sollte das halbesche Liebesdrama „Jugend“ vor der arbeitenden Jugend Berlins aufgeführt werden.

Bei aller Wertschätzung des Dramas, gegen dessen Aufführung vor einem erwachsenen Publikum keinerlei Bedenken erhoben werden können, muß ich die Genehmigung für eine besondere Jugendvorstellung verweigern. Die Wirkung des Stückes auf unreife Personen kann nur derart sein, daß sie den Interessen der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Jugendzucht, widerspricht.

Das Verbot und seine Begründung ist mehr als eigentümlich. Es handelt sich um eine Aufführung vor der schulentlassenen Arbeiterjugend, und es heißt den Berliner Gemeindefürsorge ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn man die Schulentlassenen samt und sonders als unreife Personen bezeichnet. Noch eigentümlicher ist die Behauptung, daß die Wirkung des Stückes den Interessen der Jugendzucht und damit den Interessen der öffentlichen Ordnung widerspreche.

Gegen dieses neueste polizeiliche Verbot wird natürlich Beschwerde erhoben werden.

Das Matthäus-Passion und der Berliner Volks-Chor. Musikwerke von ausgesprochen kirchlichem Charakter einem aufgeklärten Arbeiterpublikum nahe zu bringen, mag bei gewissen Schichten der verarmten Gesellschaft noch immer „unmöglich“ erscheinen. Aber Widerspruch findet indes seine einfache Lösung in unserer prinzipiellen Stellung zur Kunst im allgemeinen und zur Musik im besonderen. Jeglichen Zwecken, denen sie tributär geworden, entzückt, kann sie noch immer, oft erst recht, ihren vollen Wert offenbaren; denn sie ist gemäß einer Erklärung ihres inneren Wesens nach Wagner „Religion“ ganz für sich. So vermag uns auch die höchste Passionsmusik als einer der höchsten Gipfel im Reich der Töne Gewinn verheißender Seltsamkeit würdig genug erscheinen. Es frage sich nur: in welcher Form und Gestalt. Die Aufführung im Konzertsaal bedingt ja von vornherein bestimmte Gesichtspunkte. Der durchaus kirchliche Stil der Passionsmusik bleibt unberührt, selbst dann noch, wenn sie lediglich von einer Anzahl von Choralen usw. verflücht wird. An solchen sind nämlich fünfzehn, an madrigalischen Texten achtundzwanzig vorhanden; und was die Arien angeht, so übertrifft sie an Menge, musikalischen Schönheiten und Ausdrucksmitteln alle anderen Vokalwerke. Daß die Passion etwas durch Kürzungen oder Befestigung „der allzubeherrschten in ihre ausgedehnten Affekte“ total „verweltlicht“ werden könnte, war nicht zu befürchten; denn sie wirkt weder „opernhast“ noch „widerig“ in der Kirche — was einige zeitgenössische Kritiker Bach vorgeworfen haben.

scharfem Gegensatz zu den sozialen und ethischen Anschauungen unserer Zeit steht. Bezeichnend für die Lage ist es jedenfalls, daß auch die Breslauer Bürgerschaft in dem jetzigen Streit größtenteils der Arbeiterschaft günstig gesinnt ist.

Solche Grundsätze müßten gelten bei allen Vergabungen von Seiten des Staates, der Behörden und Gemeinden. Was aber geschieht? Gerade den Scharfmachern, den Großkapitalisten bewilligt der Staat die höchsten Preise und dann läßt er sich von ihnen auch noch zum Sturmbock gegen die Arbeiterbewegung gebrauchen. Und diese Verdrücker von Recht und Unrecht, von Ausbeutung und Unterdrückung firmiert: „Ordnung“, „Sitte“, „Schutz der nationalen Arbeit“!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Auf vielfache Anfragen teilen wir hierdurch mit, daß die Sperre über die Telefonabteilung der Deutschen Steinholzwerte, Gelbfest. 15, nach wie vor besteht.

Kuherdem weisen wir darauf hin, daß ein Vermittler sich bemüht, Maurer und Zimmerer nach Coswig in Anhalt anzuwerben. Da unsere Kollegen durch die dortigen Unternehmer ausgepörrt sind, ersuchen wir dringend, Arbeitsangebote nach dort abzulehnen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin.

Die Hausdiener, Paster, Schaffner usw. der Firma A. Bertheim sind unzufrieden wegen Nicht-Einführung des Wochenlohnes und der Umänderung der bisher gewährten Jahrgelder für die Schaffner sowie der Bezahlung der Ueberstundenarbeiten. Es haben deswegen bereits mehrere Verhandlungen zwischen Vertretern des Transportarbeiterverbandes und der Geschäftsleitung der Firma stattgefunden. Eine nach den Arminhallen einberufene Dienerversammlung beschloß sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen. Von den in den Warenhäusern A. Bertheim etwa tausend Dienern waren circa 700-750 erschienen. Vollmeier und Fröhlich erstatteten eingehenden Bericht. Die Umwandlung des Monatslohnes in Wochenlohn lehnte die Firma ab, weil sie der Ansicht ist, daß ein Teil der Angestellten sich damit nicht einverstanden erklären, obgleich eine vorausgegangene Versammlung, welche von circa 500 Dienern besucht war, gegen 7 Stimmen für die Einführung des Wochenlohnes stimmte. Der Grund der Ablehnung ist aber darin zu suchen, daß der Vorstand der Geschäftsbienner- und Padervereingung bei der Geschäftsleitung der Firma A. Bertheim vor sprach und derselben erklärte, daß er im Auftrage des im Hause beschäftigten Dienersonals komme und daß das Personal die Einführung des Wochenlohnes nicht wünsche, weil dadurch verschiedene Verhältnisse eingeleitet werden könnten. Eine Versammlung der Mitglieder des Geschäftsbienner- und Padervereins, die von ganzen 81 Personen besucht war, hatte sich nämlich für die Weiterbehaltung des Monatslohnes erklärt. Der Geschäftsleiter der Firma A. Bertheim ist dieses Dazwischentreten des Vorstandes des Geschäftsbienner- und Padervereins sehr angenehm gewesen; denn immerhin verursacht die Einführung des Wochenlohnes für die Firma — so erklärte derselbe — einen Teil technischer Schwierigkeiten und Einstellung von Personal, welches die Berechnung der Wochenlöhne vorzunehmen hätte. Für die Angestellten wäre aber die Einführung des Wochenlohnes eine weitere Vorteil gewesen und ein langsehnter Wunsch wäre damit für dieselben erfüllt worden. Wegen der Bezahlung der Ueberstunden, die früher von 8 1/2 jetzt von 9 Uhr berechnet werden, erklärte die Geschäftsleitung, daß eine Neuregelung der Ueberstundenarbeiten eingeführt werden soll, die aber keinesfalls Verschlechterungen für die Angestellten bringt. Die bisher gewährten 3 M. Jahrgelder für die Schaffner, welche die auswärtigen Touren fahren, sind in eine Pauschalsumme von 15 M. monatlich umgewandelt worden. Diese 15 M. monatlich erhalten alle ständigen Schaffner, auch wenn dieselben nicht den Titel „Oberkassierer“ besitzen. Die Geschäftsleitung erklärte dann den Verhandlungsvertretern gegenüber ausdrücklich, daß sie ihren Angestellten keinerlei Schwierigkeiten wegen der Zugehörigkeit zur Organisation in den Weg lege. Es sei ihr ganz gleich, welcher Organisation dieselben angehören. In der Diskussion wurde dann vor allem sehr scharf das unsaire Verhalten des Vorstandes der Padervereingung verurteilt.

Aus dem Fleischergerichte. Der Fleischermeister Lamprecht, Herzbergstr. 22, weigert sich, den Tarifvertrag der Organisation anzuerkennen. Der Betrieb ist für organisierte Fleischer gesperrt. Zentralverband der Fleischer. Die Tarifkommission.

Die Gestalt, in der sie nun im Saale der „Neuen Welt“ aufgeführt wurde, darf wohl jeder Sachkennner anerkennen. Dadurch hat nicht nur die Handlung mancherlei Weichheitsgrade verloren, sondern das ganze Werk an dramatischer Wucht gewonnen. Jetzt tritt dessen Architektur und Fülle an innerlichem Glanz erst so recht plastisch zutage. Diese makabre Vereinfachung vertritt sich mit gemessener Beharrlichkeit des ohnedies ungeheuren Apparates gar wohl. Das Orgel-Harmonium, anstatt zwei großer Orgeln, hatte den Vortag, die Chöre und Solisten nicht zu erdrücken. Mit dem verstärkten Bläser-Orchester zusammen ließ sich ja doch eine imposante symphonische Wirkung erzielen. Wenn man vollends die eminenten Schwierigkeiten erwägt, die sich einer halbwegs angängigen Aufführung entgegenstellen, dann hat der Volks-Chor diesmal eine gefangenschaftliche Leistungsfähigkeit erwiesen, die meines Erachtens selbst die bei Beechobens „Reuener“ weit übertrifft. Neben einer straffen Präzision, die selbsthalb bis zum Schluß die Direktive behielt, offenbarte sich eine bewundernswerte Reinheit, wie Klarheit, Kraft und innige Fortschritt des gewaltigen Stimmkörpers, wie solche nicht leicht anderswo zu hören sein wird. Alle Chöre wurden in bewegtem Tempo genommen. Einzelne Ausbrüche erbrauten geradezu elementar. Den mächtigen Eindruck erhöhten die zum größten Teil herrlichen Gesangsbeiträge der Solisten, allen voran: Paul Bauer (Evangelist), Paula Weinbaum, dann Lucie Daelmisch, Werner Engel (Christus) und Emil Seberin. Am Cembalo und am Flöten-Flügel sah Wilhelm Scholz; am Orgel-Harmonium Paul Koberg und Konzertmeister Lambison spielte die Geigenroll mit wundervollem Ton. Die höchste Anerkennung verdient aber der Dirigent Dr. Ernst Jander. Seiner unermüdlichen Arbeit verdankt der Volks-Chor das hohe Maß solcher Leistungen. Die Aufführung nahm trotz der Einschnitte immerhin noch fast drei Stunden in Anspruch.

Nächstens wird das Werk vom Kartell der freien Volkstheater gegeben werden. Also ist Gelegenheit, es wiederholt zu hören. ok.

Künstlerische Reklame? Ueber den Gendarmenmarkt trotten im Gänsemarsch vier Männer, die einiges Aufsehen erregen. Es sind Arbeitstote in schlechter Kleidung, aber mit einem greisbärtigen Zylinder auf dem Kopf und Plakaten vor der Brust, auf dem Rücken. Man lächelt spöttlich über das mürrische Aussehen der Leute. Vor einer Bedürfnisanstalt machen sie halt. Einer verschwindet, um ein kleines Geschäft zu erledigen. Nachdem er wieder erschienen ist, formiert sich der Zug von neuem und trotzt der Friedrücksstraße zu. Sehr originell ist die Strohkellerei des Künstlerfestes „Maske und Palette“ gerade nicht. Sie ist so primitiv und billig wie möglich. Und sie wirkt in der Hauptsache aufreizend. Da stapfen in zerissenem Schuhwerk, aber mit ziegelroten Zylindern auf den Köpfen, Arbeitstote im Regenwetter strahlend, strahlend. Man hat ihnen nichts von ihrer Schicklichkeit genommen. Man hat sie nicht in eine bessere Kunst gesetzt, denn das wäre originell, wenn nicht gar human gewesen. Man hat ihnen nur „ultrige“ Zylinder aufgeschliffen und geschmacklos Plakate umgehängt. Arbeitstote Männer, die schwere Entbehrung leiden, werden in den Straßen das Interesse für ein Fest, das dem Besigenden Gelegenheit gibt, Geld, recht viel

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Mit dem Inhaber des Restaurants „Bismarckshöhe“ in Werder a. S., Herrn Altenkirch, sind Differenzen ausgebrochen. Herr A. lehnt jede Vereinbarung mit der Organisation mit der Begründung ab, genügend geschultes Personal zur Verfügung zu haben. Herr Altenkirch hat seine Angestellten bis jetzt fast ausschließlich durch gelbe Vereinigungen bezogen. Die bei ihm bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die denkbar ungünstigsten und entsprechen in keiner Weise dem von der Organisation überall eingeführten Minimaltarif. Auf diesen Zustand wurde der Verband von verschiedenen Seiten aufmerksam gemacht. Am 15. Februar cr. haben Vertreter der untergeordneten Organisation Verhandlungen mit Herrn A. angebahnt, die ihn veranlassen sollten, einen Teil von den zur Einstellung gelangenden Kellnern vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes zu beziehen. Bei der Verhandlung erklärte Herr A., eine bindende Zusage nicht machen zu können, bevor nicht im „Gastwirtsverein Werder und Umgegend“ mit seinen Kollegen eine diesbezügliche Aussprache stattgefunden habe. In seiner Sitzung am 20. Februar cr. hat dieser Verein sich mit der Frage beschäftigt und dann dem Verband folgendes Schreiben zugehen lassen:

Unterzeichneter Verein teilt Ihnen ergebenst mit, daß Sie in diesem Jahre nicht mit einer Indienststellung Ihrer Mitglieder rechnen können, da wir uns nicht binden wollen und andererseits und bekanntes und geschultes Personal genügend zur Verfügung steht.

Am 26. März cr. verhandelten die Vertreter des Verbandes mit verschiedenen Gastwirten in Werder, um von den einzelnen eine Erklärung zu erhalten, inwieweit sie sich durch den Beschluß ihres Vereins gebunden fühlen. Einige der größeren Lokalinhaber haben trotz des Beschlusses beim Verband Bestellungen aufgegeben. Im Gegenzug hierzu erklärte Herr Altenkirch, es ganz entschieden abzulehnen zu müssen; er verzichte darauf, mit dem Verband in Verbindung zu treten. Herr Altenkirch vertritt den Herr-im-Haus-Standpunkt und will sich von niemandem Vorschriften über die Arbeitsbedingungen der Angestellten machen lassen.

Der Betrieb „Bismarckshöhe“ ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Den Stolper Arbeitern im Speditionsgewerbe ist es gelungen, nach einem dreitägigen Streik eine Lohnerhöhung von 1 M. für dieses Jahr und 50 Pf. mehr im Jahre 1915 zu bekommen. Allerdings hätte bedeuten mehr erzielt werden können, wenn die Arbeiter eines Betriebes etwas mehr Niedrigkeit gezeigt hätten. Daß die Stolper Spediteure auch das Jammern verstehen, beweist folgendes Schreiben, das die Verwaltung des Transportarbeiterverbandes von dem Vorsitzenden der Unternehmervereingung erhielt:

In Erwiderung auf das an die hiesigen Spediteure und Möbeltransporteure gerichtete Schreiben vom 24. Februar gestatte ich mir Ihnen als Vorsitzender des Vereins Stolper Spediteure und Möbeltransporteure mitzuteilen, daß laut heutigem Beschluß die sämtlichen Mitglieder unserer Vereinigung es ablehnen, überhaupt in eine Verhandlung mit dem Transportarbeiterverband, betreffs Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Die sozialen Lasten, welche seit Jahren unserem Gewerbe auferlegt sind, neuerdings durch die Angestelltenversicherung sowie durch die erhöhten Invaliden- und Krankenlastenbeiträge, macht es unseren Mitgliedern unmöglich eine weitere Belastung der Unkosten auf ihre Schultern zu nehmen. Fernerhin haben wir nach Rundfragen bei verschiedenen Verbänden nur die Ansicht gewinnen können, daß die mit dem Transportarbeiterverband abgeschlossenen Tarifverträge zu Unzumutbarkeiten geführt haben und es den meisten Betrieben unmöglich machen, in Ruhe ihr Gewerbe auszuführen, da bei Ablauf neuer Forderungen gestellt werden, die es uns unmöglich machen, überhaupt noch konkurrenzfähig zu bleiben.

Hochachtungsvoll

Emil Freundlich.

Wie mag Herr Freundlich nun zu Mute sein, nachdem seine übrigen Kollegen die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben. Insgesamt waren an dem Streik 81 Arbeiter beteiligt.

Sämtliche organisierten Sattler der Militärreflektorenfabrik Ahrendt in Hamburg sind ausständig, weil die Firma jede Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverlängerung ablehnte und sich strikte weigert, mit den Vertretern des Verbandes zu verhandeln. Zwei Christliche, die vorher arbeitswillig waren, haben nun auch den

Geld, auszugeben. Die Not des Proletariats, die in ihrer Grenzlosigkeit nach dem ersten greift, ruft zu einem Vergnügen, das zwölf Tage lang den satten und „humanen“ Bürger in einen Strudel von Furcht und — Laune herabzieht.

Theater.

Kammerspiele: Die gelbe Jade, Schauspiel aus dem Chinesischen; bearbeitet von Hazelt und Ventim. Das Stück, von New York herübergekommen, will einen omikant ethnographischen Anschauungsunterricht chinesischer Dramatik und Darstellungsweise geben. Der Text, erklären die Bearbeiter, sei eine nur abblitzende Zusammenziehung chinesischer Originalgenies, die denselben alten Sagenstoff behandeln; gleichzeitig hätten sie versucht, das ganze Drama und Drame des heutigen chinesischen Schauspielstiles wiederzugeben. Von Ansätzen zu tieferer Vertiefung, wie sie in einer von Reinhardt vor Jahren aufgeführten Javanertragödie so stark hervorstrahlt, ist in der „gelben Jade“ nichts zu spüren. Keine seelischen Konflikte, keine Charaktere, keine geliebte Handlung, noch einprägsame Bildlichkeit der Sprache. Der Dichter wendet sich an ein ganz naives Publikum, das an stofflicher Dichtigkeit und Abenteuerlichkeit der Vorgänge völlig Genüge findet und auf die einfachsten und größten Reize mit immer williger Reflexionskraft reagiert. Reinhardt's und seiner Schauspieler Kunst lebte die Komik dieser Primitivitäten wirksam und democh ohne Aufreizung hervor, erfreute den Blick in den Liebeszügen durch annähernd vollkommene Bilder, aber der Eindruck litt unter der Länge der Zeit.

Viktor Arnold fungierte mit ausgezeichnetem Humor als offizieller Erklärer. Im Hintergrunde, bei ein paar Kuslanen sitzend, hatte er bei jedem imaginären Szenenwechsel vorzutreten und dem Publikum mit Verbeugungen mitzuteilen, was es sich im Augenblicke für einen Schauspiel vorzustellen habe, ob ein Zimmer im Palast des Königs zu, ob Garten, Platte, Strom, Berge oder ob ein Liebesnest. In den Zwischenakten, nach Füllen des Vorhangs hielt er Ansprachen von orientalisch überausender Höflichkeit zum Ruhm der weiten Hörschaft und zur Entschuldigend des Stückes. Sehr droßig affizierte ihm Schilber aus lang gezippter ägyptischer Theatermeister, der unerbürdlich ernst die Requisiten dirigierte, Stühle und Bäume stellte, mit vorgestrecktem Arm Türen markierte und Rissen brachte, wenn jemand auf der Bühne miß wollte.

Schlimme Laten passieren. Bus Nebenfrau und ihre Joke, zwei jierlich trippelnde, doch höchst verworfene Wesen, von Leopoldine Konstantin und Johanna Terzin in vorzüglich dargestellt, haben den hochherzigen Fürsten verleitete, die Ermordung seiner guten Hauptfrau zu verlangen. Der wadere Bauer, der dazu beordert ist, schlägt aber statt der Königin der bösen Joke den Kopf ab. Jene sieht man, nachdem sie ihr Schändchen dem Schuy der Götter anvertraut hat, eins Weiter (die Himmelsleiter) in die Höhe klettern. Von Bauern ausgezogen, herrlich emporgelbläht zieht der vermalte Königssohn, dem man das Geheimnis seiner Abkunft verheimlicht, in die Fremde. Prinzessin Pfäffchenblüte, an deren Fenster er vorüberstreift, verbleibt sich schließlich auf der Stelle in das hübsche Bärschen. Aber ehe die beiden jungen Leuten stimmungsvoll auf dem Kirchhof sich ewige Treue schwören,

Verließ verlassen. Die Firma sucht durch das nationale (gelbe) Arbeitersekretariat 50 Saiten für Militärarbeit. Auch in bürgerlichen Blättern erscheinen Inserate unter Schiffe. Alle Versuche, auf diese Weise Streikbrecher zu werben, schlagen bis jetzt fehl; so wird es hoffentlich bleiben, wenn weiterhin alle noch so verlockenden Anpreisungen von den Saitlern unbeachtet bleiben. — Die bei Damburger Innungsmeistern beschäftigten Saitler haben der Janung Forderungen unterbreitet, zu denen sie sich bisher ablehnend verhielt. Zugang nach Hamburg ist streng zu meiden.

Die Berliner Metallarbeiter im Jahre 1913.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat kürzlich ihren Jahresbericht für 1913 veröffentlicht. Wir sehen daraus, daß sich die wirtschaftliche Krise auch in der Metallindustrie bemerkbar machte. Am 1. Juli hatte der Verband 8700, am 31. Dezember 1913 6554 Arbeitslose. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Erhöhung der Unterstützungssätze ließ die für Arbeitslosenunterstützung ausgegebene Summe von 601 140 M. im Jahre 1912 auf 1 188 013 M. im Jahre 1913 anwachsen. Für Krankenunterstützung wurden 613 608 M., für Streikunterstützung 402 558 M., für Gemahregeltenunterstützung 89 065 M., für Reiseunterstützung 30 145 M. und für sonstige Unterstützungen 60 428 M. ausgegeben. Die Gesamtsumme, die im Berichtsjahr für Unterstützungswecke verwendet wurde, betrug 2 391 340 M.

Daß die Verbandstätigkeit eine sehr rege war, zeigt die große Zahl der abgehaltenen Versammlungen. Sie beläuft sich auf 24100. Der größte Teil davon, nämlich 21 394, kommt auf Bezirksversammlungen. Das Bestreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, ruhte auch in der Kriegszeit nicht. Der Bericht gibt Auskunft über zahlreiche Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse, die den betreffenden Arbeitern mehr oder minder bemerkenswerte Verbesserungen brachten.

Die Mitgliederzahl belief sich Ende 1913 auf 88 729. Vergleichszahlen aus der Mitgliederbewegung des vorhergehenden Jahres gibt der Bericht nicht. Wir sehen aber aus dem Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission, daß der Metallarbeiterverband im Jahre 1912 in seiner Berliner Verwaltungsstelle 91 784 Mitglieder hatte, während das Jahr 1911 eine Mitgliederzahl von 88 272 aufwies. Im Jahre 1913 ist die Mitgliederzahl also um 3055 zurückgegangen, oder richtiger: Der Abgang überwiegt den Zugang um 3055, denn in der Gesamtzahl der Mitglieder sind nach Ausweis des Berichts 17 418, die im Jahre 1913 aufgenommen wurden. Der Rückgang der Gesamtzahl macht ungefähr 8 Prozent aus. Das ist im Hinblick auf die schwere Wirtschaftskrise und die fortschreitende Arbeiterkrisis vieler Zweige der Metallindustrie durchaus kein besonders ungünstiges Resultat. Von der Rührigkeit des Verbandes ist zu erwarten, daß er beim Eintritt einer besseren Konjunktur die Mitgliederzahl von 1912 bald wieder erreichen, ja überholen wird.

Wegen mancher ungünstigen und unerwünschten Folgen hat die Arbeitslosigkeit auch eine erhebliche Erscheinung gebracht: Die Bibliothek des Verbandes, die 1911 73 000 Bände und 1912 82 303 Bände auslieferte hat, gab im Berichtsjahre 114 810 Bände, also 21 Proz. mehr als im Vorjahr, an die Leser aus. Daraus ergibt sich, daß die Verbandsmitglieder die unentgeltliche Hilfe, die ihnen durch völlige Arbeitslosigkeit oder beschränkte Arbeitszeit auferlegt worden ist, zur Fortbildung ihres Wissens oder zur Pflege oder Unterhaltung ausgenutzt haben. Auch ein Beweis für den erheblichen Einfluß der Organisation und eine Widerlegung der in arbeiterfeindlichen Kreisen kolportierten Behauptung: Die Arbeiter machen schlechten Gebrauch von ihrer freien Zeit, deshalb dürfe die Arbeitszeit nicht verkürzt werden.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

In Alt-Bässig, Kreis Waldenburg, wurden alle drei Mandate, die in der 3. Abteilung zu besetzen waren, von unseren Genossen erobert.

In Wärsdorf bei Ohlau wurde Genosse Gasske wiedergewählt.

In Peiskerwitz, Kreis Ohlau, siegten in der 3. Abteilung die Genossen Obst und Salzborn mit 85 Stimmen, während es die Gegner auf ganze 9 brachten. Die ganze 3. Abteilung ist jetzt in unserem Besitz.

Mittel-Butschdorf, Kreis Striegau, wählte als ersten sozialdemokratischen Gemeindevorsteher den Genossen Allich in der 3. Abteilung. In der 2. Abteilung siegte ein bürgerlicher Arbeiterfreund mit unserer Hilfe.

Mit großer Mehrheit wurden in Tappendorf, Kreis Strehlen, in der 3. Abteilung zwei Genossen gewählt.

mus der Prinz, um die erforderliche Reife zu erlangen, noch die Erlaubnis machen, daß es auch schon Frauen ohne Jugend gibt. Ein hübscher Gauller führt ihm die Grazien zu, von denen er die Schönste wählt. Dann lange Vorträge auf einer teppichbelegten Bank Stromabwärts. Fröhliche Landung. Das Mädchen, in puppenhafter Kamm und mit glöckelndem Lächeln, Stimme von Eise Gerschberg gespielt, scheint überglücklich, läßt aber bei der ersten Nachricht, daß ein noch reichere Bewerber ihrer warte, ebenio vergnügt davon. Dann kommt die wahre, die Plauenblütenliebe und die Offenbarung seines königlichen Blutes. Er wandert in das Reich der Väter, seinen Stiefbruder, den weiblichen Küstlingskönig zu vertreiben. Er klettert über ein Gebirge aus Stählen, über einen schwebeladen Abgrund, den ein Dreck markiert und kämpft mit Schneewind, das der Theatermeister aus vollen Schalen auf sein Haupt ergießt. Doch um so glänzender nach solchen Mühen ist der Triumph. Der Bruder unterwirft sich und gleich erscheint auch die Prinzessin, mit dem Sieger zusammen auf den Thron zu steigen.

Berner Loy spielte den Prinzen mit frisch sympathischen Jugendtemperament, Herr Dumke machte aus der parfümierten Stiefbruder-Rajistik eine witzige Aesopparodie. Von den Damen sind insbesondere noch Frau Gertrud Eysoldt, die als Königin-Mutter sehr innige Töne des Schmerzes fand, und Kamilla Eibenschütz lebenswürdig kindlich-verliebte Prinzessin zu nennen. Das Publikum quittierte mit dankbarem Applaus.

Notizen.

— Theaterkritik. In der heutigen Vorstellung von h'Alberts „Niels“ im Deutschen Opernhaus wird die Rolle der Martha zum ersten Mal von Henriette Gottlieb geungen. — Die Berliner Freie Studentenschaft will im Mai Ludwig Tieck's satirisches Märchen „Der gestiefelte Kater“ mit Hilfe von Gertrud Eysoldt, die den Kater spielen wird, aufführen.

— Vorträge. Am Donnerstag, den 9. April, spricht Maximilian Jordan zum ersten des Schupverbandes deutscher Schriftsteller in großer Saale der Philharmonie über: Berliner Sittlichkeit. — Der französische Poet Paul Fort wird auf Einladung der Reichsfeier „Der Sturm“ am Sonnabend, den 4. April, abends 8 Uhr, im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92/93, zum erstenmal in Deutschland aus seinen Dichtungen vortreten.

— Der Dresdener Theatertrach endet nach allem Schicksal und Verschieden der leitenden Personen und allem Verzweifeln damit, daß das Albert-Theater am 1. Mai die Türe zumachen. Das Theater hat auch in den Sommermonaten spielen wollen; daraus wird also schon im ersten Spieljahr nichts. Erst im Herbst soll der Vorhang wieder aufgehen, und dann will man die zerbrochene Karre als „Volks-Theater“ wieder in Gang bringen. Daß etwas Ernsthaftes entstehen könnte, wird kein Vorsichtiger glauben.

— Unbekannte Kapellen-Karikaturen, die von dem Dichter der Romantik E. L. A. Hoffmann herrühren, wurden im Städtischen Museum zu Leipzig entdeckt. Hoffmann war ein leidenschaftlicher Passer Napoleons.

— Ein römisches Theater in Lyon, nach dem Jahre lang geforscht worden war, ist freigelegt worden. Es war im alten Lugdunum im zweiten Jahrhundert gebaut worden.

Rein-Deubusch im Wahlkreis Knuten-Ortels behält seine sozialdemokratische Mehrheit, die es schon seit sechs Jahren hat. Dort wurden alle vier Kandidaten der 2. und 3. Abteilung wiedergewählt, obwohl durch eine schäbige Denunziation an den Landrat gegen den von den Sozialdemokraten gewählten Gemeindevorsteher Stimmung für eine Arbeiter-Kandidatur gemacht wurde. Der erbärmliche Trick verfehlte aber seine Wirkung vollständig.

Steine, Wahlkreis Dresden-Land-Neumarkt, schied den ersten Sozialdemokraten, den Genossen Kurzwald, in das Gemeindepalament. Die Bauern und Stellenbesitzer waren ganz erkaunt, so viel Arbeiterwähler vorzufinden. — In Leipzig-Petersdorf im gleichen Wahlkreis wurde unser Kandidat mit 19 gegen eine bürgerliche Stimme gewählt.

Nach dem Nachhaken des Gesetzes.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Mainz wurden am 4. Dezember 1913 auch zwei Genossen gewählt. Wegen die Wahl des Genossen Hirschbühl erhoben die Gegner Einspruch mit der Motivierung, er sei vor der Wahl nicht zwei Jahre im Stadteil Ratel ansässig gewesen. Nun hatte der Genosse zwar sein ganzes Leben hindurch in Ratel gewohnt, nur mit einer kleinen Unterbrechung innerhalb der letzten beiden Jahre. Dies genügte dem Kreis-Ausschuß, um dem Genossen die Wahlberechtigung abzuspochen. Der Bezirks-Ausschuß verwarf jetzt die gegen diese Entscheidung eingeleitete Berufung, obgleich von Stadtverordneten, die an der Feststellung der Eingemeindungsverträge mitgearbeitet hatten, eifrig belundet wurde, daß mit der Ansässigkeitsbestimmung nur verhindert werden sollte, daß Personen gewählt werden, die die Verhältnisse des Stadteils nicht kennen.

Aus Stuttgart.

Genosse Lindemann veröffentlicht in der „Schwäbischen Tagwacht“ folgende Erklärung zu der Resolution, die von einer Parteiversammlung gegen ihn angenommen war. (Siehe Nr. 87 des „Vorwärts“.) Die Erklärung lautet:

1. Die Resolution wurde in der zwei Tage vorher abgehaltenen Versammlung der Vertrauensmänner angenommen, ohne daß ich zur Sache gehört worden war. Ich hatte mich in dieser Sitzung geweigert, unter dem Vorsitz des Genossen Westmeyer an den Verhandlungen teilzunehmen, da er nach meiner Ansicht Partei in der Sache war, wie ja auch diese ganze Aktion gegen mich von ihm ausgegangen ist. Ein Antrag, der die Abgabe des Vortrages für diesen Punkt der Tagesordnung wünschte, wurde abgelehnt, danach die Debatte geschlossen und die vorbereitete Resolution angenommen.

2. Die Darstellung des Genossen Wang, die er auch schon in der Vertrauensmännerversammlung gegeben hatte, ist in entscheidenden Punkten falsch. Ueber den Vortritt Westmeyers habe ich mit Genossen Wang nicht verhandelt; diese Sache war für mich überhaupt nicht diskutabel. Ich brauchte aber auch mit Genossen Wang nicht darüber zu diskutieren, da er sofort anerkannte, er verstehe es, daß ich bei dem persönlichen Verhältnis, in dem ich zum Genossen Westmeyer stehe, nicht unter seinem Vortritt öffentlich sprechen wolle. Diese Äußerung hat Genosse Wang übrigens auch in der Vertrauensmännerversammlung anerkannt.

Die Verhandlung zwischen Genossen Wang und mir drehte sich tatsächlich nur um die Frage, ob ich mein Referat nur unter der Bedingung halten wolle, daß ein Mitglied der Ratshausfraktion den Vortritt führe. Diese Bedingung hatte ich nicht gestellt. Ich erklärte, daß es mir fern läge, die Parteileitung drücken zu wollen — auch diese Äußerung ist vom Genossen Wang in der Versammlung der Vertrauensmänner anerkannt worden —, daß ich es aber aus sachlichen Gründen für zweckmäßiger halte, wenn ein Mitglied der Ratshausfraktion den Vortritt führen würde, das den Kampf um die Erbschaftsfrage mitgemacht habe und die Einführungs- und Schlussworte nach dem Zweck der Versammlung abstimmen könne. Ich hätte meine ganze Rede mit Rücksicht auf das Ziel, auch die Kreise des Bürgerturns mobil zu machen, ausgearbeitet, und es wäre wünschenswert, wenn auch der Vorsitzende diesen Zweck im Auge behielte. Deshalb sei ein Mitglied der Ratshausfraktion vorzuziehen. Ich schlug daher Genosse Wang vor, er möge selbst den Vortritt führen. Im Laufe des Donnerstagnachmittags wurde mir dann mitgeteilt, daß Genosse Oster den Vortritt führen werde. Ich habe denn auch mit ihm über die Anordnung der Dinkelfaderversammlung gesprochen.

Dies ist also der ganze Vorgang, den die Resolution als eine „grobe Verleumdung“, als einen „unerhörten Verstoß gegen die Parteidisziplin“, als eine „partei-schädigende Ausschreitung“, den der Genosse Ostroski als einen Versuch bezeichnet, „aus opportunistischen Gründen die radikale Parteimechtheit Stuttgarts auszuhalten“.

Ich stelle also noch einmal fest: Ich habe mich in keiner Weise geweigert, unter dem Vortritt des 2. Vorsitzenden oder irgendeines anderen Mitgliedes der Parteileitung zu sprechen. Die Weigerung bezog sich nur auf den Genossen Westmeyer. Wenn daher die Resolution mir eine grobe Verleumdung der Parteileitung, sogar der gesamten Partei Stuttgarts vorwirft, so können ihre Verfasser dies nur tun, wenn für sie die Parteileitung und die gesamte Partei Stuttgarts mit Genossen Westmeyer identisch sind.

3. Meine Weigerung, unter dem Vortritt des Genossen Westmeyer oder mit ihm zusammen zu referieren, ist seit Jahren, auch dem Genossen Westmeyer, bekannt. Ich habe sie bei der Reichstagswahl im 10. Wahlkreis und bei der Landtagswahl in Stuttgart wiederholt ausgesprochen und danach gehandelt. Die Gründe für mein Verhalten sind jedem bekannt, der die Parteigeschichte der letzten Jahre verfolgt hat. Uebrigens bin ich bereit, sie, wenn es verlangt wird, öffentlich bekannt zu geben. An den Tatsachen aber, die mich zu diesem Handeln bestimmten, vermag keine Resolution etwas zu ändern.

Es wäre übrigens die Pflicht des Genossen Westmeyer gewesen, als er mir auftragsgemäß den Beschluß, eine Verleumdung in Sachen der Erbschaftsfrage zu halten, mitteilte und mich zur Hebernahme des Referats aufforderte, mir auch die weitere Mitteilung zu machen, daß er den Vortritt in der Versammlung führen werde. Dann wäre meine Ablehnung sofort erfolgt. So erfuhr ich diese Tatsache erst am Tage vor der Versammlung. Auch dieser Umstand konnte mich aber nicht veranlassen, die Haltung, die ich aus Gründen der Selbstachtung einnehmen muß, nunmehr aufzugeben.

Wie meinen, daß unter allen Umständen persönliche Stimmungen oder Verärgelungen zu schweigen haben, wenn es sich um Aktionen handelt, die im Interesse der Partei veranfaßt werden.

Die Abonnentenversicherung der „Münchener Post“.

Auf dem sabbatlichen Gantag, der am Sonnabend in München begann, kam zunächst die Abonnentenversicherung der „Münchener Post“ zur Sprache. Sowohl Genosse Timm, der den Vorstandsbericht erstattete, wie auch Genosse Zimmermann in seinem Referat über „Organisation und Agitation“ wiesen darauf hin, daß unser Münchener Parteigang durch das Verlangen der Parteigenossen in Stadt und Land zu der Maßnahme gedrängt worden sei. Genosse Partels vom Parteivorstand bebaute selbst die Abonnentenversicherung; der Parteivorstand sowohl wie der Parteiausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit haben dringend von der Einführung abgeraten. Die Stellungnahme der Fraktion gegen die Abonnentenversicherung sei durch das Vorgehen der „Münchener Post“ erschwert worden. Wenn die Frage auf dem Parteitag zur Sprache komme, werde der Parteivorstand ungewissenhaftig dagegen Stellung nehmen.

In der Diskussion betonten verschiedene Delegierte die Notwendigkeit der Versicherung; nur einer sprach dagegen. In seinem Schlusswort bemerkte Timm, eine Stellungnahme der Fraktion könne nicht für immer bindend sein. Der Kölner Parteitag habe sich auch einstimmig gegen die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen, der letzte Parteitag stimmte einstimmig dafür. Es

handelte sich um keine Prinzipienfrage. Die „Münchener Post“ habe nur dem Drängen der praktischen Agitatoren nachgegeben. Man solle erst einmal den Erfolg abwarten und dann sachlich Stellung nehmen. Niemand werde durch die Versicherung geschädigt.

Von der Parteipresse. Der von der bremischen Regierung auf dem Wege des Disziplinarverfahrens im Januar 1913 gemahregelte Volksschullehrer Genosse Emil Sonnemann, der seit seiner Entlassung in der bremischen proletarischen Jugendbewegung tätig war, tritt mit dem 1. April in die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ ein, um deren Unterhaltungsabteil zu dirigieren. Weiter vermehrt sich der Redaktionsstab dieses Blattes mit dem 1. Mai um noch eine weitere Kraft. Genosse Fröhlich, Stadtverordneter in Altona und Berichterstatter des „Hamburger Echo“, tritt zu dem letztgenannten Datum noch in die Lokalredaktion ein. Vom 1. Mai an wird die „Bremer Bürgerzeitung“ sieben Redakteure haben.

Parteiliteratur.

Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. Unter diesem Titel hat Eduard Bernke die sozialdemokratische Steuerpolitik auf Grund des Programms und der Kongreßbeschlüsse der Partei gemeinverständlich dargelegt und in einer Broschüre, die soeben im Verlag Darmstadt erschienen ist. (Preis 30 Pf.) Auf den knappen Raum von 48 Seiten sind die wichtigsten Gesichtspunkte in klarer Weise dargelegt. Die Schrift gliedert sich in folgende Kapitel: Allgemeines über die Steuerfrage. Vom Begriff der Steuerarten und den ungleichen Steuern. Die Rechtslehre als Grundlage für die Steuerbemessung. Steuern auf Genussmittel und Steuern auf Nahrungsmittel. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und seine Anwendungen. Die Frage der Lebenshaltungswirtschaft. Die Verteilung der Steuern zwischen Reich, Staaten und Gemeinden. Die Fragen der Steuerbewilligung. Der Trugschluß von der sozialen Gleichwertigkeit der Steuern. Die Delonomie der Steuererträge. Schlußfolgerungen.

Bernke stellt sich in allem wesentlichen auf dem Standpunkt der Resolution Wurm, die vom letzten Parteitag in Jena angenommen wurde. Als eine gemeinverständliche Einführung in die Steuerprobleme wird die Broschüre gute Dienste leisten.

Soziales.

Die Heimarbeiterfrage in — England.

Professor Dr. Proba schreibt:

Durch Gesetz des Jahres 1910 wurde das englische Handelsministerium ermächtigt, zunächst für vier Industrien, in denen Heimarbeiter vorherrscht, und zwar die Kleiderherzeugung, Holz- und Zündholzschaufel-, Wäsche- und Kettenerzeugung, Lohnämter zwecks gesetzlicher Festlegung von Minimallöhnen und Beseitigung des bis dahin auch in England herrschenden Heimarbeiterelends einzusetzen. Ihre Bestimmungen gelten sowohl für Heimarbeiter als auch für Fabrikarbeiter der betreffenden Gewerbe. Die Kommissionen sind aus Delegierten der Unternehmer und der Arbeiter sowie von der Regierung ernannten Mitgliedern zusammengesetzt. Der Präsident wird der Zahl der letzteren entnommen. Die Bestimmungen der Lohnämter treten sofort in Kraft, sofern kein schriftlicher Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitern entgegensteht. Sechs Monate nachher werden die Bestimmungen ausnahmslos obligatorisch, sofern das Handelsministerium nicht seine Befugnis verweigert. Auch entgegengesetzte schriftliche Verträge hemmen dann nicht mehr die zwingende Kraft des Gesetzes, und jeder Unternehmer, der ihm entgegenhandelt, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 400 M. für jede Verletzung.

Das erste Gewerbe, in dem ein Lohnamt in Wirksamkeit trat, war die Kettenerzeugung. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Minimallohn für weibliche Arbeiter von 20 Pf. pro Stunde und ein Stücklohn in entsprechender Höhe festgelegt, so daß sie bei normaler Geschwindigkeit 20 Pf. pro Stunde verdienen können. Im allgemeinen ist festzustellen, daß die Erhöhung des Arbeitsverdienstes zwischen 100 und 150 Proz. betrug.

Für das Gewerbe der Zündholzschaufelherzeugung wurde am 6. April 1911 eine definitive Entscheidung erlassen, welche die Zeitlöhne für weibliche Arbeiter auf 22 Pf. pro Stunde festlegte. Vom 1. Februar 1912 an wurde dieser Minimallohn auf 24 Pf. und vom 1. Februar 1913 an auf 26 Pf. erhöht. Ähnlich wurde in den anderen Gewerben verfahren.)

Und wie sehr die Erfolge der Hoffnungen der Regierung entsprachen, wie wenig sich alle Befürchtungen gegenüber der neuartigen Gesetzgebung erfüllten, ist daraus zu ersehen, daß die Regierung, von ihrer geschlichen Leistung Gebrauch machend, vor kurzem die Wirkungssphäre der Lohnämter auf eine ganze Reihe neuer Gewerbe ausdehnte und dies offiziell mit den günstigen Ergebnissen der ersten Lohnämter begründete.

Wir sehen also, daß sich auch in England mit seinen komplizierten industriellen Verhältnissen, die denen Deutschlands durchaus gleichen, die früher nur in Australien angewandte Methode der gesetzlichen Lohnfestsetzung bewährt. Keinerlei wirklich bedeutsame praktische Schwierigkeiten haben sich in den zwei ersten Jahren des Gesetzesbestandes ergeben, obwohl ja gerade die ersten Anfänge naturgemäß die Hauptschwierigkeiten bieten mußten. Ja, aus den offiziellen Berichten geht hervor, daß die neue Gesetzgebung unter den Arbeitern und Heimarbeitern selbst neue Lebensenergien geweckt habe, daß dieselben mit Eifer die zu ihren Gunsten geschaffene Gesetzgebung zu unterstützen begannen, während sie früher lethargisch alle und jede Lohn- und Arbeitsbedingungen angenommen hatten. Auch die Fabrikarbeiter der von Heimindustrie durchsetzten Gewerbe, die ja von den Bestimmungen des Gesetzes in gleicher Weise betroffen sind, haben sich durch ihre Delegierten mit Eifer an der Schaffung der Zeit- und Stücklöhne beteiligt.

Wir ersehen daraus im Licht der englischen Erfahrung, daß das Heimarbeiterproblem lösbar, leicht lösbar ist, sofern man über Vorurteile und schwächliches Jaudern ohne Schwanken hinwegschreitet. Die Initiative der britischen Staatsmänner wurde von seltenem Erfolge gekrönt, daß selbst im Oberhaus, selbst unter den Vertretern der Industrie, sich niemand fand, der die Ausbeutung der Heimarbeiter und die hiermit verknüpften Interessen gewisser Unternehmergruppen zu vertreten gewagt hätte. Das Gewicht der öffentlichen Meinung war allzu stark.

Eine solche öffentliche Meinung gibt es auch in Deutschland zu schaffen; dann werden alle die zöghaften Einwände, alle Stimmen illegitimer Interessen, die sich aber als Schächer der deutschen Volkswirtschaft ausgeben, verstummen. Dann werden endlich auch jene Unglücklichen unter den Männern und Frauen Deutschlands ihrem Elend entrissen werden können. Nicht daß sie von Arbeit und Lebenskampf befreit werden sollen, aber sie werden wenigstens jenes Minimum von Lebensnahrung und Gesundheitschutz erhalten, welches den Arbeitern der Fabriken zuteil geworden ist.

*) Nähere Details in der Sache des Professor Proba: „Anwendung einer gesetzlichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“ (Erfahrungen Englands, Arabas und Australiens, herausgegeben vom Institut für internationalen Austausch fortgeschrittener Erfahrungen, verlegt bei Georg Reimer, Berlin.)

Aus dem „Kranken- und Genesungshaus Nordend“.

Eine alte Bekanntschaft zu erneuern, ist nicht immer eine Freude. Zu den alten Bekannten, mit denen man zu seinem Beruf...

Auch das „Kranken- und Genesungshaus Nordend“, ein Unternehmen des Arztes Dr. Dosquet-Manasse, ist uns seit Jahren bekannt. Als wir dieser Anstalt früher mal eine Betrachtung widmeten, war ihr Besitzer empört darüber, daß wir...

Die neuesten Klagen, die uns jetzt wieder über Dr. Dosquet-Manasses Unternehmen zugegangen sind, beziehen sich in erster Linie auf einen alten Uebelstand, auf die Beschäftigung. Wir wissen und haben es oft gesagt, daß gerade die Beschäftigungsfrage bei allen Anstalten einen wichtigen Punkt bildet und daß man Klagen über Mängel der Kost von vornherein mit aller Vorsicht aufzunehmen hat...

Der Vorgänger des April, der März, ist auf keinen Fall besser als der April; jedenfalls ist er viel unwirklicher und unfreundlicher als dieser. Trotzdem haben wir manches Gute an dem März entdeckt; wir reden vom „Märzweilchen“, vom „Märzhasen“ usw. in gutem Sinne, und wenn uns manchmal auch die rauhen Märzstürme stören, so bereiten uns doch die linden Märzlüfte große Freude.

Der April ist unserer Voreingenommenheit gegen den April vergessen wir ganz, daß in ihm gewöhnlich das Osterfest, das Frühlingfest fällt. Ostern ist für uns das Fest der Freude, das Fest der Auferstehung in der Natur, das Fest des Ansporns, des Grünens und Blühens in Wald und Flur.

Ein Kuriosum wollen wir zum Schluß noch erwähnen. Dr. Dosquet-Manasse ist Katholik, wenn er auch nicht als solcher geboren wurde. Zu Pflegerinnen nimmt er meist Schwestern aus einem religiösen Orden, die uns übrigens von einigen Patienten als willig und freundlich geschildert werden.

Diese Auswahl aus den uns zugegangenen Klagen mag genügen, wieder mal zu zeigen, welche Bedenken man gegen private, naturgemäß mit unzulänglichen Mitteln arbeitende Anstalten haben muß. Wir machen den Unternehmern des Heilgewerbes, die solche Anstalten besitzen, für ihre Veranlassung den geringsten Vorwurf. Nur das müssen wir wünschen, daß die Krankenkassen sich von ihnen fernhalten und ihre erkrankten Mitglieder in leistungsfähigeren öffentlichen Krankenhäusern oder Genesungshäusern unterbringen, wenn sie nicht selber sich eigene Anstalten zulegen.

Parteiangelegenheiten.

Zur Opernvorstellung am 21. Mai 1914.

Zur Beantwortung mehrerer Anfragen teilen wir mit, daß der Einzelverkauf der Karten erst im Mai beginnt. Interessenten wollen auf den „Vorwärts“ acht geben. Die vor einigen Tagen erschienenen Notiz war nur an die Organisationsvorstände als Abnehmer von größeren Kartenposten gerichtet, nicht an die Käufer von Einzeltickets.

Der Bezirks-Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Dritter Wahlkreis. Morgen Donnerstag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wille, Sebastianstraße 33, der zweite Vortrag des Genossen Dr. Dunder über die Geschichte des Sozialismus (von Thomas More bis jetzt) statt. Die Teilnahmekarte für die drei noch stattfindenden Vorträge kostet 25 Pf. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich noch recht regen daran zu beteiligen.

Der Bildungsausschuß.

6. Wahlkreis.

Die Zeitschrift, die aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung des Wahlvereins herausgegeben worden ist, ist bei den Bezirksführern zum Preise von 10 Pf. noch zu haben.

Neukölln. Jugendsektion. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Barth, Hermannstraße 49, die Hauptversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht 2. Neuwahlen 3. Verschiedenes. Es wird von jedem jungen Arbeiter und jeder jungen Arbeiterin erwartet, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Rosenthal. Am Donnerstag, den 2. April, abends von 7 Uhr an: Flugblattverbreitung für den 1. bis 4. Bezirk.

Am Freitag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gustav Mikrod, Waldseestraße 6: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie in den Gemeindevorstellungen. Ref.: Redakteur Bermuth. 2. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

April.

Wie ungerecht wir Menschen oft in unserem Urteil sind, das zeigen wir sehr deutlich in unserem Verhalten gegenüber dem Monat April. Obwohl dieser doch auch zu den Frühlingmonaten gehört und obwohl er uns in jedem Jahre eine Anzahl schöner Frühlingstage beschert, lassen wir doch kein gutes Haar an ihm. So verwenden wir beispielsweise das Wort „April“ in Zusammenhängen mit anderen Wörtern niemals in einer guten Bedeutung; wir sprechen verächtlich vom „Aprilwetter“, von „Aprilläuten“ und vom „Aprillernen“.

- „Aprilwetter und Weibertreu, Das ist immer einerlei.“
„Frühlingst, Aprilwetter, Frauenlob und Rosenblätter, Würfelspiel und Kartenspiel, Wechseln jeden Augenblick.“
„April und Weibertreu, Wendet sich sehr bald und viel.“

Der Vorgänger des April, der März, ist auf keinen Fall besser als der April; jedenfalls ist er viel unwirklicher und unfreundlicher als dieser. Trotzdem haben wir manches Gute an dem März entdeckt; wir reden vom „Märzweilchen“, vom „Märzhasen“ usw. in gutem Sinne, und wenn uns manchmal auch die rauhen Märzstürme stören, so bereiten uns doch die linden Märzlüfte große Freude.

Bei all unserer Voreingenommenheit gegen den April vergessen wir ganz, daß in ihm gewöhnlich das Osterfest, das Frühlingfest fällt. Ostern ist für uns das Fest der Freude, das Fest der Auferstehung in der Natur, das Fest des Ansporns, des Grünens und Blühens in Wald und Flur.

Jean Paul, der ein vorzüglicher Kenner und Beobachter der Natur sowohl als auch der Frauenseele war, hat einmal irgendwo gesagt, daß „der April wie die Weiber in unserem Klima weit beständiger ist als man vorgibt“. Wästen wir einmal genau auf das Wetter im Monat April, vergleichen wir es mit dem Wetter, das uns der März und der Mai bringen. Vielleicht werden wir dann finden, daß Jean Paul bezüglich des Aprils ebenso recht hat wie bezüglich der Frauen.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus!

Die Waldfrage im Zwerband.

Der zur Vorberatung der Waldvorlage eingesetzte Sonderausschuß des Zwerbandes hielt gestern abend eine Sitzung ab. Im Anschluß an die Vorlegungen des zur Prüfung der gewaltigen Belastungen des Kaufgeländes eingesetzten Unterausschusses entsand sich eine längere Debatte, in der die Beschränkung der Wasserfläche des Grünwalds durch die mit den Wasserwerken geschlossenen Verträge eine erhebliche Rolle spielte. Ein Antrag, vom Anlaufgelände des Grünwalds auszuschließen, da die Festhaltung des Grünwalds als Forstfläche durch Rabinettorder garantiert sei, wurde gegen die Stimmen des Stadtv. Rosenow und der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Beschlossen wurde, die Kosten für Anlauf und Unterhaltung der angebotenen Waldstücke auf die Mitglieder des Zwerbandes gleichmäßig zu verteilen und beim Kauf die Genehmigung zu erwirken, den Kaufpreis aus einer höchstens mit 1/10 Proz. zu amortisierenden Anleihe zu decken. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Aus einer Kinderkrippe.

Aus der Kinderkrippe für den Stadtteil Gesundbrunnen, die jetzt in der Eulerstraße untergebracht ist, erzählt die Mutter eines

dort in Pflege gewesenem Säuglings sonderbare Dinge. Da sie selber mitterwerden und dabei außerhalb des Hauses tätig sein mußte, so gab sie ihr noch nicht ganz acht Monate altes Mädchen an den Wochentagen in die genannte Krippe, wofür sie 1 M. pro Woche zu zahlen hatte. Sie war froh, die Kleine nun Tag für Tag vom Morgen bis zum Abend in sicherer Obhut zu wissen, und ging ihrer Arbeit nach. Doch die Freude sollte nur von kurzer Dauer sein. Am Abend des dritten Tages entdeckte die Mutter an dem aus der Krippe herangebrachten Mädchen im Gesicht zwei verfarbte Streifen, die sie für Fingerabdrücke halten zu müssen meinte. Erschrocken fragte sie sich, ob etwa in der Krippe jemand dem Kind einen Schlag ins Gesicht gegeben haben könnte. Das sei möglich, sagte ihr am nächsten Tage in der Krippe die hier die Aufsicht führende Schwester Therese, als die Mutter ihr das Kind vorwies. Sollte vielleicht ein anderes Kind, das schon laufen konnte, unbeaufsichtigt sich über das hilflose Wesen hergemacht? Schwester Therese vermutete das zunächst, aber hinterher bezeugte sie es als doch nicht recht wahrscheinlich, weil die etwa in Frage kommenden anderen Kinder ja selber noch zu jung seien. Auch ihr war, wie sie jetzt sagte, die Verfarbung des Gesichtes schon am vorhergehenden Tage aufgefallen, doch hatte eine sofort von ihr befragte Pflegerin keine Erklärung dafür geben können. Die Mutter bat, man möchte das Kind mal einem Arzt zeigen. Noch an demselben Vormittag tat Schwester Therese das, und sie berichtete dann am Abend der das Kind abholenden Mutter über das Vorgefallene. Der Arzt Dr. Roeder habe, so verstand die Mutter, die Verfarbung der Wangen als von einem Schlag ins Gesicht herrührend angesehen. Ob diese Vermutung zutrifft, hatte Schwester Therese in ihrer Krippe trotz erneuter Nachforschungen nicht herausfinden können. Auch über eine Armverletzung des Kindes, die der Mutter schon am Abend des zweiten Tages davon aufgefallen war, hatte man jetzt den Arzt befragt. Er soll sie für eine leichte Schenkelverletzung erklärt haben. Noch an zwei Tagen brachte die Mutter das Mädchen zur Krippe, dann aber verzichtete sie auf weitere Inanspruchnahme. Sie wandte sich jetzt an das Kinderkrankenhaus der Stadt, weil das Kind auch kränkelte. Die streifige Verfarbung der Wangen war noch deutlich zu erkennen. Als den Krankenhausarzt bei der Untersuchung eine Pflegerin darauf hinwies, daß da im Gesicht wohl Kratzwunden seien, lehnte er diese Erklärung als unzutreffend ab. An die Mutter richtete er die kurz hingeworfene Frage, was für Leute denn das gewesen seien, bei denen sie das Kind gehabt hätte. Sie hatte leider nicht Schlagfertigkeit genug, ihm zu antworten, daß es aus einer Krippe kam. Am nächsten Tage ging sie mit dem Kinde noch zu einem Arzt Dr. Vid. Ihm sagte sie von vornherein, wo sie das Kind gehabt hatte. Kopf-schüttelnd hörte er sie an, als sie über die mit der Krippe gemachten Erfahrungen berichtete. — Uns scheint, daß eine Aufklärung der ganzen Angelegenheit doch sehr nötig wäre.

Auch das noch!

Der deutsche Reichsausschuß für olympische Spiele ist nicht zufrieden mit den Subventionen, die er aus städtischen, staatlichen und Reichsmitteln erbettelt hat, sondern er will sich auch noch ein Utensil auf die Taschen weiterer Kreise leisten. Er will eine Geldlotterie veranstalten, zu der ihm bereits die Erlaubnis erteilt worden ist. In zwei Jahresferien sollen je 150 000 Lose a 3 M. ausgegeben werden.

Brutales Verbrechen an einem jungen Mädchen.

Mit der Aufklärung eines von sechs rohen Burken verübten schweren Verbrechens ist die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. Montag nachmittag wurde das achtzehnjährige Dienstmädchen Elie S. von seiner in der Reinickendorfer Straße 32 wohnhaften Herrschaft nach der Transvaalstraße geschickt, um dort eine Versorgung zu erledigen. Als das junge Mädchen in der Nähe der Jungfernhöhe war, fielen plötzlich sechs junge Burken ohne weiteres über die Beschrlohe her, umkammerten sie und schleppten sie förmlich nach einer dichten Schonung. Hier warfen die brutalen Gesellen ihr Opfer zu Boden und vergingen sich alle in der schärfsten Weise an ihr. Sie traktierten das bedauernswerte Mädchen obendrein auch noch mit Faustschlägen und Fußtritten und überließen es dann seinem Schicksal. Spaziergänger fanden die Leberfallene später in bejammernswertem Zustand auf und bemähten sich um sie. Die Nachforschungen der Polizei nach den sechs Uebelthätern des unterhörtten Verbrechens haben bereits auf eine bestimmte Spur geführt, sodas man hoffen darf, daß die abschauliche Tat ihre gebührende Sühne finden wird. Die S. ist infolge des Uebelalles festig erkrankt.

Bewerbungen um die Veteranenspende.

Die Gemeindebehörden haben in den Etat für 1914, wie im Vorjahre, die Summe von 150 000 M. als Beihilfe an Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866, 1870/71 vorgezogen.

Die Veteranenspende erhalten nur solche Veteranen, die zur Zahne einberufen waren, dem Unteroffiziers- und Gemeindefonds angehört und in Feindesland gehalten haben; sie müssen würdig und bedürftig sein, am 2. September 1910, dem Tage der vierzigjährigen Wiederkehr des Sieges von Sedan, in Berlin ihren Wohnsitz gehabt und seitdem dauernd ihren Wohnsitz in Berlin behalten haben.

Personen, die in städtischen Anstalten außerhalb Berlins Aufenthalt haben, gelten als in Berlin wohnhaft.

Die Bewerbungen haben den Charakter von Ehrengaben. Gesuche um Berücksichtigung sind bis 15. April d. J. bei der städtischen Stiftungs-Deputation, Köpfer, 16 I, Zimmer 26, werktätlich von 8-3 Uhr unter Vorlegung der Militärpapiere oder des Ehrensoldbuches mündlich oder schriftlich anzubringen.

Personen, die sich in diesem Jahre bereits in dem vorbezeichneten Bureau gemeldet haben, brauchen sich auf Grund dieser Bekanntmachung nicht nochmals zu melden.

Kollektenbetrieb mit Schulkindern.

Zu den Hauskollekten, die alle Jahre wiederkehren, gehört die des Berliner Vereins für Ferienkolonien. Sie ist selber nötig, weil Staat und Gemeinde diesen Zweig der Jugendpflege für sehr viel weniger wichtig halten, als die „geistige“ Beeinflussung des Nachwuchses der Arbeiterklasse, die Bewahrung vor der „roten Gefahr“. Die Ferienkolonienfrage ist noch immer im wesentlichen auf die private Wohltätigkeit, auf das mehr oder minder warme Herz der besitzenden Klasse angewiesen, kann zur Herstellung der erforderlichen Geldmittel die alljährliche Hauskollekte nicht entbehren und bedarf dringend eines möglichst hohen Kollektenertrages, um nur der allerärmsten Not kranklicher Kinder wehren zu können. Aber Jahr für Jahr bereitet dem Verein für Ferienkolonien die Einsammlung der Spenden die größten Schwierigkeiten und Mühen. Jede für Jahr bleibt der Kollektenertrag weit hinter dem zurück, was der Verein angesichts der Größe des Bedürfnisses haben möchte. Unter der oft berechtigten Unzufriedenheit

heit der Hauskollekte leidet bedauerlicherweise auch die Ferienkollekte, der man im Hinblick auf ihren Zweck nur alle Unterstützung wünschen kann.

In diesem Jahre haben nun Personen, die für die Ferienkollekte Berlins tätig sind und den Ertrag der ihr zugute kommenden Kollekte steigern möchten, den Einfall gehabt, Schulkinder mit Sammelkästen die Häuser abklappern zu lassen. Genaueres hierüber wird uns aus der 291. Anaben-Gemeinschaft (Sozialisten) bekannt, in der ein Lehrer Strube unter den Schülern seiner Klasse V sich Kollektenhelfer gesucht hat. Selber mit Sammelkästen von Haus zu Haus zu gehen, wäre vielleicht dem Herrn Strube peinlich gewesen, da er zu den ausserlesenen Volksschullehrern gehört, die es bis zum Reichsleutnant gebracht haben. Seine Schüler ersparten ihm das Unangenehme der Situation, in die man gerät, wenn man Haus bei Haus an jeder Wohnung klingelt, überall seine Bitte um Geld vorbringt und sich dann nur zu oft die Tür vor der Nase zuschlagen lassen muß. So etwas läßt ein Schullehrer eher mit Gleichmut über sich ergehen. Ueberdies wird, wenn ein Kind für Kinder bittet, vielleicht noch manches harte Herz erweicht und auch manches verschlossene Portemonaie geöffnet. Hat Herr Strube diese Hoffnungen gehegt, so ist sie freilich fehlgeschlagen. Nach den gemachten Angaben scheinen die durch seine Schüler zusammengebrachten Geldbeträge meist sehr mäßig gewesen zu sein.

Aber selbst wenn der Erfolg dank der Heranwendung von Kindern viel besser gewesen wäre, müßten wir uns doch entschieden dagegen erklären, daß man Kinder kollektieren läßt. In unserem Urteil über diesen Mißbrauch kann uns auch das nicht irren machen, daß wir, wie schon gesagt, den Ferienkollekte alle Förderung wünschen. Selbst, wenn Kinder kollektieren, so ist das nicht dasselbe, wie etwa eine Erwerbsarbeit von Kindern. Aber Herr Strube hat nicht jedem Jungen nur ein einziges Haus, sondern den meisten mehrere Häuser und manchen sogar bis zehn und darüber zugewiesen. In das auch hier die Mühe nicht gering war und mancher Junge mehrere Stunden hindurch in den hochbelegten Treppenhäusern treppauf, treppab zu laufen hatte. Wichtiger noch erscheinen uns einige andere Bedenken, die Herrn Strube wohl entgegen sind. Was soll geschehen, wenn ein Junge einen Teil der gesammelten Spenden, die er lose in seiner vielleicht durchlöcherichten Tasche trägt, unterwegs verliert? Jeder etwa fehlende Groschen steht ja in der Liste, die der Junge dem Lehrer zur Abrechnung vorlegen muß. Will der Lehrer selber den Verlust tragen? Oder sollen und können die Eltern gezwungen werden, den Schaden zu ersetzen? Und was geschieht, wenn ein Junge, um das Risiko zu vermeiden, in seiner Angst und Not unerlaubte Aenderungen an der Liste vornimmt? Nur zu viele Lehrer, wenn vielleicht auch nicht Herr Strube, wären in solchem Fall bereit, Unerschlichkeit zu ergreifen. „Unterföschung und Urkundenfälschung“ anzurechnen und das Alibi „Mittel für die Jugend“ zu fordern. Und leider ist ja auch das möglich, daß wirklich mal ein Junge sich zu einer Unredlichkeit verleiten ließe. Welche furchtbare Verantwortung läßt da ein Lehrer auf sich, der auch nur einen einzigen Schüler dieser Gefahr aussetzt. „Führe uns nicht in Versuchung!“ lehrt er seinen Schülern zu Gott beten. „Führe auch Du sie nicht in Versuchung!“ müssen wir ihn warnen.

Dieser Kollektetrieb mit Schulkindern hat in manchen Häusern Verwunderung und Unwillen erregt. Vielleicht hat das der Kollekte mehr geschadet als genützt. Weiß übrigens der Vorstand des Vereins für Ferienkollekte von der Misswirkung schulpflichtiger Kinder? Und wie stellt sich zu dem Mißbrauch die Schulverwaltung der Stadt? Die 291. Gemeinschaftschule soll nicht die einzige Schule sein, in der er getrieben worden ist. Endlich: Was sagt dazu die Polizei? Sie hat ja das Kollektieren durch strenge Vorschriften zu regeln versucht. Galt sie die Verwendung von Kindern für zulässig?

An die Adresse der Eisenbahndirektion.

Aus unserem Leserkreis geht uns folgender Stoßleser mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Auf dem Bahnhof Warschauer Straße herrscht seit einiger Zeit ein schwerer Mißstand, dessen halbige Beseitigung dringend ist. Es befinden sich dort 4 Weichen, von denen an gewöhnlichen Tagen 2 geöffnet sind. Es kommt nun oft und in letzter Zeit sehr oft vor, daß nur 1 Weiche geöffnet ist und die Masse der zur Arbeit fahrenden dann in langer Reihe vor dem einen Schalter steht und wartet bis — ihr Zug weg ist. So auch heute, Montag, 20. März. Bis zum Trottoir draußen stand die Menge, zirka 60 Personen. Der zweite Schalter wurde auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet. Es kann doch nicht verlangt werden, daß jeder Fahrgast 1/2 Stunde vor Abgang seines Zuges sich auf dem Bahnhof einfindet, um Zeit zu haben, sich eine Wochenkarte zu lösen. Viele Arbeiter haben durch diese Rücksichtslosigkeit den Zug verpasst und sind verspätet zur Arbeit gekommen und haben Strafe zahlen müssen. Vor etwa 3 Wochen half das energische Klopfen eines Arbeiters und ein zweiter Schalter wurde bald geöffnet. Im Interesse des arbeitenden Publikums ist es dringend nötig, daß hier Abhilfe geschaffen wird, mindestens am Montag, wo viele Arbeiter Wochenkarten lösen.

Schülerelbstmorde.

Aus Furcht vor dem Examen hat der 17-jährige Realist Richard Seifert aus der Belle-Alliance-Straße seinem Leben ein Ende gemacht. Vor etwa fünf Wochen, einen Tag vor der mündlichen Prüfung, verschwand Seifert, ohne seinen Eltern auch nur eine Zeile zu hinterlassen. Zu mehreren Mitschülern hatte er dagegen gedroht, daß er das mündliche Examen nicht bestehen zu können glaube. Gestern, Dienstag morgen, bemerkten einige Schiffer in Stralau die Leiche eines jungen Mannes in der Spree. Man schaffte die Leiche ans Ufer, und die benachrichtigten Beamten der Lichtenberger Kriminalpolizei stellten den Toten als den Schüler Richard Seifert aus Berlin fest.

Auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke hat sich gestern vormittag der 16-jährige Gymnasiast Hans Haase vor einen einfahrenden Stadtbahnzug geworfen. Er wurde sofort getötet. Der Selbstmord ward, wie ein bei der Leiche gefundener Zettel besagt, wegen Nichtverlegung verübt.

Eine treue Genossin ist am Montag verschied: Auguste Kahlke. Genossin Kahlke hat ein Menschenalter an der Seite ihres vor einigen Jahren verstorbenen Mannes Hermann Kahlke für unsere Partei gelebt und nach ihren Kräften gewirkt. Im Kreis konnte man das Ehepaar Kahlke nicht anders als Dulde und Tante und nie verfogten sie, wenn es die Partei galt. Wie unser verstorbener „Dulde“ Kahlke war auch „Tante“ Kahlke eine treue brave Seele, die ihr letztes der Partei gab. Und wie hat die Verstorbene mit ihrem Namen unserer Partei gebient. Unter der schweren Zeit des Sozialistengesetzes schützte und unterstützte sie ihren Mann in allen Gefahren, und während die Polizei Hausdurchsuchung hielt nach verbotenen Schriften, ging unsere „Tante“ dreist und gottesfürchtig mit dem Tragkorb auf dem Rücken an den hausdurchsuchenden Beamten vorüber und trug die darin verborgenen verbotenen Schriften in aller Gemütsruhe fort. So manches Schnüppchen hat sie der

„findigen“ Polizei mit Schlagen helfen. Und waren die Verfolgungen noch so groß, von denen ihr Mann heimgejagt wurde, nicht einen Augenblick ist sie unwillig geworden ob der großen Jammerschuld des „Dulde“ und der ständigen Besuche der Kriminalbeamten.

Auf allen Veranstaltungen unserer Partei war die kleine, freigelegte Frau mit ihrem geradezu goldenen Charakter zu sehen. Nun ist auch sie ihrem „Dulde“ gefolgt, betrauert von allen, die sie gekannt und die ihr ein gutes Andenken bewahren werden. Die Beerdigung der Verstorbenen findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Freireligiösen Friedhof in der Pappelallee statt.

Arbeiterrißko.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Montagmittag in der A. E. G. Volkstrasse. Dort geriet in einer Stanzerei eine junge Arbeiterin mit dem linken Arm unter eine Stanze, so daß ihr das Fleisch bis auf den Knochen abgequetscht wurde. In schwerem verletztem Zustande wurde sie nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Begouds Abschied.

Am letzten Tage der dreitägigen Flugvorführung wenigstens hatte Petrus Erdarmen mit den Managern des Flugkönigs. Der rinnende Regen verlegte schon gegen Mittag und gegen Abend segte der Wind auch das zerrissene Wettergewölbe von dannen, so daß Begoud schließlich seinen Apparat im letzten Azur tummeln konnte. Und wenn auch die Menge der zöhlenden Flugplatzbesucher kaum einige Tausend betrug, so säumten doch diverse Zehntausende das Flugfeld, ein Beweis, daß die viel beschriebenen Berliner doch nicht so bläht sind, um nicht den Reiz der wunderbaren Flugkunst des kleinen Franzosen würdigen zu können.

Bevor Begoud ins Treffen rückte, fühlten einige einheimische Flieger das Bedürfnis, dem Publikum einen Begriff von den Fortschritten deutscher Fliegerei zu geben. Und diese schmerzlichen Doppeldecker, die sich neben Bleriot's Einsitzer ausnahmen wie Oberfläche neben einer Segelfochl, konnten sich mit ihren jähren Kurven, ihren steilen Sturzflügen und engen Korngiechspiralen wirklich sehen lassen. Die Fliegerei hat, verglichen mit dem Stand vor ein, zwei Jahren, unübersehbare Fortschritte gemacht. Freilich, mit einem Begoud kann auch der schneidigste deutsche Flieger nicht entfeuert in Konkurrenz treten. Schon deshalb nicht, weil die deutschen Flugzeuge nach einem ganz anderen Prinzip, dem der automatischen Stabilität, gebaut sind, und deshalb auch auf das Steuer nicht entfesselt so reagieren, wie Begouds unstabiler Bleriotapparat.

Welchem Prinzip der Vorrang gebührt, wird erst die Zukunft beweisen. Aber soviel ist sicher, daß es keine beweissträchtigere Propaganda für das Prinzip der instabilen Maschine geben kann, als Begouds souveräne Beherrschung seines Apparates. Begoud hat seine schon ehemals bewundernswürdige Kunst inzwischen noch viel virtuöser ausgebildet, und sein rhythmisches Spiel mit Winden und Lüften muß jeden Enthusiasten und Kenner entzünden. Und nichts wäre törichter, Begoud als Artisten und Akrobaten auszugeben, der nur zu müßigen Ergehen Sensationsgieriger halbbrecherische Verwegenheiten ausführt. Ganz im Gegenteil: Begoud hat gerade dadurch die Sicherheit und Ungefährlichkeit seines Flugmaschinenbaus erreicht, daß er alle Gefahren spielen zu bewältigen lernte. Denn — ja paradox es klingen mag — ein Flieger wie Begoud ist trotz all seiner scheinbaren Tollkühnheit zehnmal sicherer, als die vorsichtigsten Piloten, die sogenannten stabile Maschinen steuern.

Als Begoud in Berlin debütierte, folgten gewisse Psiffhüser: Schön, ein Artist, ein Luftakrobat. Aber wie würde es ihm ergehen, wenn nun bei einem Salto sein Rotor nicht wieder ansprenge! Wie es ihm, ergehen würde, zeigt jetzt Begoud selbst bei jedem Schauflug. Führt er doch mit abgestellten Rotor seine Looping the loops aus. Mit völlig abgestellten Rotor fliegt er 40, 50 Sekunden lang auf dem Rücken. Dann kehrt er — mit völlig abgestellten Rotor — aus der Rückenlage in die normale Lage zurück und landet, während der Propeller noch immer steht, wie der Stundenzeiger einer Uhr.

Wir glauben deshalb, daß die Flugtechnik von Begoud noch sehr viel zu lernen haben wird, wenn es nicht gelingen sollte, das Problem der automatischen Stabilität in ganz anderer Weise zu lösen, als das bisher möglich war.

Auffehen und Empörung erregte am Montagabend 9 Uhr an der Ecke der Kolberger- und Wiesenstraße der Transport einer anscheinend betrunkenen Frauenperson auf einem Hundewagen, der von einem Schutzmännchen veranlaßt worden war. Der sonderbare Transport wurde von einer Schar Kinder begleitet, der Wagen von zwei Knaben gezogen. Da ist man im Begriff, Geleise zu fabricieren zum Schutze der Sittlichkeit und des Schamgefühls und hier transportiert man Menschen unter dem Gaudium der Jugend auf Hundewagen durch die Straßen!

Familientragödie im Rechtsanwaltsbureau.

Das Bureau des Rechtsanwalts Dr. jur. Docht, Wilmersdorf, Schaperstr. 33, wurde gestern der Schauplatz einer Familientragödie. In dem Bureau des genannten Anwalts, der sich hauptsächlich mit österreichischen Angelegenheiten beschäftigt, erschien gegen 3 1/2 Uhr der österreichische Staatsangehörige Richard Seiler aus Berlin, Alt-Moabit 126, und seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, die zurzeit bei ihren Eltern, Holsenisches Ufer 76, wohnt, um über eine Ehescheidungsaffäre zu unterhandeln. Im Laufe der Unterredung zog der Herrmann Seiler plötzlich einen Revolver und schoss auf seine Frau, dann richtete er die Waffe gegen sich. Beide waren sofort tot. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Wilmersdorfer Schauhaufe gebracht.

Unsere Postabonnenten machen wir besonders darauf aufmerksam, daß sie laut Mitteilung des Kaiserlichen Postzeitungsamtes beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer unserer Zeitung am besten tun, sich stets zunächst an den Briefträger oder die zuständige Postfiliale zu wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, schreibe man unter Angabe der bereits unternommenen Schritte und unter Verfertigung der genauen Adresse an die Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Ein „Geschäftsverkaufswindler“ ist von der Kriminalpolizei dem Unteruchungsrichter vorgeführt worden. Der Verhaftete, ein 29 Jahre alter Klempner Heinrich Martinal, „arbeitete“ mit einem ganz neuen Kniff. Er suchte aus Zeitungsanzeigen oder sonstigen Ankündigungen Leute, die ihr Geschäft verkaufen wollten. Zu diesen ging er als Kaufwilliger, wurde bald mit ihnen handelsmäßig und erbot sich dann, nachdem man einen Kaufvertrag aufgesetzt hatte, die Stempelung gleich selbst vornehmen zu lassen. Er vereinbarte immer, daß die Stempelfosten vom Käufer und Verkäufer zur Hälfte getragen werden sollten und nahm dann den Anteil des Geschäftsmannes, der nach seiner Berechnung immer ungefähr 16 M. betragen sollte, mit. Statt aber zum Stempelverteiler zu gehen, steckte er das Geld in seine Tasche und ließ sich nicht wieder sehen. Der Verhaftete ist in einer ganzen Anzahl von Fällen geständig, sich auf diese Weise Geld verschafft zu haben.

Erhängt und erschossen hat sich der 53 Jahre alte Bankier Richard Rosenfeld, der alleinige Inhaber des Bankhauses R. Rosenfeld in der Dramenburger Str. 1-3.

Ein deutscher Welthöhenrekord.

Zur gleichen Zeit, als Begoud seine Äußerste dem Publikum vorführte, unternahm der Nummer-Pilot Linnefogel einen erfolgreichen Angriff auf den Welthöhenrekord. Trotz des böigen Wetters, das Windstärken von 6 bis 8 Sekundenmeter anwies, erreichte er die Höhe von 6100 Meter. Mit dieser Brauwerkleistung hat Deutschland nach dem Höhenrekord mit Passagier nun auch den Welthöhenrekord im Alleinflug an sich gebracht.

Selbstmordversuch eines höheren Beamten der Deutschen Bank.

Der stellvertretende Direktor und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Julius Köhler, hatte sich seit einer Reihe von Jahren in gewagte Privatpekulationen eingelassen, worüber ihm das Direktorium des genannten Finanzinstituts gestern ernste Vorhaltungen machte. Köhler begab sich dann zur Börse, wo er ein gedrücktes Seiten zur Schau trug und von dort nach seinem Bureau in der Rauerstraße, wo selbst er sich in sein Privatzimmer einschloß und eine Kugel in den Kopf jagte. In lebensgefährlichem Zustande wurde Köhler nach einer Privatklinik übergeführt. Das in Spekulationen verlorene Geld soll Eigentum des Köhler gewesen sein und die Deutsche Bank keinen Verlust erleiden.

Durch ein Automobil überfahren und getötet wurde gestern nachmittag das sechsjährige Töchterchen Elise des Tischlers Bernke aus der Schulstraße 27. Als die Kleine mit einer Jenseitskarte an der Reinickendorfer- und Schulstraßen-Ecke den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde sie von einem Automobil erfasst und umgeworfen. Der Tod trat fast augenblicklich ein. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Der Chauffeur entzog sich seiner Bestrafung durch schleunige Flucht.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Einen Grundstücksverkauf im Betrage von 1 000 000 Mark hat die Stadt Charlottenburg vorgenommen. Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske hat am Rohnedamm (Spanbau) von der Stadt ein 3092 Quadratmeter großes Grundstück zum Preise von 1 000 000 Mark zur Erweiterung ihres Werks erworben. — Am Habsburger Ufer hat die Stadt zwei umfangreiche Grundstücke zum Gesamtprice von über drei Viertel Millionen Mark angekauft. — Zur Errichtung eines Magazinengebäudes für das Deutsche Opernhaus hat die Stadt das Grundstück Ballstraße 78 zum Preise von 200 000 Mark gekauft. Es soll darauf ein Magazin von rund 320 Quadratmeter Grundfläche und ein Verbindungsgebäude zwischen dem Grundstück und dem Opernhaus von 150 Quadratmeter Fläche angelegt werden. Das Verbindungsgebäude soll zu gleicher Zeit als Abstellmagazin für den Tagesbedarf an Dekorationen dienen. Das neu anzulegende Magazinengebäude besteht aus drei Stockwerken; durch einen elektrisch betriebenen Aufzug werden die Dekorationen von Bühnenhöhe aus in das Magazin befördert. Die Kosten für die Gesamtanführung der Bauarbeiten sind auf 180 000 M. veranschlagt. Die Betriebsaktiengesellschaft „Deutsches Opernhaus“ zahlt für das ihr zu überweisende gesamte Grundstück einen Jahrespachtzins von 6 Proz. aller der Stadtgemeinde durch den Erwerb und die Bebauung entstehenden Kosten und übernimmt alle auf dem Grundstück ruhenden Lasten und Pflichten.

Lichterfelde.

Heute Mittwoch, findet für den 2. Bezirk die Erziehung zur Gemeindevorstellung statt. Wir fordern alle Wähler der 3. Abteilung, nämlich zur Wahl zu erscheinen und ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Tapezierer Karl Pinitz, Vorjägerstr. 34, zu geben. Es ist Ehrenpflicht, daß jeder Wähler sein Wahlrecht ausübt. Wir ersuchen alle diejenigen, welche mit Lichterfeldern zusammenarbeiten, dieselben auf die Wahl aufmerksam zu machen. Wahllokal: Lichterfelder Festhalle, Zehlendorfer Str. 5. Wahlzeit: 8 bis 8 Uhr. Zur Schleppearbeit finden sich alle Parteigenossen um 4 Uhr bei Zehlendorf ein.

Neutölln.

Ein schwerer Straßenaunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Thomastrasse. An der Ecke der Hermannstraße hielten zwei Leihensulken, als plötzlich ein Schwerfuhrwerk, dessen Reiter auf seine Pferde einschlug, aus der Hermannstraße in die Thomastrasse einbog. Durch dieses Fuhrwerk wurden die Pferde der Leihensulken über den Boden geschoben und gingen durch. Der Reiter des Leihensulkes wollte nun das Durcgehen der Aufschneider verhindern und lenkte zu diesem Zweck seine eigenen Pferde nach der linken Seite des Fahrdammes hinüber. Dadurch drängte er aber die Leihensulken auf den Bürgersteig, der sich am Thomastrassenhof entlang zieht, und in eine Schar spielender Kinder hinein. Während einige derselben mit dem Schreden und leichteren Verletzungen davonkamen, wurden der 10 Jahre alte Willy Passch und der 8 Jahre alte Erich Hane aus der Thomastr. 39 überfahren und so schwer verletzt, daß sie in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus in Budow gebracht werden mußten. Das eine der durcgehenden Leihensulken ging in Trümmer und eines seiner Pferde, das sich ausgeschirrt hatte, raste noch bis zur Vergstraße weiter, wo es durch einen Wagen der Straßenbahn zum Stehen gebracht wurde.

Heute Mittwoch, den 1. April, findet zum letztmal die Aufhebung des Ostermarktes: „Warum der Frühling kommen muß“ bei Bartisch, Hermannstr. 49, statt. Einlaß 5 Uhr. Anfang pünktlich 6 Uhr. Billets zum Preise von 10 Pf. für Kinder, 20 Pf. für Erwachsene, sind noch zu haben im Sekretariat, Redarstr. 3, Expedition Rohr, Siegfriedstraße, Bartischs Restaurant, Hermannstr. 49, Restaurant Brill, Rühmische, Ecke Schandomaststraße, Vietzsch, Wilmersdorferstr. 86, Dutschow, Weisstr. 5, Bornmann, Lieberstr. 15, Lehmann, Richardstr. 63, Schneider, Weisstr. 61. Um rege Beteiligung erucht Die Kommission.

Im Neutöllner Theater, Bergstr. 147, findet am Sonntag, den 5. April, abends 8 Uhr, unter Leitung von Julius Lürk noch eine Vorstellung des Schauspielers von Eugen Brien: „Die Schiffbrüchigen“ statt. Billets zu wesentlich ermäßigten Preisen nur zu haben bei Bartisch, Hermannstr. 49. (Sperrfrist 60 Pf., Parlett 60 Pf.)

Steglich-Friedenau.

Am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Bildungs- und Jugendausschuss im Jugendheim, Aniephof, Ecke Jenerstraße, eine Schulentlassungsfeier. Sie ist in erster Linie für die schulentlassenen Kinder bestimmt, die an keiner kirchlichen Feier teilnehmen. Selbstverständlich steht auch der Teilnahme der übrigen Schulentlassenen nichts im Wege. Sie alle sind nebst Eltern und Verwandten herzlich eingeladen. Der Ausschuss hat sich bemüht, die Feier würdig und eindrucksvoll zu gestalten: Chorgesang, Harmoniumvorträge, Feste und Regitationen werden sie ausfallen. Die Feste wird der Reichstagsabgeordnete Schürer halten.

Teltow.

Aus Verzweiflung hat der Tagelöhner Dohow seinem kummervollen Leben ein gewaltiges Ende gemacht. Vor einigen Tagen fanden Spaziergänger im Rodowener Forst die erhängte Leiche eines Mannes, die später als die Dohows resognosziert wurde. Sie man uns mittel, ist D. mehrere Wochen arbeitslos gewesen, er blieb daher mit seiner Wieta im Rückstande. Schon vorher reichte sein länglicher Verdienst von 18 M. pro Woche zum Unterhalt für seine

aus zehn Köpfen bestehende Familie bei weitem nicht aus. Als er nun gar zum 1. April die Wohnung räumen sollte und seine Vermögen, mit seiner großen Kinderzahl eine andere Wohnung zu erhalten, ohne Erfolg war, beschloß er, seinem Leben ein Ende zu machen. Wie so viele, ist auch Dörmann ein Opfer des sozialen Elends geworden. Dieses Proletariatsdrama bedeutet eine furchtbare Anklage gegen unsere an Sibirien so reiche Gesellschaftsordnung. Zugleich aber rückt diese Tragödie die Bestrebungen unserer Herrschenden in der Frage des Gebirgswanges in eine abschreckende Beleuchtung.

Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm gegen die Stimmen unserer Genossen den Etat für 1914/15, der in Einnahme und Ausgabe mit 460 000 M. abschließt, an. Genosse Helbig beantragte, in eine Generaldiskussion einzutreten, das wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Dafür dauerte dann die Spezialdiskussion bis 1 1/2 Uhr. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Fortsetzung 91 178 M., Wasserwerk 31 000 M., direkte Gemeindesteuern 138 650 M., indirekte 22 312 M., Schulverwaltung 15 718 M., höhere Schule 19 140 M., die Krankenhauseinnahmen betragen 36 054 M. und für die öffentliche Armenpflege fallen 8281 M. einkommen. Ausgegeben sollen werden an Kreissteuern 25 875 M., für die Volksschule 64 919,85 M. und für die höhere Schule 26 245,73 M. Die Krankenhauserhaltung erfordert 50 419,60 M., die Bauverwaltung 30 385,30 M. und das Wasserwerk 349 088,40 M. Für Beleuchtung sind 12 800 M., für die Fortverwaltung 32 739 M. eingelegt. Die Beträge für einzelne Kommunalwerke erfordern 14 850,90 M. und die Bezahlung der Beamten 53 446 M.

Bei den direkten Gemeindesteuern wurde von unseren Genossen der Antrag gestellt, die Zinsen bis 900 M. Einkommen steuerfrei zu lassen. Obwohl die Genossen Anträge und Helbig nachwies, daß bei einem Einkommen von 900 M. für Steuern nichts mehr übrig sei und vorzuschlagen, für den entfallenden Ausfall die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen, lehnte die bürgerliche Mehrheit den Antrag ab. Ein Antrag des Stadtverordneten Böls, die Einkommen bis 600 M. steuerfrei zu lassen, wurde gleichfalls abgelehnt.

Beim Titel Schulverwaltung beantragte Genosse Schneider, 100 M. einzusetzen, damit armen Kindern ein Frühstück gesichert werden kann; diesen Antrag nahm die Versammlung an. Genosse Helbig verlangte, daß für die auswärtigen höheren Schüler ein erhöhtes Schulgeld in Anrechnung gebracht werde, da man den hiesigen Steuerzahlern nicht zumuten könne, daß sie für Einwohner anderer Orte Mittel aufbringen. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Beim Titel Krankenhaus wurde sowohl von unseren Genossen wie auch von bürgerlichen Stadtverordneten über Mängel im Krankenhaus Klage geführt; es soll demnächst dieser Mangel beseitigt werden. Leider wurden auf Antrag eines bürgerlichen Vertreters beim Armentitel 2000 M. gestrichen, obwohl Genosse Werner eindringlich davor warnte und betonte, daß die Armenkommission sowie schon mit den vorhandenen Mitteln sehr rechnen müsse. Die gestrichenen 2000 M. wurden dem Bautitel zugeschrieben, der in diesem Jahre um 6000 M. niedriger angelegt war wie im Vorjahr. Der vorgeschlagenen Zeit wegen wurden die anderen Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Rosenthal.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß weil eine Beanstandung der Konzeptionierung der Siemensbahn nicht vorliege, der Betrieb der fertiggestellten Straßenbahnlinie bald erfolgen könne. Hierauf wurde zur Beratung des Etats geschritten. Herr Dr. Kruse betonte, daß der Etat als günstig bezeichnet werden könne. Die Straßenbahnangelegenheit und ebenfalls die Neu-

regelung der Beamtengehälter bitte er der neuen Gemeindevertretung zu überlassen. — In einer einstündigen Rede ging Genosse Milbrodt näher auf einzelne Positionen ein. Eine Erhöhung des Zuschlages zur Staatseinkommensteuer, der jetzt 133 1/2 Proz. betrage, brauche nicht vorgenommen werden. Eine Einteilung der Parzellen in Servisflächen, insbesondere derjenigen an der Hauptstraße, am Kaiserweg und an der Kasanienallee in eine höhere Klasse würde die Grundwertsteuer um ein erhebliches steigern. — Für hiesige Sanitätskolonnen sind wiederum 200 M. eingelegt; 100 M. für die vom Roten Kreuz und 100 M. für die Arbeiter-Samariterkolonne. Die der letzteren auch im Vorjahre zugewilligte Summe ist jedoch noch nicht an diese gelangt. Unser Genosse fragte nunmehr, wie es mit der Angelegenheit, die bald zwei Jahre der Verleugung harre, stehe. Der bewilligte Spielplatz sei wohl eingerichtet, doch fehlen demselben Unterstände, sowie wie Aborträume. — Mit der Straßenpflasterung gehe es nur langsam vorwärts. Die Straßenbeleuchtung sei eine bessere geworden; die fehlende Beleuchtung am Kaiserweg und Kasanienallee müsse aber bald zur Ausführung kommen. Die Armenkommission habe beantragt, den auf dem ehemaligen Trümpchen Grundstück befindlichen Eisküppen in ein Armenhaus mit dem besten klingenden Namen „Gemeindehaus“ auszubauen, um die Rentenempfänger dort unterzubringen, hierdurch hoffe die Armenkommission die Kosten für die Bedürftigen zu erniedrigen. Hiergegen müsse er sich ganz entschieden wenden. Die für Zahnpflege eingelegten 250 M. seien unbedingt auf 750 M. zu erhöhen, denn bei einem Bestand von 900 Kindern sei dies eine angemessene Aufwendung. Unbedingt müsse auch an dem orthopädischen Turnunterricht festgehalten sowie die Einrichtung einer Volksbadeanstalt im Auge behalten werden. Zum Schluß seiner mit großer Aufmerksamkeit gefolgten Ausführungen forderte Genosse Milbrodt eine schnelle Förderung der Straßenbahnlinie 41, damit auch für den Ortsteil Wilhelmshagen ein Lebensnerv geschaffen werde. — Der Gemeindevorsteher ging auf einzelne von unserem Redner berührte Fragen ein. In Sachen der Arbeiter-Samariterkolonne liege die Entscheidung beim Kreisaußenrat, es empfehle sich, damit die Angelegenheit endlich begraben werde, von den 100 M. Abstand zu nehmen und dafür 1000 M. für Wohltätigkeitszwecke einzusetzen, die dann an Arbeitslose als Darlehen unverzinslich zur Verfügung zu stellen seien. Dieser Antrag wurde mit fünf gegen drei Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag, orthopädischen Turnunterricht einzuführen. Im übrigen stimmte der Vorsteher mit den meisten Ausführungen Milbrodts überein.

Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 175 873 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehrbetrag von 352 832 M. Die Einzelstats gehalten sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung: Einnahme 21 488 M., Ausgabe 118 115 M.; Steuerverwaltung: Einnahme 200 823 M., Ausgabe 33 055 M.; Schulverwaltung: Einnahme und Ausgabe 162 315 M.; Straßenverwaltung: Einnahme 18 006 M., Ausgabe 62 055 M.; Armenverwaltung: Einnahme 7202 M., Ausgabe 16 500 M., Zuschuß 9298 M.; Schulverwaltung: Einnahme 27 260 M., Ausgabe 131 584 M., Zuschuß 104 324 M.; Wasserwerk: Einnahme 71 090 M., Ausgabe 69 170 M., Ueberschuß 1860 M.; Kanalisation: Einnahme und Ausgabe 32 248 M.; Depositalverwaltung: Einnahme in bar 30 804 M., in Wertpapieren 170 014 M., Ausgabe in bar 6215 M., in Wertpapieren 15 860 M., Bestand 187 779 M. Der Vermögensstand der Gemeinde: A) Kapital: 192 863 M., B) Grundstücke: 2 783 410 M. = 2 925 773 M.; Schulden der Gemeinde: 2 508 093 M.

Die Gemeindevertreterwahl für die III. Abteilung findet am Sonntag, den 5. April, von mittags 12 bis 3 Uhr in der Turnhalle, Goethestraße, statt. In der Wahl beteiligt ist der erste Wahlbezirk (Ortsteil Wilhelmshagen), für den zwei Vertreter zu wählen sind, und zwar ein Angelegener und ein Nichtangelegener. — Die

Wahl für die I. und II. Abteilung findet am Montag ebenfalls in der Turnhalle statt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Siechenberg. Donnerstag, den 2. April, abends 6 Uhr, im Rathaus. Fortsetzung eventuell Freitagabend.

Neuföhren. Donnerstag, den 2. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Die neuere englische Sozialpolitik. Von S. H. Walter (Kultur des modernen Englands). Ges. 4 M. R. Eldenburg, München NW 2.
Das Koalitionsrecht in Deutschland, Geley und Weis. Zu Auftrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bearbeitet von S. Rehrigke. Preis 1 M. Verlag der „Bismarck“-Buchhandlung Berlin SW 68, Lindenstr. 89.

Marktpreise von Berlin am 30. März 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volksgüteramts. Weizen (mitte), gute Sorte 00,00—00,00, Donau 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 15,00—15,10. Roggtrich 0,00 bis 0,00—0,00.

Marktpreislistenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—30,00. Bohnen 40,00—30,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Brust 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—3,40. 1 Kilogramm Rapsen 1,20—2,40. Malz 1,60—3,20. Jander 1,40—3,20. Gerste 1,20—2,40. Waizen 1,00—2,20. Schote 1,50—3,20. Bieze 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 3,50—2,40.

Witterungsübericht vom 31. März 1914.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Swinemünde	769	SW	3	Regen	5	Saparanda	767	R	2	wolkenl.	-1
Hamburg	765	SW	3	bedeckt	10	Petersburg	769	SW	3	1 wolke	-4
Berlin	771	SW	3	bedeckt	6	Silla	765	SW	3	bedeckt	11
Kranf. a. M.	775	SW	2	Dunst	7	Aberdeen	754	SW	5	wolkenl.	9
München	776	SW	4	halb bb.	6	Paris	778	SW	2	wolkenl.	7
Wien	776	SW	1	Nebel	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 1. April 1914.

Hiemlich mild, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 30. 3.	am 29. 3.	Wasserstand	am 30. 3.	am 29. 3.
Remel, Mühl	521	-7	Saale, Großh.	235	-13
Vregel, Jüterburg	213	-5	Havel, Spandau	118	0
Deichsel, Thorn	268	+13	Elbe, Magdeburg	122	-3
Ober, Ratibor	182	-13	Spre, Spremberg	113	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	227	-6	„ „ „ „ „ „ „ „	145	0
„ „ „ „ „ „ „ „	289	-7	Weser, Minden	294	-17
„ „ „ „ „ „ „ „	186	-6	„ „ „ „ „ „ „ „	408	-19
„ „ „ „ „ „ „ „	302	-3	Rhein, Maximiliansau	608	-18
„ „ „ „ „ „ „ „	83	-9	„ „ „ „ „ „ „ „	474	-13
„ „ „ „ „ „ „ „	126	-15	„ „ „ „ „ „ „ „	591	-1
„ „ „ „ „ „ „ „	23	-12	„ „ „ „ „ „ „ „	290	-
„ „ „ „ „ „ „ „	358	-10	„ „ „ „ „ „ „ „	312	-
„ „ „ „ „ „ „ „	294	-10	„ „ „ „ „ „ „ „	330	-1

+ bedeutet Hoch, - Fall, - } Unterpegel.

Zum Titel = Aufschlag

Dauer nur vom 1. bis 15. April

Billige Ausnahme-Preise

- Schüler-Anzüge Sportformen, gezwirnte Buckskins, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **3⁶⁵**
- Schüler-Anzüge Sportformen, aus Stoffresten, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **4³⁵**
- Schüler-Anzüge Manchester, sehr haltbar, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **4⁷⁵**
- Schüler-Anzüge Sportformen, gute, haltbare Stoffe, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **7⁴⁰**
- Prinz-Heinrich-Anzüge apart gemusterte Stoffe bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **7⁸⁵**
- Schlupfer-Anzüge neueste Formen, schön gemost. Chevots, sehr haltbar, bis zum Alt. v. 8 Jahr. Nur ein Preis **7⁹⁵**
- Schüler-Stoff-Hosen aus Resten bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **1.35** für 9 bis 14 Jahre Nur ein Preis **1.85**
- Manchester-Schüler-Hosen bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **1.95** für 9 bis 14 Jahre Nur ein Preis **3.10**

Hervorragend schöne Modelle und Reismuster für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren Sport-Anzüge o Schlupfer-Anzüge Baby-Anzüge o Norfolk-Anzüge Prinz-Heinrich-Anzüge Blusen-Anzüge o Schul-Anzüge Ulster o Paletots o Pyjacks zu erstaunlich billigen Preisen

Besonders empfehlenswert Prinz-Heinrich-Anzüge blau Kammgarn-Cheviot, Jacke und Hose gefüttert, Ärmel mit Abzeichen bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **7⁹⁵**

- Pyjacks blau Cheviot, ganz gefüttert, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **3⁶⁵**
- Pyjacks marineblau Tuch, gutes Sergefütter, bis zum Alter von 8 Jahren Nur ein Preis **6⁹⁵**
- Jackett-Anzüge verschiedene Stoffe, für 8 bis 11 Jahre Nur ein Preis **6⁹⁵**
- Jackett-Anzüge haltbare Buckskins, schöne Muster, für 10 bis 15 Jahre Nur ein Preis **10⁵⁰**
- Schüler-Sport-Anzüge strapazierfähig, Chevots, schöne Muster, für 8 bis 15 Jahre Nur ein Preis **10⁹⁰**
- Schüler-Pelerinen „imprägniert“ Strichloden, grau oder grünlich, 70, 80, 90 cm lang Nur ein Preis **3⁹⁵**
- Frühjahrs-Ulster neue Farben, moderne Formen
- Frühjahrs-Paletots marengo und Covercoat
- Bozener Mäntel wetterfest, grau oder grünlich Loden
- Gummi-Mäntel moderne, hochgeschlossene Form, modern für das Alter bis zu 15 Jahren

im Preise herabgesetzt

Neu erschienen: Der Hauptkatalog Nr 49 mit den neuesten künstlerischen Moden und mit vielen hundert Illustrationen. Ein vorzügliches Ratgeber beim Einkauf von Herren- und Knaben-Kleidung. Zusendg. kostenfrei.

BAER SOHN

Wäsche, Hüte, Mützen, Sweater, Sporthemden Träger und Gürtel für Knaben und junge Herren Bekannt billige Preise

Keine Abgabe obiger Artikel an Wiederverkäufer.

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb. Von 20 Mark an franko.

Sonntag, den 5. April, von 12-6 abends geöffnet

Ställe als Arbeiterwohnungen.

Ueber Arbeiterwohnungen, die mit Viehställen keinen Vergleich aushalten, berichtet die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“.

Das Oberverwaltungsamt zu Wiesbaden hatte sich nun mit der wichtigen Frage zu beschäftigen und kam zur Verurteilung der Berufsvereine.

Aus aller Welt.

Vorwärts!

Anlässlich des 30jährigen Erscheinens des „Vorwärts“ sendet uns ein Reutlinger Genosse den folgenden in Versen gehaltenen Glückwunsch:

Ein donnernd Hoch dem Kampforgan, Der geistig hohen Waffe.

Wir hoffen und wollen unser Teil dazu beitragen, daß noch recht viele der jetzigen Leser den Tag der Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft miterleben.

Zusammenbruch einer Oeynhausener Bank.

Der Inhaber der Spar- und Leihbank Oeynhausens, des ältesten, seit 24 Jahren bestehenden Bankinstituts am Plage, Bankier Emil Scheffer, hat sich in einem Hotel in Hildesheim in der Nacht zum Montag in seinem Zimmer durch Erhängen das Leben genommen.

Mit neun Passagieren in 1600 Meter Höhe.

Ein Fliegerlord jagt den andern. Am Dienstag gelang es dem französischen Flieger Garatz, sich auf dem Flugfelde von Chartres mit neun Fahrgästen an Bord auf seinem Zweidecker in eine Höhe von 1600 Metern hinauf auszuheben.

Dampferkatastrophe im Kanal.

Nach einem Telegramm aus Southampton ist der englische Dampfer „Gauvillier“ mit dem dänischen Schoner „Niels Juel“ im Kanal zusammengestoßen.

Verhafteter Leichenschänder.

Die Partier Polizei verhaftete am Dienstag den Steinhewer Fournier und drei Helfershelfer, die seit einigen Jahren auf dem Friedhof von Sère zahlreiche Gräber erbrochen und ausgeraubt hatten.

Das Leichenbegängnis des Kriegers.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus dem Orte Hagenbach berichtet: „Vor einigen Tagen wurde der Arbeiter Scherrer, ein Veteran von 1870, auf der Straße von einem Schlaganfall betroffen, der zum baldigen Tode führte.“

auch die Beiträge für den Kriegerverein stets bezahlt hat.

Ein Mann, der Blut und Leben für das Vaterland aufs Spiel gesetzt hat, wird wie ein Hund verscharrt.

Meine Notizen.

Der Sprössling des Politikers. Der vierzehnjährige Sohn des Volkswachmeisters Korzunski aus Zabrze erschoss am Dienstag in der Abwesenheit seines Vaters mit dessen Dienstrevolver den zwölfjährigen Schüler Schalekly.

Familien-drama. In der vergangenen Nacht spielte sich im Hause Gräbischer Str. 82 in Breslau ein furchtbares Familien-drama ab.

Explosionskatastrophen in Russland. In der Zentrale der elektrischen Beleuchtung in Petersburg ist am Montag eine Explosion in der Dampfleitung erfolgt, infolge deren zwei Personen getötet und sieben verletzt worden sind.

Der schwarze Tod. Der Gouverneur von Hongkong berichtet dem Kolonialamt in London, daß in der mit dem 29. März ablaufenden Woche 48 Pestfälle vorgekommen sind, von denen 38 tödlich verliefen.

Durch einen Propeller geköpft. Als am Dienstagmorgen der Flieger Schäh, welcher von München bis Biskopsfjeld (Oderpöls) geflogen war und dann wieder umkehrte, in Frontenhausen eine Notlandung vorgenommen hatte, erlitt er mehrere umherfliegende Männer, den Apparat vor der Abfahrt zu halten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus!

M. D. 89. Um die Staatsangehörigkeit aufrecht zu erhalten, müssen Sie sich bei dem Konsulat in die Matrikel eintragen lassen.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister Albert Gleiser

Reuters Werke Buchhandlung Vorwärts Reminiscenzen Elektricum

Eine hochinteressante Weltreise. Sämtliche Unkosten nur 15 Pf. pro Woche. Ueber 32 000 Mitreisende haben sich schon gemeldet.

Wir rechnen aber mit über 200 000 Mitreisenden, um das beachtlichste Reiseprogramm für nur 15 Pf. pro Woche durchführen zu können.

Universal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 300 Voll- und Redaktionen.

Verband der Lederarbeiter

Filliale Berlin I.

Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr,
Prinzenallee 33:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Waise. — 2. Verbandsangelegenheiten.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Achtung! **Achtung!**
Fliesenleger und Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Dienstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Saal I des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Ingleich weisen wir darauf hin, daß der Stundenlohn der Fliesenleger vom 1. April d. J. an auf 99 Pf., der der Hilfsarbeiter auf 71 1/2 Pf. steigt.
Die Sektionsleitung.

Gips- und Zementbranche.

Die Generalversammlung des Zweigvereins hat beschlossen, die gedruckten Geschäftsberichte nicht mehr durch die Hauskassierer zu verbreiten, sondern nach vorheriger Bekanntmachung in den Bezirksversammlungen auszugeben; da einzelne Bezirke aber im März noch keine Versammlung gehabt haben, wie Reutshän, Rosbit, Korden, ersuchen wir die Kollegen unserer Sektion, die in diesen Bezirken wohnen, falls sie Interesse für einen Geschäftsbericht haben, sich einen solchen vor der Generalversammlung unserer Sektion aus dem Bureau holen zu wollen.
Die Sektionsleitung.

An alle Mitglieder!

Wir weisen nochmals darauf hin, daß jetzt alle Bureaus des Zweigvereins und der Sektionen
vormittags von 9 bis 1 Uhr und
nachmittags von 5 bis 7 Uhr
geöffnet sind.

Diese Zeiteinteilung ist durch die Mehrarbeit notwendig geworden, die die Arbeitslosenunterstützung mit sich bringt. Die Arbeitszeit der angestellten Kollegen wird hierdurch nicht berührt. Ebenso geben wir bekannt, daß die Bibliothek des Zweigvereins wieder geöffnet ist. Dieselbe ist jetzt im Zimmer 58 und können Bücher daselbst in der Bureauszeit vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr, Montag bis 9 Uhr entliehen werden.

An die Delegierten der Generalversammlung.

Die außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins findet
am Sonnabend, den 4. April d. J., abends 8 Uhr,
im Saal I des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 15,
statt. 142/2*

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg.

Tarifbezirk Groß-Berlin.

In solchen Betrieben, die den an anderer Stelle bekanntgegebenen Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts nicht anerkennen, ist vorläufig weiter zu arbeiten, sofern nicht den Mitgliedern Sonderverträge zur Unterschrift vorgelegt werden. Wo letzteres geschieht, ist die Unterschrift zu verweigern und der Drittverwaltung sofort telephonisch Nachricht zu geben. Das Bureau ist zu diesem Zwecke täglich bis auf weiteres von 8 1/2 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet. Ferner geben wir bekannt, daß die Rotstandsunterstützung bis zum 11. April gezahlt wird. Am 4. und 11. April erhalten auch solche Mitglieder Unterstützung, die wegen wiederholter Aufnahme Karenzzeit haben. Wer Unterstützung beziehen will, muß den Arbeitsnachweis zwecks Kontrolle passieren.

Mit Verbandsgruß

Die Ortsverwaltung

Engelauer 15, Zimmer 59. Tel.: Amt Moritzplatz Nr. 12326.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Achtung!

Achtung!

Rohleger und Helfer!

Kollegen! Laut § 4 des Tarifvertrages tritt am 1. April die zweite Lohnerhöhung in dieser Tarifperiode ein. Dieselbe beträgt für Rohleger 2 Pf. und für Helfer 1 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn beträgt also ab 1. April für Rohleger 76 1/2 Pf., für Helfer 58 Pf. Der Mindestlohn für Rohleger, welche ständig auf Reparaturen arbeiten, beträgt 47 Pf. pro Stunde.

Die Kollegen werden ersucht, darauf zu achten, daß diese Lohnerhöhung überall zur Durchführung gelangt. In allen Fällen, wo sich der Arbeitgeber weigert, die Lohnerhöhung zu zahlen, sind die Kollegen verpflichtet, dieses sofort dem Verbandsbureau Linienstraße 83/85 mitzuteilen, damit die nötigen Schritte in die Wege geleitet werden können.

115/16

Die Ortsverwaltung.

Benachrichtigter Redakteur: Alfred Diele, Reutshän. Für den

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.		Passiva.	
M.	pf.	M.	pf.
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	47.023.900,23	Aktien-Kapital-Konto	300.000,00
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	21.621.806,80	Reserve-Fonds-Konto	81.000,00
Wechsel und unverzinst. Schatzanweisungen	575.885.048,70	Talons/Reserve-Konto	10.000,00
a) Wechsel und unverzinst. Schatzanweisungen d. Reichs und der Bundesstaaten	475.893.248,10	a) Nostroverbindlichkeiten	686.004,06
b) eigene Akzepte	—	b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	790.126,85
c) eigene Zeichnungen	—	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	72.050.541,45
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	2.700,00	d) Einlagen auf provisionstreter Rechnung	405.264.095,70
Nostro Guthaben bei Banken u. Bankfirmen	61.380.884,96	1. innerhalb 7 Tagen fällig	210.003.615,85
Reports und Lombards gegen börsennotierte Wertpapiere	119.069.678,00	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	156.818.214,50
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	116.651.710,00	3. nach 3 Monaten fällig	87.887.298,15
davon am Bilanztag gedeckt	—	e) sonstige Kreditoren	479.804.859,80
a) durch Waren-Fracht- oder Lagerscheine	59.162.627,30	1. innerhalb 7 Tagen fällig	395.183.529,85
b) durch andere Sicherheiten	6.545.118,45	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	158.004.120,70
Eigene Wertpapiere	42.504.080,00	3. nach 3 Monaten fällig	22.457.120,25
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	16.921.000,00	Akzeptie und Schecks	287.815.828,00
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beifällige Wertpapiere	6.805.747,20	a) Akzeptie	250.007.873,00
c) sonstige börsennotierte Wertpapiere	18.451.578,00	b) noch nicht eingelöste Schecks	6.617.651,00
d) sonstige Wertpapiere	2.718.335,80	Ausserdem	—
Konkurrenzbeiträge	55.275.061,20	Aval- und Bürgschaftsverbindlichkeiten	M. 87.261.081,00
Darlehensbeteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	36.833.674,45	Rig. Ziehungen	—
Debitoren in laufender Rechnung	834.066.045,70	davon der Rechnung Dritter	—
a) gedeckte	453.244.569,00	Wechselgebens	—
b) ungedeckte	169.821.456,70	Solawechsel der Kunden an die Order d. Bank	—
Bankgebäude	30.201.245,90	Dividenden-Konto	85.743,00
Sonstige Immobilien	2.081.084,70	Pensions-Fonds-Konto	4.048.044,75
Pensions-Fonds-Effekten-Konto	4.040.409,90	König-Friedrich-August-Stiftung	103.754,85
Effekten-Konto d. Georg-August-Stiftung	85.807,60	Georg-August-Stiftung	149,50
Effekten-Konto der Georg-August-Stiftung	145.850,00	Reingewinn	93.276.760,00
	1.081.293.530,00		1.081.293.530,00

Verlust.		Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1913.		Gewinn.	
M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.
Handlungs-Unkosten-Konto	14.704.224,00	Vortrag von 1912	176.506,55		
Steuern	2.220.571,15	Sorten- und Coupons-Konto	387.000,00		
Abschreibungen:		Wechsel- und Zinsen-Konto	25.978.297,85		
a) auf Mobilien-Konto	875.206,10	Provisions-Konto	14.585.127,90		
b) Grundstücke	188.787,25	Effekten- und Konkurrenz-Konto	—		
Reingewinn	36.276.760,00	Erträge aus dauernden Beteiligungen bei fremden Banken	1.980.549,55		
	43.447.490,15	Transkurrenzen	109.250,90		
			43.447.490,15		

Dresden, den 31. Dezember 1913.

DRESDNER BANK.

E. Gutmann. G. von Klempner. Mueller. Nathan. Jüdel. Herbert H. Gutmann.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Sonnabend, den 4. April 1914

findet in folgenden Lokalen die

Wahl der Delegierten zum Verbandstage in Hamburg

Satt:

Norden:	Neumann, Kleinstr. 70	5-8 Uhr
	Speise (Rantine), Brunnenstr. 181 (Sof)	6-8
	(nicht St. wie irrtümlich auf den Hauptzettel vermerkt)	
Nordost:	Schaubins, Bergstr. 39	5-8
Nordwest:	Weder, Georgenstr. 67	5-8
Zentrum:	Nieders, Dragonerstr. 15	5-8
Osten:	Rott, Strahmannstr. 28	5-10
	Dietrich, Marklinstr. 21	5-8
Südost:	Sange, Köpenicker Str. 47	5-8
	Hir, Kalauer Str. 59c	5-10
Südwest:	Giese, Kommandantenstr. 88	5-10
	Hogler, Wittenwalder Str. 16	5-10
Westen:	Wiemer, Nilowstr. 55	5-10
Nordwest:	Paerich, Oldenburger Str. 10	5-10
	Kasper, Schiffbauerdamm 12	5-10
Charlottenburg:	Pierich, Rautstr. 106	5-10
Neukölln:	Zornfeld, Hegelstr. 9	5-10

Ferner in der Zeit von 10-1 u. 4-7 im Verbandsbureau, Engelauer 14, parterre.

Stimmzettel sind in den Wahllokalen zu haben. Zu wählen sind 4 Delegierte. Stimmzettel, die nicht Namen enthalten, sind ungültig.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Wahlbeteiligung wird im Mitgliedsbuch vermerkt. — Bezugsfähige Beteiligung erwartet!

Die Ortsverwaltung.

Die Schuld an der großen Kinderherblichkeit tragen in vielen Fällen Kram und Unvorsichtigkeit. Es ist deshalb sehr wichtig, jede junge Mutter auf das bewährte Nährpräparat **Kaiser** aufmerksam zu machen, das eine wahrhaft legendäre Ernährung für unseren kleinen Nachwuchs darstellt. **Kaiser** ist billig im Gebrauche, äußerst nahrhaft, verhilft den Kindern zu gesünder Entwidlung und löst keine der schlimmen Magen- und Darmkrankheiten aus.

Inferatenteil berlin.: J. V. G. Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Brig.

Am 9. April 1914, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Gastwirts Wechsitz, Brig, Bürgerstraße 4.

Ausschuss-Sitzung

Stat. 271/11

Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1913. Bericht der Revisionskommission. Entlastung des Revidenten.
 3. Beschlussfassung über die Dienstordnung der Mitglieder.
- Dazu sind die Vertreter der Herren Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen.
- Anfragen, welche Einsichtnahme in die Bücher erfordern, müssen bis zum 6. April im Kassensaal eingereicht werden.

Der Vorstand.

Hans Haas, Vorsitzender.



Centralhaus mod. Herrenbekleidung

L: Neue Friedrichstr. 35

an der Central-Markthalle

II: Turmstr. 67, I. Etage

Reiert an jedermann elegante Herren-Garderobe

nach Maß

unter Garantie für tadellose Sitz

gegen wöchentliche Teilzahlung

von 1 Mark an.

Schnelberei. Berufhaft im Laufe

des Tages. Bei Bedarf des Reisenden

mit neuesten Stoffmustern. *

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

Sonntags 12-2 geöffnet.

„Milo-Rund!“

In Dosen oder Päckchen à 10 Pf. durch Zigarrenhandel.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung

betreffend die Zusammensetzung des Vorstandes für die Jahre 1914 bis 1917.

Vorsitzender: Herr J. Blenz, Friedenau, Friedrich-Wilhelm-Platz 16 II.

Stellvertreter: Herr Buchdruckereibesitzer Artur Scholem, Bouthstr. 6.

Schriftführer: Herr Otto Wonitzki, Oranienstr. 177 III.

Stellvertreter: Herr Max Ebel, Neukölln, Bodestr. 16.

Kassenkontrolleure: Herr Buchdruckereibesitzer Alfred Fjorsberg, Lichtenberger Str. 17.

Herr Karl Kramm, Neukölln, Neue Jonasstraße 31.

Herr Max Ebel, Neukölln, Bodestr. 16.

Beisitzer: Herr Direktor Paul Baartz, Kronenstr. 37.

Herr Robert Reinke, Glogauer Str. 27 (auch Vertreter für die Kassenkontrolleure).

Frl. Mario Müller, Neukölln, Hermannstr. 201.

Der Vorstand.

J. Blenz, Vorsitzender.

Otto Wonitzki, Schriftführer.

271/12

Persil

für Kinderwäsche!

Henkel's Bleich-Soda

die Augen zu streuen, unmöglich, ihm seine Zustimmung zu erteilen. Dann mag der Entwurf dahin wandern, wohin er gehört, in den Papierkorb. Wir meinen ihm keine Kränze nach. Im Gegenteil, wir würden uns darüber freuen; denn dann wäre die Lohn frei für ein Reichswohnungsgelei, das dann doch wohl ein anderes Antlitz tragen dürfte als diese Rißgeburt preussischer Gesetzesmacherei.

Politische Uebersicht.

Die Alten und die Jungen.

Der unbestrittene Sieg der Alt-Nationalliberalen erfährt durch die sehr weit rechts stehenden „Samburger Nachrichten“ seine volle Bestätigung. Das Blatt, das eigentlich schon als freikonservativ bezeichnet zu werden verdient, gibt zu, daß der Beschluß der Auflösung der Sonderorganisationen auf das Betreiben der Führergruppe zurückzuführen ist. Dem Einfluß der Rechts- und Alt-Nationalliberalen seien die gefassten Beschlüsse vornehmlich zu danken. Wenn nur der verderbliche Jugendverband aufgelöst werde, dann sei auch die Weiterexistenz der Alt-Nationalliberalen nicht mehr notwendig, dann sei „ihre Zweck erfüllt“. Und in einer Polemik gegen diejenigen, die den Beschluß des Zentralvorstandes als Sieg der Führergruppe kennzeichneten, bemerkt das Blatt, es handle sich:

„Nicht um den Sieg einer Gruppe, sondern den Sieg des gesunden politischen Empfindens und der Vaterlandsliebe. Über denen, die diesen Sieg gesichert haben, gebührt allgemeine Dank, und nicht zuletzt wird ihnen die national-liberale Partei zu Dank verpflichtet sein.“

Die Jungliberalen erklären übrigens mit allem Nachdruck, daß sie nicht daran dächten, ihre eigene Organisation aufzugeben. Der Reichsverband der Vereine nationaler Jugend verendet eine Mitteilung seines Vorsitzenden Dr. Kaufmann, laut deren er sofort auch in der Sitzung des Zentralvorstandes folgende Erklärung (die im offiziellen national-liberalen Bericht nicht mitgeteilt wird) abgegeben habe:

„Der Antrag Vosslermann und Genossen geht von falschen Voraussetzungen aus. Der altnationalliberale Reichsverband verfolgt den Zweck, programmatisch auf die national-liberale Partei einzuwirken. Der Reichsverband der Vereine der liberalen Jugend aber verfolgt solchen Zweck nicht (!). Er gilt nur der Heranziehung der Jugend zu den Reihen der national-liberalen Partei. Der altnationalliberale Reichsverband wirkt ferner im wesentlichen nicht öffentlich, während der Reichsverband der Vereine der national-liberalen Jugend immer seine Tätigkeit der Gesamtpartei offen dargelegt hat. Der Antrag Vosslermann und Genossen sucht aber ganz unergiebige Punkte auf einen Renner zu bringen. Meine Freunde müssen daher erklären, daß sie den Antrag zur Behebung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Partei für nicht geeignet erachten und ihn daher ablehnen.“

Scharfmacher Erzberger.

Herr Matthias Erzberger schreibt mit nie verjagender Produktivität nach wie vor über alles und jedes. Auf die Beschuldigung allerdings, eine Rede Vebels geplündert und ohne Quellenangabe im Reichstage verwertet zu haben, hat die sonst so betriebsame Schreibmaschine bis jetzt noch nicht reagiert. Ende voriger Woche hat Erzberger im Reichstagen „Tag“ (Nr. 72), dem er mit großer Regelmäßigkeit gegen hohes Honorar fälschlicherweise Artikel liefert, sich mit der parlamentarischen Lage befaßt und dabei gleich seinem „Tag“-Konkurrenten Julius Bachem gar loedende Sammlungstöne nach den Nationalliberalen hinübergeschickt. Er sagt „ein offenes Wort über das, was ausgediehen und befristet werden muß, um eine konstante Politik im Reich zu sichern, die auf dem Zusammenarbeiten von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen beruht“. Eine wichtige Vorbedingung für ein längeres Zusammenarbeiten“ sei die Aufhebung aller Ausnahme-gesetze. Für das Zentrum handle es sich dabei um die Kernfrage, daß die Ausübung bürgerlicher Handlungen nicht durch Gesetz (Schulengesetz) verboten werden darf. Dann heißt es in dem Artikel weiter:

„Der Ruf nach neuen Ausnahme-gesetzen müßte ebenso permissiv sein und verhältnißmäßig die Sozialdemokratie nicht durch unnötiges Entgegenkommen, dann ist schon viel erreicht.“

Herr Matthias Erzberger ist also der Meinung, daß gegen die Sozialdemokratie die bestehenden Gesetze nicht genügend angewendet werden und daß man die Sozialdemokratie „berhäufelt“. Das sagt der Mann nach all den rigorosen Vorgängen der letzten Zeit, nach dem Urteil, das unsere Genossen Luxemburg auf ein Jahr in den Kerker verweist, nach den empörenden administrativen Maßnahmen gegen Genossen Stöder in Köln, durch die die sich politisch betätigenden Sozialdemokraten glatt wohlverworbener Rechte beraubt werden, nach den drakonischen Urteilen gegen sozialdemokratische Redakteure und nach den geradezu surchbaren Strafen der bürgerlichen Justiz gegen Gewerkschaftsmitglieder, die für ein Wort wie „Streikbrecher“ oder „Ruf“ u. dgl. oder für einen Schlag mit der Hand auf Monate ins Gefängnis geworfen werden, ferner nach den entsetzlichen Quatursurteilen bei Streikverbrechen, während zur nämlichen Zeit immerfort ungläublich milde Strafen gegen Soldatenweigerer und bürgerliche Angeklagte gemeldet werden. Und bei all dem rechnet sich Erzberger immer noch zu den „demokratisch“ gerichteten Elementen im Zentrum!

Das Zentrum für den amerikanischen Petroleumtrust.

Der Antrag des Zentrums zum Petroleummonopol-Gesetzentwurf soll den Anschein erwecken, als biete er bessere Garantien gegen die Verteuerung des Petroleums, als der durch die Kommissionsbeschlüsse abgeänderte Reichs-Gesetzentwurf. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Der Zentrumsantrag will gerade die Abhängigkeit der deutschen Verbraucher von den jetzigen Produzenten gesetzlich für alle Zukunft festlegen. Er sieht nämlich vor, daß die heute an der Einfuhr beteiligten Personen (!) und Gesellschaften in dem gleichen Verhältnis auch später an dem Import teilnehmen sollen. Da nun gegenwärtig die deutsche Petroleumzufuhr aus Nordamerika (d. h. im wesentlichen die des amerikanischen Trusts) etwa 80 Proz. des Gesamtimports umfaßt, bedeutet der Zentrumsantrag die Errichtung der dauernden Monopolherrschaft des Trusts in Deutschland — durch Gesetz! 20 Proz. der Gesamteinfuhr sollen zwar nach freiem Ermessen des Bundesrats verteilt werden. Aber bei dem großen Uebergewicht des Trusts vermag diese Bestimmung des Zentrumsantrages nichts

an der geradezu unerhörten Tatsache zu ändern, daß das Zentrum die deutschen Verbraucher für immer einem ausländischen Monopol ausliefern will. Die Verwirklichung des Zentrumsantrages würde daher die Lage der deutschen Konsumenten gegenüber dem gegenwärtigen Zustand noch verschlechtern. Die Festlegung der Preise bietet schon deshalb keinen Schutz, weil ja auch der Zentrumsantrag vorsieht, daß der Preis später mit Zustimmung des Reichstags erhöht werden kann. Und hat der Trust erst das Monopol, dann kann und wird er eben die Preise diktiert und der Reichstag kann nicht das geringste dagegen machen. Das wissen natürlich die Zentrumsführer sehr genau und deshalb sind ihre Vorschläge wirklich ein Skandal.

Die Wahlen zum heftigen Landtag.

Die erst im Herbst stattfindenden Wahlen bereits ihre Schatten voraus. Die neugegründete konservative Partei ist in Verbindung mit den Bauernbündlern an die Nationalliberalen herangetreten, um ein Zusammengehen im ganzen Lande herbeizuführen. Die Verhandlungen haben sich zerschlagen, da die Nationalliberalen nur zu einem Kompromiß in einzelnen Wahlkreisen bereit waren. Die Konservativen beschloßen daher, allein vorzugehen und zwei große Landesparlamenten in Darmstadt und Friedberg abzuhalten, wo dann ein paar Junker aus dem Norden sprechen sollen. Nationalliberale und Konservative werden sich im Wahlkampfe nicht sehr wehe tun.

Neue Kämpfe in Württemberg.

Der alte Gegensatz zwischen Zweiter und Erster Kammer in Württemberg ist neuerdings wieder akut geworden. Die hochgeborenen Herren der Ersten Kammer haben es verstanden, sämtliche Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, Handwerker, Bauern und Arbeiterschaft, gleichmäßig gegen sich aufzubringen. Wie berichtet, hatte die Zweite Kammer mit starker Mehrheit beschlossen, die Regierung zu ersuchen, den Gemeinden mit Arbeitslosenfürsorge aus Staatsmitteln Beihilfe zu gewähren. Die Erste Kammer hat einen dahinzielenden Antrag der christlich-nationalen Gewerkschaften gegen zwei Stimmen glatt abgelehnt. Nun stehen die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung geschlossen gegen die Erste Kammer. In „christlichen“ Kreisen ist die Erbitterung besonders heftig. Hat doch ihre Eingabe den Herren die gewünschte Handhabe, die Regierung gegen die Zweite Kammer und gegen die Gesamtarbeiterschaft scharf zu machen.

Noch toller und tapziger benahmen sich die hochgeborenen Gesetzgeber anlässlich der Beratung einer kleinen Gemeindesteuerreform. Aus zwei Steuerquellen schöpfen die Gemeinden in Württemberg in der Hauptsache ihren Geldbedarf. Sie haben das Recht bis zu 50 Proz. der Staatseinkommensteuer als Zuschlagsteuer zu erheben. Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer steht den Gemeinden unbeschränkt zur Verfügung. Letztere Steuer ist total beraubt und dabei äußerst ungerecht. So z. B. müssen Hypothekenschulden auf Gebäude und Grundbesitz als Vermögen versteuert werden. Die Steuer lastet besonders schwer auf den kleinen Geschäftsmann, Handwerker und Bauern, während die Arbeiter und Angestellten ohne Grund- und Gebäudebesitz von ihr vollständig befreit sind. So kommt es, daß ein kleiner Geschäftsmann, ein mittlerer Wirt usw. nicht selten weit härter zur Steuer angefaßt ist, als ein Fabrikdirektor oder hoher Beamter mit zehntausend Einkommen. In vielen Gemeinden lassen sich die Steuerlätze der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer einfach nicht mehr erhöhen. So müssen die wichtigsten gemeindlichen Aufgaben — Schulbauten, Straßendauten usw. — eingestellt werden. Diesen unhaltbaren Zustand wollten Regierung und Zweite Kammer dadurch etwas bessern, daß die Gemeinden das Recht erhalten sollten, auf die Staatseinkommensteuer einen Zuschlag bis 75 Proz. (jetzt 50 Proz.) zu legen. Die Arbeiterschaft war bereit, diese neue Last auf sich zu nehmen. Anders die Herren der Ersten Kammer. Sie lehnten den von der Zweiten Kammer einmütig gutgeheißenen Gesetzentwurf ab! Wieder mögen die Gemeinden ihre wichtigsten Aufgaben vernachlässigen, als daß die großen Einkommen durch die progressiv gestaltete Einkommensteuer entsprechend bedacht werden.

Dieser Streik der Herren richtet sich gegen den kleinen Grundbesitz und Gewerbebetrieb, gegen Handwerker und Bauer, wie sich die Ablehnung der Arbeitslosenfürsorge durch den Staat gegen die Arbeiterschaft richtet. Nun gart und brodelt es wieder im Volke. Die Geschichte kann den Herrschaften teuer zu stehen kommen.

Neun Tage im Spritzenhaus für geschwänzten Kirchenbesuch.

Daß selbst auf dem flachen Lande der Kirchenbesuch nachzulassen beginnt, ist eine unbestreitbare Tatsache. Eifrig wird deshalb von den Geistlichen darauf geachtet, daß keiner von denjenigen in der Kirche fehlt, die nach ihrer Ansicht zum Kirchenbesuch verpflichtet sind. Die Kontrolle hierüber ist nicht schwer, denn bei dem all-gemein schwachen Besuch der Kirchen sind den Geistlichen auf dem Lande die Besucher fast alle persönlich bekannt. Das mußte auch ein Fürsorgezögling aus Schwabmühl, Kreis Reutlingen, erfahren. Dieser hatte am Sonntag, den 15. März, die Kirche nicht besucht. Als ihn deshalb der Geistliche zur Rede stellte, soll er diesen belogen haben. Zur Strafe dafür sollte er wieder in die Anstalt zurückgebracht werden. Zu diesem Zweck wurde er neun Tage lang im Spritzenhaus zu Raitsch a. D. eingesperrt, ehe er in die Anstalt übergeführt wurde.

Sicher wird der so Behandelte in Zukunft ein sehr eifriger Kirchenbesucher werden und mit großer Inbrunst in sein hübsches Gebet alle diejenigen einschließen, denen er die neun Tage Aufenthalt im Spritzenhaus zu verdanken hat.

Schweden.

Das Stockholmer Resultat.

Stockholm, 31. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Reichstagswahl im ersten Stockholmer Wahlkreis hat den Sozialdemokraten vier, den Konservativen drei und den Liberalen ein Mandat gebracht. Die Konservativen haben damit ein Mandat von den Liberalen gewonnen.

Die sozialdemokratischen Stimmen haben um rund 1500 zugenommen. Die Genossen Branting, Lindquist, Soenderberg und Tengdahl sind wiedergewählt.

Frankreich.

Der Rochette-Ausschuß.

Paris, 31. März. Der Rochette-Ausschuß beschloß für morgen alle Mitglieder des Kabinetts Ronis zu laden zum Zwecke einer ergänzenden Auskunft über einen in einer Zeitung der Dreyfusenden erschienenen Artikel.

Serbien.

Das Balkanbündnis.

Belgrad, 31. März. (Elyptina). In der Spezialberatung des Budgets des Kabinetts erklärte Ministerpräsident Paschitsch in Beantwortung verschiedener Anfragen, daß zwischen Serbien, Montenegro und Griechenland ein Bündnis abgeschlossen worden ist. Das Verhältnis Serbiens zu Rumänien sei das gleiche wie das Griechenlands zu Rumänien.

Montenegro und Griechenland ein Bündnis abgeschlossen worden ist. Das Verhältnis Serbiens zu Rumänien sei das gleiche wie das Griechenlands zu Rumänien.

Südafrika.

Arbeitertruggelei.

Kapstadt, 30. März. Der Minister für Bergbau und Industrie, J. S. Najan, kündigte die Einbringung einer Gesetzesvorlage an zur Verhinderung von Streiks und Aussperrungen, zur Schlichtung von industriellen Zwistigkeiten durch Schiedsämter, ferner zur Regelung des Gewerkschaftswesens und zur Einrichtung von Arbeitsnachweisen.

Eine Friedensdemonstration.

In einer überfüllten Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft im Charlottenburger Rathaus sprach am Dienstagabend der Professor der Physiologie und Diätetik Charles Richel. Er führte u. a. aus:

„Als guter Franzose verabscheue ich den Krieg und ich bekämpfe ihn, weil ich mein Vaterland leidenschaftlich liebe. Wir alle leiden gemeinsam unter der verhängnisvollen Auffassung, daß einer gegen den anderen Angriffsgelüste hege. Würde man den wahren Gefühlen des Volkes nachgehen — nicht denen der Zeitungsschreiber und Kanonenfabrikanten, sondern denen des arbeitenden Volkes —, so würde man finden, daß dieses Volk keinen Krieg will. Deutsche und Franzosen empfinden Entsetzen vor dem Kriege. Wo Gewalt entscheidet, herrscht Unrecht. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ist kein Traum. Sie besteht bereits, und die 3. Haager Konferenz wird zu entscheiden haben, ob die Gewalt oder die obligatorische Anrufung der internationalen Gerichte das letzte Wort sprechen sollen. Wir wollen nicht abstruhen, sondern die Abstraktion vorbereiten, indem wir klare Rechtszustände schaffen. Das wird das Ende der Barbarei sein.“

Franciaßisch fortsetzend, verglich der Redner den Zustand der modernen Gesellschaft mit dem eines Kranken, der von Leiden gequälert, aber seiner Krankheit sich nicht mehr bewußt ist, weil er sich an sie gewöhnt habe. So habe sich die moderne Gesellschaft an die scheinliche Krankheit des Militarismus gewöhnt. Bürgermut sei aber nicht schlechter als Soldatenmut, und die öffentliche Meinung und das allgemeine Rechtsbewußtsein würden den Sieg erzwingen.

Nach Professor Richel sprach der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Henn, der die Zustimmung seiner Fraktion zur letzten Militärvorlage zu rechtfertigen suchte. Niemand im Deutschen Reich, so führte dieser Redner weiter aus, hege Angriffsgelüste. Deutsche und Franzosen sollen lernen, sich die Hände zu reichen. Sie würden einsehen, daß es geht, wenn man will.

Letzte Nachrichten.

Das Oberhaus zur Osterkrise.

London, 31. März. Im Oberhaus sprach Lord Curzon über den Widerspruch in den Darstellungen, die Lord Lytton und Churchill über das Verhalten der Regierung bei der Herausgabe des Memorandums gegeben hatten und meinte, das Memorandum stelle die Politik der Regierung dar, und nur als unter den Ministerialen ein Aufruhr ausbrach, wären die beiden Paragrafen über Lord geworfen worden und Kriegsminister Seely hätte zurücktreten müssen. Curzon gab der Hoffnung Ausdruck, daß Lord Lytton die Billigkeit des Verhaltens Esquiths bei der Übernahme des Kriegsministeriums. Er sagte, das sei ein offener und klarer Schritt des Premierministers. Die Übernahme des Kriegsministeriums durch Esquith wurde vorteilhaft für den Staat sein, weil er der Atmosphäre des Geheimnistuums und der Kankelpinnerei ein Ende machen würde, die längst dort geherrscht habe.

Viscount Morley legte dar, warum es nicht demissioniert habe. Er führte aus, daß die erste Demission Seelys deswegen erfolgte, weil er dem Memorandum zwei Paragrafen zugefügt habe, und daß er selbst, Morley, an der Verantwortung Seelys, da er ihm dabei Beistand leistete, Anteil habe. Wenn, so sagte Morley, die erste Demission Seelys von Esquith angenommen worden wäre, so würde meine eigene Demission gefolgt sein, da ich an diesen Unregelmäßigkeiten einen Anteil gehabt habe. Seely hat nun zum zweiten Male seine Demission eingereicht, damit es nicht scheine, als ob irgendein Minister der Krone sich in einen Handel eingelassen hätte. Die wesentliche Tatsache ist die, daß, als ich die beiden Paragrafen sah, ich nicht den Brief des Generals Gough gesehen hatte und durchaus nicht davon unterrichtet war, daß darin irgendein Versuch gemacht wurde, der Regierung Bedingungen vorzuschreiben. Seely spricht sich ausdrücklich von der Teilnahme daran frei, daß das Dokument als Antwort auf Goughs Erlauchen abgefaßt wurde.

Erklärungen Grech.

London, 31. März. Unterhaus. Die Weiterberatung über Home-rule gestaltete sich ruhig. Staatssekretär Grech erklärte auf eine Anfrage, ob die provisorische Regierung tatsächlich im Begriff gewesen sei, die Verwaltung von Ulster zu übernehmen, daß dies nicht eine Herausforderung gegen das Parlament in Dublin, sondern eine solche gegen das Reichparlament gewesen wäre und daß dann Gewalt hätte angewendet werden müssen. Er regt an, daß die Verhandlungen mit den Parteiführern wieder aufgenommen werden sollen, um zu sehen, ob eine Verständigung auf der Grundlage eines föderalistischen Systems vor Ablauf von sechs Jahren vom 9. März ab gerechnet erreicht werden könne.

Tod infolge Alkoholvergiftung.

Frankfurt a. M., 31. März. An Alkoholvergiftung starb in Bonames ein 57jähriger Arbeiter, der eine ganze Flasche Nordhäuser auf einmal ausgezrunken hatte.

Schiffsunglück auf dem Rhein.

Duisburg, 31. März. Der Hafenkloppdampfer „Joan Demel“ geriet heute nachmittags beim Verlassen des Parallelhafens in die starke Rheinströmung. Die Wellen schlugen über den tiefstehenden Dampfer, der infolgedessen sank. Zwei Matrosen sind ertrunken. Der Schiffsführer und ein Matrose sind gerettet worden, letzterer ist schwer verletzt.

Schwere Grubenexplosion.

Mühlhausen, 31. März. Im Schachte „Reichsland“ bei Wittichenheim ereignete sich gestern eine Explosion, bei der sechs Arbeiter, darunter einer schwer, verletzt wurden.

Ein englischer Künstler gestorben.

London, 31. März. Der Maler Professor Sir Hubert v. Eyre, 70 Jahre alt, in Dulwich (Grafschaft Devon) heute abend gestorben.

Zum Umzug:
Eisenwaren
besonders billig

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wasserkessel
Emaille
verschiedene Farben
85, 95, 1.35

Billige Wirtschafts-Woche

- Rosshaarbesen 95, 1.25, 1.50
- Rosshaarhandfeger 70, 95, 1.15
- Borstenbesen 48, 70, 1.10
- Borstenhandfeger .. 32, 45, 58 Pf.
- Teppichhandfeger 42, 60, 75 Pf.
- Schrubber 20, 25, 35, 45 Pf.
- Klosettbürsten .. 35, 45, 55, 65 Pf.
- Staubwedel 28, 38, 48, 60 Pf.
- Stahlspähne Paket 13 Pf.
- Waschständer 48, 75, 95, 1.25
- Waschtische 2.25, 2.95, 3.50, 4.50
- Gaskocher 65, 95, 1.55
- Gaskocher 2 Loch..... 5.95, 6.95

- Gaskocher 2 Loch und 2 Wärmestellen 8.50
- Kohlenplatten 2.45
- Briefkasten 42, 55, 65, 75 Pf.
- Eimer verzinkt, ca. 30 cm 95 Pf.
- Plattbretter bezogen.. 1.95, 2.75, 3.15

- Küchenstühle 1.25, 1.75
- Küchenbänke 1.25
- Kohlenkästen 2.10, 2.85, 3.50
- Leitern Stufe 38 Pf.
- Balkonkästen... 45, 55, 75, 90 Pf.

- Blumenbretter 1.25
- Wirtschaftswagen 1.35, 2.10, 2.45
- Reibemaschinen 95, 1.55, 1.95
- Messerputzmaschinen 2.95, 5.75
- Fleisohackmaschinen 1.95, 2.65, 3.75
- Teppichkehrmaschinen 7.50, 9.75, 12.50
- Wäscheleinen Aloe.. 1.85, 2.75, 3.65
- Waschtoiletten geschlossen, kompl. 16.75
- Gasplatten vernickelt, 2 Platten mit Erhitzer Garnitur 4.25
- Teelöffel Alpakka 15, 18, 20 Pf.
- Esslöffel Alpakka 32, 38, 48 Pf.
- Bestecke Paar 40, 55, 70 Pf.

Emaille

- Schmortöpfe 38, 45, 60, 75 Pf.
- Schmortöpfe mit Ring 70, 85, 98, 1.20
- Kasserollen 28, 35, 42 Pf.
- Kasserollen mit Ring 48, 65, 75, 90 Pf.
- Garnituren für Sand, Soda, Seife 95, 1.75, deko-riert 2.65
- Milchtöpfe gebauht 48, 55, 60, 70 Pf.
- Fleischtöpfe 30, 38, 48 Pf.
- Kaffeekannen dekoriert 70, 1.10, 1.55
- Kummen 15, 20 Pf.
- Maschinentöpfe 8, 15, 18, 28 Pf.

- Müllschaufeln 42 Pf.
- Löffelbleche dekoriert, mit Löffel... 2.75
- Schüsseln flach, weiss-weiss 32, 45, 65, 95 Pf.
- Schüsseln tief, weiss-weiss 65, 85, 95, 1.35
- Teller 6, 10, 15, 18 Pf.
- Wasserkannen 55, 75, 95 Pf.
- Wannen oval... 1.75, 2.25, 2.85, 3.75
- Wassereimer dekoriert 95 Pf.
- Eimer mit Deckel, dekoriert... 1.85, 2.25, 2.90
- Waschbecken mit Seifnapf 52, 65, 75 Pf.

- Wannen rund, Emaille 95 Pf. 1.25
- Zinkzober 6.50 7.50 9.50 11.50
- Waschtöpfe verzinkt, mit Einlage und Deckel 2.45 2.95 3.45 3.85

- Brot Dosen Emaille 2.65 2.95
- Zinkwaschwannen 6.50 8.25 9.75 12.00
- Zinkwaschwannen mit Wulst 10.50 12.75 13.50



Waschgarnitur
Steingut, 5 teilig
Becken mit Griffen und bunter Bordüre
3.35



Kastengarnitur 15 teilig, Hartholzlagere, mit modernem blauem Karodekor **9.85**

Serien-Tafel- und Kaffee-Geschirre

Tafelgeschirre „Iduna“ mit blauem Kobaltband und Goldlinien

- Suppenterrine 3.95
- Kartoffelschüssel mit Deckel... 2.85
- Sauciere 1.95
- Salatiere 95, 1.45 ca. 33 38 42 cm
- Bratenplatten oval... 1.65 2.55 3.65
- Beilageschale 95 Pf.

- Speiseteller tief oder flach 48 Pf.
- Mittelteller 38 Pf.
- Dessertteller 33 Pf.
- Kompotteller 20 Pf.
- Kaffee-od. Teetassen m. Untertassen... 38 Pf.
- Kuchenteller gross 1.35

- Kaffeesevice** Porzellan, 6 teilig, mit Tablett, mod. Formen und Dekore **2.85, 3.35**

- Kaffeesevice** Porzellan, 8 teilig, für 6 Personen, reich dekor. **2.25, 4.45, 5.90**



Waschgarnitur
Steingut, 5 teilig
grosse Form, mit reich. Goldbordüre
5.90

- Waschgarnituren** Steingut, mit reichem Dekor 4 teilig **1.25** 5 teilig **2.95**

- Waschservicebecken** grosse Form creme **95, 1.10** bunt **98, 1.25**

- Tisch-Lampen** mit Messingfass, 14" Brenner **2.95 3.85**



- Gas-Zuglampe** mit Perifranze **11.75**

Tafel-Geschirr „München“

mit blau Karo-Bordüre

- Suppenterrine 2.95
- Kartoffelschüssel mit Deckel 2.65
- Sauciere 1.25
- Salatiere 75, 1.20
- Beilageschale 68 Pf.

- Speiseteller tief oder flach **38 Pf.**
- Abendbrotteller **28 Pf.**
- Kompotteller **24 Pf.**
- Senfterrine **85 Pf.**
- Salz- u. Pfeffermenagen **58 Pf.**

Glas

Kaffee-Geschirr „München“

mit blau Karo-Bordüre

- Kaffeekannen **85, 1.15, 1.35**
- Teekannen gross..... **1.35**
- Zuckerdosens **58, 85 Pf.**
- Kaffee- oder Teetassen mit Untertassen **28 Pf.**
- Aufschnittplatten **98 Pf.**
- Milchtöpfe **28, 35, 65 Pf.**
- Kuchenteller **95 Pf.**
- Bratenplatten **98, 1.45, 1.95**

Küchen-Garnituren

- „Nemel“, mit blau Unterglasurdekor
- Vorratsstößen 42 Pf.
- Gewürztönnchen 15 Pf.
- Essig- oder Oelflaschen ... 42 Pf.
- Salz- oder Mehlresten ... 58 Pf.
- Milchtöpfe Satz 6 Stück 1.95
- „Nizza“, mit reichem Gold- od. Irisdekor, Porzellan
- Vorratsstößen 85 Pf.
- Gewürztönnchen 28 Pf.
- Essig- oder Oelflaschen .. 85 Pf.
- Salz- oder Mehlresten 1.85
- Milchtöpfe Satz 6 Stück 2.65

- Käseglocken geschliffen mit Teller 98 Pf.
- Wasserbecher geschliffen 18 Pf.
- Sturzflaschen geschliffen 95 Pf.
- Teebecher mit Bordüre 8 Pf.

- Pressglas-Garnitur „Imperator“** imitiert Amerika
- Salatieren rund 24, 37, 45 Pf.
- Salatieren eingezogene Form 38, 48 Pf.
- Käseglocken mit Teller 58 Pf.
- Butterglocken 45 Pf.
- Zuckerschalen auf Fuss..... 20 Pf.
- Kuchenteller ca. 27 cm..... 48 Pf.
- Kompotteller ca. 14 cm 8, 9 Pf.
- Kompottschüsseln 10 Pf.

- Kompottschüsseln** geschliffen ca. 21 cm. **98 Pf.**
- Bierkannen ca. 3 Liter geschliffen..... **95 Pf.**
- Tafelaufsätze 3 teilig, mit grosser Schale und Vase, **1.15**
- Kompotteller hübsches Pressmuster **4 Pf.**

- Weingarnitur „Herda“** graviert
- Rotweinkelch 28 Pf.
- Weissweinkelch 30 Pf.
- Portweinkelch 25 Pf.
- Likörkelch 23 Pf.
- Biertulpe auf Fuss..... 42 Pf.
- Bierbecher 17 Pf.
- Teebecher 17 Pf.

Seifen

- Oberschal-Seife** 3 Stück **40 Pf.**
- Hausseifen** sortiert nach Wahl, 6 Stück **55 Pf.**
- Salmiak-Terpentin-Kornseife** Riegel 2 teilig **18 Pf.**
- Benzin-Seifenpulver** 3 Pfund bestes, schmutzlösendes Waschlupver... **65 Pf.**
- Feinsoda** 2 Pakete **15 Pf.**
- Blitz-Blank Scheuerpulver** Dose 5 Pfund **35 Pf.**
- Bohnerwachs** weiss oder gelb Dose **48 Pf.**
- Fussbodenlackfarbe** schnell-trocknend und haltbar, Dose ca. 2 Pfund-Inhalt... **95 Pf.**
- Jandorf's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver** 3 Pakete **25 Pf.**

Jugendbewegung.

Gewalttätigkeit gegen die Arbeiterjugend in Sachsen.

In Sachsen scheint der Kampf gegen die schulentlassene Arbeiterjugend von oben herab proklamiert worden zu sein. Wie in der Amtshauptmannschaft Dresden, so hat man auch in der Amtshauptmannschaft Zittau diesmal die in früheren Jahren unbeanstandet gebliebenen Konfirmationsfeiern verboten.

In Altenberg, einem sächsischen Städtchen nahe der böhmischen Grenze, begünstigte der Bürgermeister fünf Fortbildungsschüler mit Strafmandaten über je drei Mark, weil sie durch den Besuch einer Versammlung zur Gründung eines Jugendbildungsvereins in einer Nachbargemeinde gegen die Schulordnung verstoßen haben sollten.

Kun ordnete der Bürgermeister als Vorsitzender des Schulvorstandes disziplinarische Schulstrafen an und verurteilte die fünf Fortbildungsschüler zu mehrstündigen Arreststrafen. Einer der Fortbildungsschüler wurde zum Eintritt der Strafe vom Polizeiwachmeister abgeholt, der sich dazu mit Handketteln ausgerüstet hatte.

Gerichtszeitung.

Die Schule im Dienste der Agrarier.

Vor der 3. Strafkammer in Duisburg fand eine Berufungsverhandlung gegen drei kleine Landwirte aus Haltern (Kreis Rees) statt, die wieder einmal beweist, wie in agrarischen Kreisen die Volksschulen und ihre Aufgaben eingeschätzt werden. Die Angeklagten waren vom Schöffengericht in Rees zu zwei Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie ihre Kinder von einem Schulunterricht ferngehalten hatten.

Auf die eingelegte Berufung wurden die Angeklagten förmlich freigesprochen. Der Gerichtsvorsitzende führte bezeichnend aus, daß die in Frage kommende Verordnung des Landrats rechtswidrig sei. Der Versuch, die Arbeiten der Kinder als Natur- und Turnunterricht zu rubrizieren, sei nicht statthaft, da die Landarbeiten nicht zum Gegenstand des Elementarunterrichts gemacht werden dürfen.

Die zwei Köcher in der Luft.

Ein unblutig verlaufenes Pistolenduell im Grunewald lag einer Anlage zugrunde, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts II beschloß.

Beim Zweikampf mit tödlichen Waffen war der Kaufmann Adolf V. angeklagt. Die Veranlassung zu dem Zweikampf bildete ein ganz harmloses Rencontre, welches sich, nachdem die Beteiligten ziemlich hart unter Alkoholdruck standen, in einem Restaurant abgespielt hatte.

Von der Kinoszenen.

Der Berliner Polizeipräsident hatte die öffentliche Vorführung des Films „Der Klau einer Frau“ aus ordnungspolizeilichen Gründen verboten. Dem Film liegt folgende Fabel zugrunde. Ein Arzt hat mit einer Probierrmännlein ein Verhältnis, das von dieser so gründlich ausgenutzt wird, daß er sein Vermögen einbüßt.

Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz bestätigte jetzt die Vorentscheidung und damit das Verbot. Zur Begründung wurde u. a. angeführt: Eine Erschütterung des Vertrauens in den sozial so wichtigen Arztstand berührt zugleich die öffentliche Ordnung.

Versammlungen.

Die Berliner Holzarbeiter im Jahre 1913.

Die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Verwaltungsjahres Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes nahm den Jahresbericht des Vorsitzenden Glöckle entgegen. Seinen Ausführungen sowie dem gedruckt vorliegenden Bericht entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1913 war infolge der außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Konjunktur für den Verband recht ungünstig.

ist so gestiegen, daß diese den größten Teil der Einnahmen in Anspruch nahm. Trotzdem war es durch den Opferinn der Mitglieder möglich, neben den statutenmäßigen Unterstützungen noch wesentliche Beträge an die Ausgesteuerten zu zahlen. — Der Abschluß des Tarifvertrages kann als günstig betrachtet werden; aber die Einholung des Vertrages durch die Arbeitgeber läßt noch viel zu wünschen übrig.

Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr bedeutend zurückgegangen. In dem Rückgang sind alle Quartale beteiligt. Während am Jahresanfang 1912 noch 30.560 Mitglieder vorhanden waren, betrug die Mitgliederzahl Ende 1913 nur 27.073.

Die Agitation war infolge der Wirkungen der Krise besonders schwierig. Trotzdem haben die Kontroll- und Agitationskommissionen in Tausenden von Verstatistungen für den Verband gewirkt. Weitere zahlreiche Verstatistungen und Versammlungen waren notwendig, um die Durchführung des Vertrages zu überwachen und Differenzen erledigen zu helfen.

Unter den finanziellen Aufwendungen, welche für die Mitglieder gemacht wurden, steht die Arbeitslosenunterstützung an erster Stelle. War doch die Arbeitslosigkeit in Berlin drei, bis viermal so groß als in den übrigen Verbandsgebieten.

Die Beschlüsse der Versammlung der Berichtsjahre wesentliche Diskussion entgegengenommen und den Kassierer bestätigt hatte, erfolgte die Ersatzwahl zur Ortsverwaltung. Es wurden einstimmig wiedergewählt der erste Beisitzer Glöckle, der erste Kassierer Wiebe, der erste Schriftführer Leopold, Neugewählt wurden Siegle und Wilm als Beisitzer. Ferner wurden wiedergewählt die Kassierer König und Breittopf, der Arbeitslosenkassierer Reier, der Obmann der Schlichtungskommission Reich, die Bureauangestellten Beh, Tomasi, Werner, Fendel (Weigensee), Lujch (Reuß).

Auf Antrag der Ortsverwaltung beschloß die Versammlung die Anstellung von zwei neuen Bureauangestellten. Die Stellen werden zur Bewerbung ausgeschrieben.

Siebzehn beriet die Versammlung die eingegangenen Anträge. Aus einem Bezirk ist der Antrag gestellt worden:

„Die Kasse der Berlin soll sofort eine Urabstimmung darüber vornehmen, ob der 1. Rat wie bisher durch Arbeitsruhe zu feien ist.“

Zur Begründung des Antrages, der eine lebhaft Diskussion hervorrief, wurde angeführt: Die Antragsteller haben keineswegs die Absicht, die Kasse abzuwürgen. Im Gegenteil. Sie sind für die Arbeitsehe. Aber es macht sich bei einem Teil der Kollegen, namentlich der in Großbetrieben beschäftigten, eine gewisse Rührstimmung gegen die Kasse bemerkbar.

Die Redner, welche sich gegen den Antrag wandten, betonten mit Nachdruck, daß die Holzarbeiter von jeher die Elitegruppe bei der Kasse gewesen sind und daß bei der Mehrheit kein Verlangen herrsche, an der bisherigen Art der Kasse etwas zu ändern. Trotz aller Anfeindungen der Gegner muß es bei der Arbeitsehe bleiben. Eine Urabstimmung erübrigt sich, da der Beschluß über die Kasse ja von der Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner gefaßt wird, welche die Meinung ihrer Werkstatkollegen zu vertreten haben.

Die Versammlung beschloß, den Antrag auf Urabstimmung durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Ferner wurde beschloßen, daß die arbeitslosen Kommissionsmitglieder für den Besuch der Vertrauensmännerversammlungen und die arbeitslosen Delegierten für den Besuch der Generalversammlungen mit je 50 Pf. zu entschädigen sind.

Gegen die Wahl des Mitgliedes Brückner als Delegierten zum Verbandstag wurde Protest erhoben, weil er nur dadurch auf die Kandidatenliste gekommen ist, daß er über die Zeit seiner Organisationszugehörigkeit beweist falsche Angaben gemacht hat. Brückner bestritt das nicht, weigerte sich aber, dem Gesuch, sein Mandat niederzulegen, nachzukommen. Da die Versammlung nicht kompetent ist, die bereits vollzogene Wahl rückgängig zu machen, so soll der Protest dem Verbandsvorstand bzw. dem Verbandstag eingereicht werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Kapitalerhöhung der Deutschen Bank.

In der gestrigen Generalversammlung, in der Generaldirektor v. Winter eine Scharfmaßerrede gegen die Angelegten hielt, wurde die Erhöhung des Aktienkapitals der Deutschen Bank von 200 auf 250 Millionen und die Angliederung der Bergisch-Märkischen Bank einstimmig angenommen.

Das Vorkommen von Platin in Deutschland.

Platin ist dasjenige Edelmetall, das einen mehr als doppelt so hohen Wert wie Gold hat. Während das Silber Gold mit 700 M. bezahlt wird, kostet das gleiche Quantum Platin über 6000 M. Bis vor kurzem herrschte allgemein die Ansicht, daß das kostbare Metall, das seine Verwendung sowohl in der Goldschmelzerei als auch in der Technik findet, in Deutschland nicht vorkomme, obwohl der im vorigen Jahre veröffentlichte Bergingenieur und Regierungslandwirtschreiber Schreiber aus Aachen in Weisbaden schon 1884 behauptete, daß bei Weisbaden in Weisbaden das jetzt der Gemerkschaft Hüttenberg in Düsseldorf gehörige Gestein platinhaltig sei.

Heber die Bedeutung dieser Feststellung wird dem „Internationalen Volkswirt“ von Rochette geschrieben. Die Untersuchungen Schreibers erstreckten sich auf den devonischen Schichtenkomplex des südlichen Weisbadens, in dem nicht allein die devonischen Schichten, sondern auch die jüngeren Craptingesteine Platin, Gold und Silber enthalten. Die königliche Bergakademie in Clausthal hat in dieser Gegend Bohrungen veranstaltet und dabei aus drei Bohrlöchern von etwa 100 Meter Länge und Gefenken von 3—12 Meter Tiefe Gesteinsproben entnommen, die auf unter 0,5 Millimeter zerfeinert und der Analyse unterworfen wurden.

Das Vorkommen so großer Mengen des kostbaren Metalls in Deutschland, die diejenigen des feisdrigen Randortes im Uralt weit übersteigen, ist jedenfalls von größter wirtschaftlicher Bedeutung.

Möbel auf Kredit. Bequeme kleine Ratenzahlung. Mithringen! Vorwärtsleser 3% Rabatt. Möbel-Ehrlich, nur Alte Schönhauser Straße 32. Ates Haus von Ecke Münzstraße.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Köpenicker Viertel. Bez. 183 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Uhrer**

August Stiele
Strangellstraße 89, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.

Köpenicker Viertel. Bez. 196 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Haus-
besitzer

Gustav Oltersdorf
Kühnener Straße 15, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.

Köpenicker Viertel. Bezirk 171.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Sattler**

Paul Hoppe
Köpenicker Str. 161, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 3. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
212/12 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der **Wärter**

Friedrich Diedrichs
Strausberger Straße 22
im Alter von 35 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Markus-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Wärter

August Stiele
(Strangellstraße 89) im Alter von
53 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
55/11 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Abt. 22. Bezirk N. 778a

Am Sonntag, den 29. März,
verstarb unser Genosse

Friederike Schindler
Danzstr. 85.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Ankers-Kirchhofes,
Barfußstraße, aus statt.

Bezirk N.
Am Montag, den 30. März, ver-
starb unser Genosse

Auguste Raschke
Wögenstr. 11.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Freireligiösen Gemein-
schaftshofes, Pappel-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
226/11 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Köpenicker Viertel. Bez. 183 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der **Wärter**

August Stiele
Strangellstraße 89, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.

Köpenicker Viertel. Bez. 196 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Haus-
besitzer

Gustav Oltersdorf
Kühnener Straße 15, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
212/12 **Der Vorstand.**

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß
unser langjähriges Mitglied, der Kassierer der Rotations-
abteilung

Otto Becker
plötzlich verstorben ist. 27/11

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen über-
aus regen Kollegen und guten Freund, der stets seine
ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellte.

Ehre seinem Andenken.
Der Beerdigungstermin wird noch bekannt gegeben.

Am 31. März verschied plötzlich
unser lieber Mitarbeiter, Rotations-
maschinenmeister

Otto Becker
im Alter von 37 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Vorwärts Buchdruckerei
Paul Singer & Co.

Gestern früh erhielten wir die
hielt aurrige Nachricht, daß unser
lieber Freund und Kollege, der
Maschinenmeister

Otto Becker
plötzlich verstorben ist. 1546b

Sein überaus kollegialer Sinn
und musterhafter Charakter sichern
ihm ein ehrendes Andenken.

Die Rotationsmaschinenmeister
des „Vorwärts“.

Am 31. März verstarb plötzlich
unser lieber Mitarbeiter, der
Rotationsmaschinenmeister

Otto Becker.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.

Das Personal der Vorwärts-
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.

Die Beerdigung wird noch be-
kanntgegeben.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.

Am 25. März verstarb unser
Parteilgenosse

Friedrich Schulz
Belferstr. 159/60, 8. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuköllner Ge-
meinde-Friedhofes, Mariendorfer
Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
226/17 **Der Vorstand.**

Mit dem besten Willen zur
Nachricht, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater, Schwieger-
vater und Großvater, der
Brennereibesitzer

Friedrich Schulz
im Alter von 59 Jahren durch
Unglücksfall plötzlich verstorben ist.

Um seine Teilnahme bitten
namens der Hinterbliebenen

Witwe Mathilde Schulz
und Kinder. 1122a

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 1/3 Uhr, auf dem Neu-
köllner Friedhof, Mariendorfer
Weg, statt.

Verein für Frauen und Mädchen
der Arbeiterklasse.

Am 30. März verstarb unser
langjähriges Mitglied, Frau

Auguste Raschke.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 2. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Freireligiösen Friedhofes
in der Pappelallee 15/17 aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
52/7 **Der Vorstand**

Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 15.

Den Berufsgenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied

Otto Last
im Alter von 26 Jahren an
Lungenüberlastung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gethsemane-Kirchhofes
in Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
254/6 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der **Wärter**

Heinrich Thierseh
am 29. März im Alter von
65 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 1. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirchhofes,
Neukölln, Hermannstr., aus statt.

63/14 **Die Bezirksverwaltung.**

Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“.

Ortsgruppe Berlin.
Abteilung 1.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Bundesgenossin Frau

Martha Richter
geb. **Binder**
nach kurzer, schwerer Krankheit
verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
in Pantow aus statt.

Treffpunkt bis 1/3 Uhr bei
Siemes, Köpenickerstr. 58.
Um rege Beteiligung ersucht
1545b **Der Vorstand.**

Danfagung.
Für die vielen herzlichen Beweise
der Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters, Schwiegervaters und Großvaters
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Wilhelmine Vogel
nebst Angehörigen. 1545b

Ich habe mich in **Fredersdorf**
a. d. Elbe als

Zahnarzt
niedergelassen und werde zunächst
wöchentlich dort von 8 1/2 Uhr früh
bis 12 1/2 Uhr mittags im Hause des
Herrn Apotheker **H. J. Prastigier**
sich hin bei der Kreisärztl. Stelle
Niederbarnim sowie bei der Bezirks-
ärztl. Stelle der Stadt Berlin zur
Behandlung anstellen. 49/18

Zahnarzt Alfred Grünfeld,
Berlin, Wilhelm-Stolze-Str. 44.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.

Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11

Am 25. März verschied in Göttingen, 37 Jahre alt, unsere
liebe Freundin

Gertrud Baader.

Sie hat zwölf Jahre lang als unsere Hausgenossin Freund
und Leid mit uns geteilt. In guten Tagen liebevoll und
hilfreich, in trüben Zeiten aufopfernd und selbstlos wie
eine Tochter und Schwester.

Ihr Andenken wird auch fernerhin in guten und bösen
Zeiten uns und unseren Kindern gegenwärtig bleiben.
Hugo und Cäcilie Heimann.
Berlin, den 31. März 1914

Westmann
Mohrenstrasse 37a (Zwischen Kolonnaden
und Jerusalem Strasse)
Gr. Frankfurter Str 115 (nahe Andreasstr.)

5 billige Tage
bis Sonntag abend 6 Uhr Uhr
elegante Kostüme und Mäntel

Kostüme	Mäntel
Entwickelte Kostüme in den neuesten Farben . . . von M. 10 1/2 an	Mäntel in Blusenform Molreem Seidengarn M. 12 1/2
Vornehme Modelle in Tui- que - Kostümen, schwarz- weiß, blau, entzückend aus- geführt M. 33	Hochap. Sportjacken in 17 Farben . . . M. 9-21
Seiden - Kollenne- Kostüme, sowie Ge- sellschafterkleider M. 45-150	Gediegene Frauen- mäntel in Kammgarn, Tuch, Alpaka . . . M. 14-29
Aparto Röcke von M. 5.- an	Modelle in Seide, Kollenne, auch für stärkste Figuren M. 33-125
Sonntag geöffnet 12-6	Seiden-Busen von M. 8.- an

Winter-Konfektion: Filzschmütel jetzt 25.- bis 120.- (sonst 20.- bis 250.-). Ulster jetzt 8.- bis 45.- (sonst 27.- bis 120.-). Pelzmäntel jetzt 100.- bis 500.- (sonst 300.- bis 1400.-).

Arbeiter - Vorlesungen
der **Humboldt-Akademie**
(mit Lichtbildern, Besichtigungen und Führungen)
April-Mai 1914.

1. Gartenbaukunde für die arbeitende Bevölkerung (Landskolonien).
2. Allgemeine Gesundheitslehre. 3. Fahrten und Wanderungen durch Deutschland. 4. Bilder aus der Völkerverde.

Hörsgebühren für jede Reihe (5 mal 2 Stunden) 1,- Mk.

Programme und Karten sind erhältlich:
bei den Mitgliedern des Vortragsbüros; in vielen Geschäftsstellen der
Kolonisationsgesellschaft; in den Rathhäusern von Tieg und Pantow; in den
Büros der meisten Arbeiterorganisationen, Berliner Gewerkschafts-
kongressen, SO, Engelstr. 15, Zimmer 23; in den Lehrstätten selbst vor
Beginn der ersten Vorlesung; im Hauptbüro, Kurfürstentor, 166, I.

Sie kaufen vorteilhaft

MÖBEL
auch auf

KREDIT
im Spezial-Geschäft von **WILHELM**
MISCH

Große Frankfurter Straße 45-46
gegenüber Markusstraße.

Gewerkschaftshaus
Engelstr. 15

Größtes Etablissement von Berlin, zirka 5000 Plätze.

Lotterie
Ziehung 21. u. 22. April
Berliner Pferde-

5012 Gewinn	70000
1. Wert	40000
Mark	30000
davonher	10000
Pferde-	
gewinne	
Mark	
Silber-	
gewinne	
Mark	
Haupt-	
gewinn	
Mark	

Lose 1 M. 11 Lose aus ver-
schied. Taos. 10 M.
(Porto und Liste 25 Pf. extra.)

H. C. Kröger
BERLIN W 8, Friedrichstr. 193 a.

Stoffe
für Massanzüge, Paletots
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.
Damen-Kostümstoffe
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.
Original englische Stoffe
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.
Loden für Pelermine, Anzüge
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.
Reste günstigste Kaufgelegenheit.
Tuchlager Koch & Soeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der
Patrikerche.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Avis! 10 größere und kleinere Säle u. Regalbahnen,
intime Hochzeitsfeste, Menu von 2,- Mark an.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zeichnen
von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 3. II. (Städt. Bän.)

Stoppdecken
größte Auswahl, billigt
auch Aufarbeiten alter
Stoppdecken.
Bernhard Strohmandel,
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Gneisenastraße 10,
S. Gran, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

liefern anerkannt **Möbelabrik von Schulz,** Reichenberger
seit 35 Jahren die Straß 5,
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassapreisen.
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung.
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Von Kavaliereu wenig getragene sowie in Versatz gewesene
Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15,
18, 20, 25 bis 30 M., Prima, Ferner Gelegenheitskäufe in
neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kostüme
und Damen-Mäntel, auf Seide, enorm billig. Extraangebot
in Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu
enorm billigen Preisen.

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.
Conc. Leihhaus

Tapeten, Wachstuche
Max Mörsel, Frankow, Schloßstr. 18.
W. Pietzker, Lichting, Hiltstr. 18.
Uhren und Goldwaren
Kessler & Co., Werkstätten, 34, 167.
O. Assmann, Tempelhof, Berlinstr. 121.

'Iduna' zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82.
Volk- und Lebensversicherung.
Warenhäuser
Carl Hoffmann, Schöneberg,
Herbertstr. 4.

L. Goese, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groß, Henningsdorferstr. 10.
Großd. z. Sonne, Straßbergerstr. 34.
Zahnateller
Max Alm, Franzosenstr. 15.
P. Barin, Steinmetzstr. 20.

Bohadorf
G. Schüler, Hind- u. Schweinemetz.
Fredersdorf
H. Göb, Drogen und Farben.
Carl Schiefer, Brot- u. Feinbäcker.

Mariendorf
A. Böckmann, Garzerei u. Zarenhandl.
Ferdinand Tittel, Chaussee-Str. 217.
Konfektieren-Weber, Chaussee-Str. 15.
Mahlsdorf
Rud. Grunow, Back-, Kondit.,
Café, Backhofstr. 21.

Neukölln
E. Groß, Steig-Str. 44, Back-, Kondit.,
Bäcker u. Konditor, Steinstr. 5.
E. Koenig, Backerei, Hermannstr. 45.

Spandau
J. Bode, Fichelsdorferstr. 24.
W. Lutter, Fahr-, Fichelsdorferstr. 34.
O. Rauer, Fichelsdorferstr. 117.
W. Wenzel, Fichelsdorfer Str. 24.

Möbel-Kredit mit spielend leichter Anzahlung
Kredit-Feder
Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich !!!
Mit 10, 20, 30, 40, 50, 60 Mark Anzahlung...
Zentrale: Brunnenstrasse 1
Filiale: Frankfurter Allee 89
Filiale: Kottbuser Damm 103
Filiale: Charlottbg.: Scharrenstr. 5

Theater.
Rittwoch, 1. April 1914.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Die Frau von Refina.
Anfang 6 Uhr.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Rittwoch, abends 8 Uhr:
Wann wir altern.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theat.
Anfang 8 Uhr.
Die Förster-Chiffel.
Sonnt. nachm. 4 Uhr: Fräul. Traillalla.
Residenz-Theater
8 Uhr:
Der Regimentspapa.

Nur noch 2 Tage
die grandiosen
Darbietungen der
Zirkus
Barum-Schau.
in
Neukölln
Ecke Weser- u. Rühlstr.
Ab Freitag,
den 3. April.
6 tägiges Gastspiel in
Charlottenburg
Union-Sportplatz.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Mittwoch, den 1. April.
um 9 1/2 Uhr:
Alles erlaubt
ist im
Freien Ringkampf
Catch as catch can

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 Uhr 35:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.